INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
auswärts 3 DM
2,50 DM

3. Februar 1994
Nr. 272

Hallo,
auf Seite 5 findet ihr wieder einen Text der Roten Zora. Er ist ihrer inzwischen überall erhältlichen Broschüre entnommen. Uns hat es gefreut mal wieder was von euch zu hören.

Inhalt



Anläßlich der erfolgreichen Aktion gegen den Mißbrauchkongress haben wir Auszüge aus einem EMMA-Artikel im Heft (S.26). Unser Meinung nach liefert er noch einige interessante Hintergrundinformationen zu den Aktivitäten von Wolff und Rutschky. Wenn ihr noch mehr darüber wißt schickt es uns zu.
Das Winterpapier vom Anti-Rassismus-Büro Bremen (S.14) analysiert die Politik der autonomen Linken in den 80ern und versucht die veränderten Bedingungen zu benennen, an denen sich linke Politik ausrichten muß.
Viel Spaß beim lesen.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

agit-pop
Schwarze Musik und weiße Hörer
siehe Seite 13
11.2.94 im EX, Gneisenaustr.2, Mehringhof
20 h Veranstaltung - 23 h Party
mit Günther Jacob
(Edition ID) - Archiv
Veranstalter: BuchLaden Schwarze Risse,

Ordner:
-Programm vom Kongress in Han.
-Zur aktuellen Entwicklung der NF
-Antifaprozesse in Kassel
-Antifa Magdeburg
Zeitungsartikel
-Antifaprozess Pinneberg
-noch Infos zum Knast Herne
-AntifaInfos Österreich
-Aux Prisonniers Politiques

Text zur Umschlagseite

„MEIN FEIND ist einer aus dem Haus. Der ist 'ne ganz falsche Hund. Er schwärzt alle Mieter beim Hausbesitzer an. Vormittags arbeitet der immer im Garten. Am liebsten würde ich einfach hingehen und ihn erwürgen – oder vergiften. Ich kann nämlich kein Blut sehen."

Advent, Advent, ein Daimler brennt -
erst einer, dann zwei, dann drei, dann vier.
(Peter Strieder, Bezirksbürgermeister von Kreuzberg am 1.12.93 in der SFB-Abendschau)

Und ist Weihnachten vorbei und der Kampf geht voran -
sind auch mal ein oder zwei Porsche Carrera dran.
(Autonome Gruppen)

"Reiche zittern, wer ist als nächstes dran?" (Bild, 20.11.93).
Die Antwort haben wir gegeben, es sind die Spekulantenschweine Peter und Marcus Marsollek, Schorlemerallee 23 A in Zehlendorf.
Die Marsolleks sind exemplarische Beispiele für das Funktionieren dieses menschenverachtenden Systems, welches sich soziale Marktwirtschaft nennt. In der Pappelallee 64 in Prenzlauer Berg hatten sie z.B. letzten Sommer bosnische Flüchtlinge einquartiert, ohne Wasser, Strom und Toiletten waren offiziell 15 Menschen (in der Realität ca. doppelt so viele) in Teilen des Hauses zusammengepfercht. Für diese "Unterbringung" kassierten die Marsolleks jeden Monat ca. 15.000 DM vom Sozialamt. Kriegsgewinnler ist noch das harmloseste Wort, was uns dazu einfällt. Auch am Lausitzer Platz 1 gingen sie nach obigem Muster vor, bis hier, wie auch in der Pappelallee offizielle Stellen einschritten, denen anscheinend die Profitsucht der Marsolleks etwas zu heftig wurde, weil mitlerweile die Gebaren öffentlich waren und Proteste hervorriefen. Die Marsolleks verdienen jedoch nicht nur an Flüchtlingen, sondern sind auch fett im Geschäft der Umstrukturierung Kreuzbergs mit drin. So z.B. Manteuffel Ecke Waldemarstraße, wo sie den kleinen Lebensmittelladen rausschmissen und seitdem vergeblich einen Nachmieter für 4700 DM suchen.
An dieser Stelle warnen wir jeden Interessenten davor, diesen Laden anzumieten. Nicht nur in Spekulanten, sondern auch in denen, die hier durch das Eröffnen gewisser Läden zur Umstrukturierung beitragen, sehen wir potentielle Angriffsziele!
Durch die angesprochenen Beispiele haben sich die Marsolleks extrem unbeliebt gemacht. Natürlich haben wir auch sehr viel gegen diejenigen Kapitalisten, die ihren Profit etwas unauffälliger machen, denn wir kämpfen nicht gegen die Fehler des Systems, sondern gegen das System als Fehler. Nur solange es solche offenen Schweine wie die Marsolleks gibt, greifen wir lieber dort an.

So haben wir den Wagenpark dieser feisten Bonzen heute früh reduziert, indem wir die vorhandenen Porsche Carrera Cabrios abgefackelt haben.

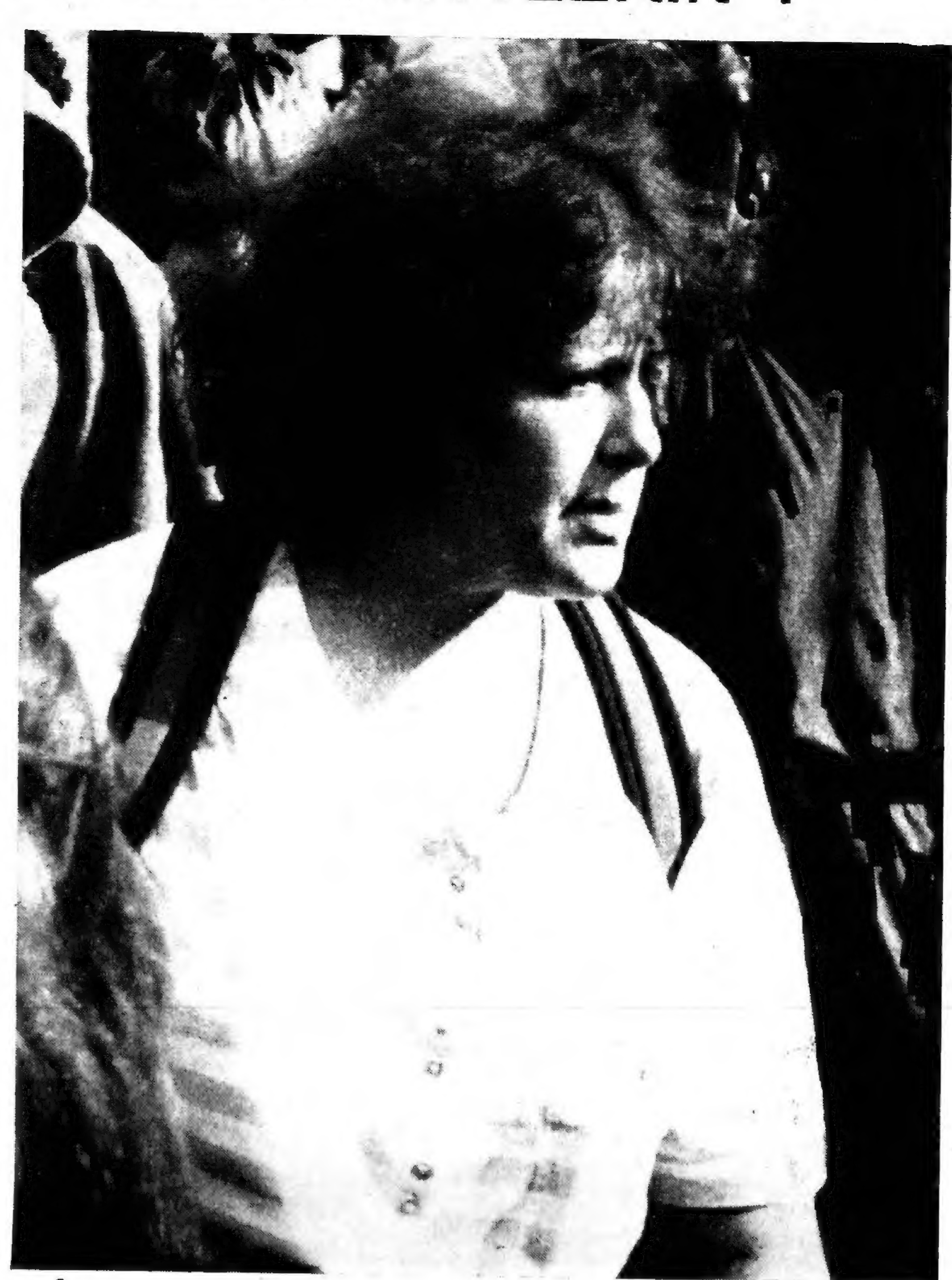
Militante Aktionen müssen sich immer gegen eindeutige Schweinereien richten, um den größtmögliche Grad an Zustimmung zu bekommen. Das hat nichts mit dem Schielen nach Mehrheiten zu tun, sondern mit der Erkenntnis, daß militanter Widerstand (und auch bewaffneter Kampf) zumindest Verankerung bei denen hier finden muß, die was anderes wollen als kapitalistische Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, rassistische Gewalt und imperialistische Aggression.
Unklare Zielauswahl, Zuschlagen mit unangemessenen Methoden und Verwendung von Worten und Begriffen aus dem "Wörterbuch des Unmenschen" tragen nicht dazu bei, Widerstand zu verbreitern und vermittelbar zu machen. Oder, um es deutlicher zu sagen: Maulheldentum und menschenverachtende Sprache sind kein Merkmal emanzipatorischer Politik!

Gegen Spekulanten und Profiteure der Umstrukturierung!
In <u>diesem</u> Sinne: Zusammen kämpfen!
Freiheit für die gefangenen Antifas!
Aufhebung der Haftbefehle gegen die gesuchten Antifas!

Autonome Gruppen; Berlin, 31.1.94

VORSICHT: VERDECKTE ERMITTLERIN !

Wir halten diese Information für abgesichert, eine Kontaktadresse derer, die sie veröffentlichen, ist uns bekannt. Sonst würden wir eine so wenig belegte Anschuldigung nicht abdrucken.
Interims



Christine Schindke ist Polizeibeamtin des Mobilen Einsatzkommandos (MEK). Das MEK ist eine spezielle Observationseinheit der Berliner Polizei. Christine Schindke ist schon einige Jahre in der linken Szene aktiv. Von ihr ist bisher bekannt, daß sie am Autonomen 1. Mai-Plenum teilnahm, in antirassistischen Info-Telefongruppen mitarbeitete und an Anti-Olympia-Aktivitäten beteiligt war. In diesem Zusammehahng fuhr sie im September 1993 nach Monaco zu Aktionen gegen die Berliner Olympia-Bewerbung. Christine Schindke wurde am 25.5.1962 geboren. Sie ist ca. 1,65 m groß. Ihre Haare sind gekräuselt und etwa nackenlang. Sie färbt sie hennarot und dunkelviolett. Sie wohnt in der B.-Str. 116 in 10... Berlin. (Um zu vermeiden, daß sich unvorsichtige Leute dort in Gefahr begeben, steht hier nicht die vollständige Adresse). Christine Schindke fährt einen weißen Honda Accord mit dünnen blauen Zierstreifen, Kennzeichen B-AA 7323. Die Fakten, die ihre Enttarnung ermöglichten, sollen hier und jetzt aus Gründen des Quellenschutzes nicht genannt werden.

Der Ermittlungsausschuß wird gebeten, weitere Informationen über Christine Schindke zu sammeln und ggf. zu veröffentlichen. Wer Christine Schindke kennt bzw. miterlebt hat, sollte sich beim Ermittlungsausschuß melden. (EA im Mehringhof, Tel. 692 22 22).

Berlin im Januar 1994

Unsere Anfänge als autonome Frauengruppe

Unsere Konstituierung als autonome Frauengruppe innerhalb der Revolutionären Zellen (RZ) fiel mit der Entsolidarierungswelle mit bewaffneter/militanter Politik in der BRD 1977 und einer Polarisierung innerhalb der FrauenLesbenbewegung zusammen. Der powervolle Aufbruch der „Neuen Frauenbewegung" – mit ihrer anfänglichen Fülle militanter Aktionen gegen Sexismus und ihrem radikalen Umkrempeln der persönlichen Lebensverhältnisse – war im letzten Drittel der 70er Jahre schon verebbt. Unter dem Eindruck des „Deutschen Herbstes" 1977 wurde der Gedanke an militanten Widerstand weitestgehend aus dem FrauenLesben-Bewußtsein (wie auch aus dem Gemischt-Linken*) verdrängt.
Ein Teil der FrauenLesben zog sich vom offensiven Durchsetzen der politischen Forderungen und den provokativen Aktionen in die Innerlichkeit und Esoterik zurück. Zunächst noch von vielen FrauenLesben als Erweiterung für feministisch-politisches Handeln begriffen, stellte sich dieser Weg schnell für viele als bewußte Abgrenzung von radikaler, öffentlicher feministischer Politik heraus.
Andere hielten daran fest, sich und andere darin zu stärken, soziale Räume gegen die sexistischen Gewalterfahrungen zu schaffen und z.B. autonome Frauenhäuser aufzubauen. Auch diese politisch sehr wichtige und notwendige Arbeit wurde damals von vielen FrauenLesben als Alternative und in Distanzierung zu militantem Widerstand gemacht und propagiert. Damit nahm die Professionalisierung und Institutionalisierung vieler FrauenLesbenprojekte ihren Anfang.[2]
Radikale FrauenLesben fühlten sich oft vereinzelt, viele gingen zurück in die auch sehr dezimierten Gemis.
Wir sahen in dieser Situation unseren Beitrag u.a. darin, die Idee und Praxis radikalen, militanten Widerstands entgegen aller Integrations- und Repressionsmaßnahmen des Staates wachzuhalten. In dieser Zeit wurde die Fähigkeit des Systems deutlich, Proteste zu integrieren und fundamentale Opposition zu Innovationsschüben zu nutzen, außerparlamentarische Politik als Kreativspender auszunutzen, andererseits Widerstandsstrukturen mit aller Härte zu zerschlagen.[3]
Das bestätigte uns, daß die Gegnerinnenschaft zum System sich grundlegender zeigen muß, weniger kontrollierbar sein sollte und nicht ihr Ende findet an staatlich gesetzten Grenzen. Die Aufrechterhaltung klandestiner Zusammenhänge war eine Konsequenz für uns, um in dieser politischen Eiszeit „im Herzen der Bestie" die Ruhe zu stören und den Gedanken an die Angreifbarkeit der Herrschenden lebendig zu halten. Zugleich hofften wir, damit den militanten, klandestin organisierten FrauenLesbenwiderstand zu verbreitern und zu verankern.
Wir selbst empfanden das Verlassen der uns zudiktierten weiblichen Friedfertigkeit bzw. die bewußte Entscheidung für gewalttätige Mittel in unserer Politik als ungeheuer befreiend. Wir erlebten, daß wir mit unseren Aktionen Angst, Ohnmacht und Resignation durchbrechen konnten, und wollten dies anderen FrauenLesben weitervermitteln.
Unser Widerstand war oft lautstark und explosiv und verursachte einigen Schaden, aber schwerpunktmäßig ging es um die Sichtbarmachung von FrauenLesben-Widerstand und entsprechend um symbolische Aktionen: „Gewalt wird erst sichtbar durch Widerstand."



„Bildet eure eigenen Banden" war die Parole der Anfangszeit, mit der wir zur Ausbreitung unserer Idee militanter Organisierung beitragen wollten. Auch der Name Rote Zora weckt(e) diese Assoziation. Wir machten unter diesem Aspekt Aktionen mit einfachen nachahmbaren Mitteln und griffen Themen aus der FrauenLesbenbewegung auf (§ 218 und Gewalt gegen Frauen). Wichtig war es uns zu zeigen, daß das Unrecht, die Gewalt nicht nur strukturell sind, sondern daß Täter greifbar, angreifbar sind: „Die Schweine haben Namen, Frauen, sucht euch die Adressen!" **
Wir sahen keine Hierarchie in verschiedenen Aktionsformen: Flugblatt verteilen, Besetzungen, Sprühaktionen, Schlösser verkleben, Steine schmeißen, Spreng- und Brandsätze legen – alles war wichtig, wenn es zusammengriff.
So ist es auch heute noch für uns richtig. Dabei haben wir allerdings die besonderen Bedingungen und Konsequenzen unserer Art der Organisierung und Praxis unter den Tisch fallen lassen. Im Wunsch, zur Nachahmung und damit Verbreitung unserer Aktionsformen zu ermuntern, stellten wir zeitweise unsere Organisierung so locker dar (Interview Emma, 1984), als könne jede mal eben so mit ihrer Freundin losziehen und das gleiche machen wie wir.
Auch wenn wir teilweise selbst im militanten Kleingruppengefühl agierten, verleugneten wir damit den anderen Teil unserer

---

* = „gemischtgeschlechtliche" Gruppen: der Einfachheit halber und weil wir Abkürzungen soo lieben vielleicht kurz „Gemis" genannt?!

** Aktion gegen die Bundesärztekammer in Köln, April 1977.

2) Obwohl viele der damals entstandenen Frauenprojekte ihre Existenz und ihren Integrationsprozeß der Stärke öffentlich-radikaler FrauenLesbenbewegung/-aktionen und dem dadurch gewährleisteten Schutz verdanken, distanzierten sich viele FrauenLesben von militanter Politik, um ihre Strukturen vor möglicher Kriminalisierung zu bewahren und sich gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. Heute zeigt sich, wie sehr es auf die Stärke der Gemeinsamkeit ankommt: Viele der von staatlicher Finanzierung abhängigen Projekte sind kaum noch in die autonome FrauenLesbenbewegung integriert bzw. diese Bewegung selbst ist im Moment ziemlich schwach. So ist die Strategie der Herrschenden teilweise aufgegangen, die darauf zielte (und immer wieder darauf zielen wird), radikale Bewegungen durch die Integration von Teilen in kontrollierbare Bahnen zu kanalisieren und die 'integrationsunwilligen' abzuspalten, zu isolieren. Wenn ihnen das gelingt, dann ist es möglich – wie sich heute zeigt –, daß schnell wieder all das genommen werden kann, was vom Zugeständnis der Herrschenden abhängt.

3) Ein anderes Beispiel für das Aufgeben radikaler SystemgegnerInnenschaft ist auch die damals beginnende Alternativbewegung: ursprünglich / von der Idee her gegen den kapitalistischen Markt, gegen Ausbeutung, Entfremdung und Konsum gerichtet, entwickelte sie sich schnell zur Alternativ-Ökonomie, zum Vorreiter und Bestandteil für kapitalistisch-innovative Erneuerung.

Geschichte und Praxis. Die dargestellte Lockerheit verschleierte die konkreten Barrieren/Unterschiede. Wir unterschieden und unterscheiden uns von Kleingruppen durch die auf Langfristigkeit, Kontinuität und Verbindlichkeit ausgerichtete Organisierung. Diese ermöglicht(e) es nicht nur, einen anderen Hintergrund von Logistik aufzubauen, d.h. Kenntnisse, Fertigkeiten, Beschaffung materieller Mittel, die über einen Kleingruppenrahmen hinausgehen, sondern auch, kontinuierliche gruppen- und städteübergreifende Diskussionen zu führen und Befreiungsideen zu entwickeln. Das Primat der Praxis half uns dabei, Unterschiedlichkeiten und Differenzen teilweise stehen lassen zu können und uns einem weltweiten Befreiungsprozeß und den Frauen darin verbunden zu fühlen, aus dem wir einen großen Teil unserer Stärke bezogen.
Die Distanz, die wir mit dem Satz „wir sind nicht anders als ihr" zu überwinden glaubten, vertieften wir damit. Das unterstützte den Mythos: Rote Zoras als fröhlich umherschweifende Rebellinnen, außerhalb der konkreten Mühseligkeiten des Alltags, allzeit zu jeder Schandtat bereit und fähig. (Solche Geschichten lesen wir uns auch abends im Bett gerne vor). Abgesehen davon, daß uns das in manchen Momenten schmeicheln mag – voran bringt es nicht so recht. Die FrauenLesben, die diesen Mythos mittragen und sich vielleicht darauf ausruhen, daß wir „es ja schon machen", entziehen sich der Auseinandersetzung und der Möglichkeit, für sich selbst eine solche Form der Organisierung zu denken bzw. ihre Entscheidung dafür oder dagegen (für beides gibt es gute Gründe) auf politische Füße zu stellen.



In unserer Organisierung sind wir anders als andere FrauenLesben-Kleingruppen, als einzelne FrauenLesben sind wir es nicht. Wir sind alles andere als Heldinnen, manchmal schon zu normal, unsicher, ängstlich, manchmal kleinmütig, verbohrt und streitsüchtig.
Unsere Arbeit beinhaltet nicht nur die Sonnenseiten, die in erfolgreichen Aktionen zum Ausdruck kommen oder in einer emotionalen Bezogenheit aufeinander zu finden sind, in dem Wissen, uns absolut aufeinander verlassen zu können, Vertrauen zu haben, Gleiches zu wollen. Ebenso gibt es – bedingt durch die notwendige Klandestinität unserer Strukturen – eine ungeheure Vielzahl an kleinen mühseligen Schritten und Aufgaben, die uns mit unseren ganzen Schwächen und Unfähigkeiten konfrontieren und unsere Geduld auf die Probe stellen. Gefordert ist immer wieder eine gewisse Abstraktion, weil aus der Kleinarbeit und notwendigen Organisiererei oft nicht viel Identitätsstiftendes gezogen werden kann, in größeren Zeitabständen gedacht und geplant wird und werden muß. Viele Sachen macht frau alleine, oft fehlt das direkte Miteinander. Die klandestin angelegten Strukturen sind oft schwerfällig.
Unsere Identität ziehen wir zwar auch aus gelungenen Aktionen, vor allem aber aus der langfristigen Perspektive, eine militante Frauenorganisierung aufzubauen.

Nach wie vor finden wir verschiedene Organisierungsformen für subversiven Widerstand wichtig – also auch Kleingruppen aus der Frauenöffentlichkeit heraus, die durch die Einbindung in soziale Zusammenhänge, durch spontanere Handlungsmöglichkeiten usw. oft ausgesprochen lebendig sind, meist aber durch die Bullen einkreisbar, weshalb sie äußerst flexibel sein müssen und oft nur kurzlebig sein können. Darin alle Möglichkeiten auszuprobieren und auszureizen, ist nicht nur für die Stärkung der FrauenLesbenbewegung notwendig, es ist auch für unseren Lernprozeß wichtig.
Wir wollen aber ebenso, daß Frauen, die unsere Politik als Rote Zora richtig und wichtig finden, sich der Frage einer entsprechenden Organisierung stellen und nicht diese Art militanter Politik an unseren Zusammenhang delegieren.
wir tragen die Verantwortung, mit unserer Geschichte genau umzugehen, aber nicht die alleinige Verantwortung, diese Politik fortzuführen.

Als Feministinnen in den RZ . . .



FrauenLesben schufen sich in den 70er Jahren in der BRD immer mehr autonome Zusammenhänge, aus denen sie gegen die „frauenspezifische" Unterdrückung kämpften. Der Kampf gegen die „allgemeine" Unterdrückung wurde oft in gemischten Zusammenhängen geführt. Diese Trennung zwischen „frauenspezifisch" und „allgemein" machten wir zunächst auch. So drückten wir mit Aktionen gegen den Paragraphen 218 und Gewalt gegen Frauen (z.B. Sexshops, Frauenhändler) unsere Verbundenheit mit den Aktionen und Diskussionen der Frauenbewegung aus. Innerhalb der Kampagne gegen die Preiserhöhungen im städtischen Nahverkehr verteilten wir z.B. gefälschte Fahrkarten mit den Gemischten.
Mit dieser Aufspaltung waren wir keineswegs zufrieden, ging sie doch geradezu durch uns selbst hindurch: Bei der Beschränkung auf „frauenspezifische" Themen grenzten wir einen Teil unserer Identität aus, den wir noch nicht so recht als durchaus auch „frauenspezifisch" begreifen konnten. Bei den sog. „allgemeinen" Themen verschwanden wir mit unserer Frauenidentität hinter den Männern bzw. einer patriarchal eingebetteten politischen Ausrichtung.
Wir waren auf der Suche nach Ansatzpunkten, in denen wir eine allumfassende feministische Sichtweise entwickeln konnten. So formulierten wir: „Gewalt gegen Frauen nicht als Ausnahme, sondern als durchgängiges HERRschaftsprinzip zu begreifen, hat zu der Erkenntnis geführt, daß der Kampf gegen persönlich erfahrene sexistische Gewalt nicht zu trennen ist vom Kampf gegen jede Gewalt des Systems." („Jedes Herz eine Zeitbombe", Revolutionärer Zorn Nr. 6, Jan. 1981)
Nicht gemischt, sondern als Frauengruppe gegen „allgemeine" Unterdrückung zu kämpfen, sollte eine Lösung sein: „Frauen-

Unsere Anfänge als autonome Frauengruppe

Unsere Konstituierung als autonome Frauengruppe innerhalb der Revolutionären Zellen (RZ) fiel mit der Entsolidarierungswelle mit bewaffneter/militanter Politik in der BRD 1977 und einer Polarisierung innerhalb der FrauenLesbenbewegung zusammen. Der powervolle Aufbruch der „Neuen Frauenbewegung" – mit ihrer anfänglichen Fülle militanter Aktionen gegen Sexismus und ihrem radikalen Umkrempeln der persönlichen Lebensverhältnisse – war im letzten Drittel der 70er Jahre schon verebbt. Unter dem Eindruck des „Deutschen Herbstes" 1977 wurde der Gedanke an militanten Widerstand weitestgehend aus dem FrauenLesben-Bewußtsein (wie auch aus dem Gemischt-Linken*) verdrängt.
Ein Teil der FrauenLesben zog sich vom offensiven Durchsetzen der politischen Forderungen und den provokativen Aktionen in die Innerlichkeit und Esoterik zurück. Zunächst noch von vielen FrauenLesben als Erweiterung für feministisch-politisches Handeln begriffen, stellte sich dieser Weg schnell für viele als bewußte Abgrenzung von radikaler, öffentlicher feministischer Politik heraus.
Andere hielten daran fest, sich und andere darin zu stärken, soziale Räume gegen die sexistischen Gewalterfahrungen zu schaffen und z.B. autonome Frauenhäuser aufzubauen. Auch diese politisch sehr wichtige und notwendige Arbeit wurde damals von vielen FrauenLesben als Alternative und in Distanzierung zu militantem Widerstand gemacht und propagiert. Damit nahm die Professionalisierung und Institutionalisierung vieler FrauenLesbenprojekte ihren Anfang.[2]
Radikale FrauenLesben fühlten sich oft vereinzelt, viele gingen zurück in die auch sehr dezimierten Gemis.
Wir sahen in dieser Situation unseren Beitrag u.a. darin, die Idee und Praxis radikalen, militanten Widerstands entgegen aller Integrations- und Repressionsmaßnahmen des Staates wachzuhalten. In dieser Zeit wurde die Fähigkeit des Systems deutlich, Proteste zu integrieren und fundamentale Opposition zu Innovationsschüben zu nutzen, außerparlamentarische Politik als Kreativspender auszunutzen, andererseits Widerstandsstrukturen mit aller Härte zu zerschlagen.[3]
Das bestätigte uns, daß die Gegnerinnenschaft zum System sich grundlegender zeigen muß, weniger kontrollierbar sein sollte und nicht ihr Ende findet an staatlich gesetzten Grenzen. Die Aufrechterhaltung klandestiner Zusammenhänge war eine Konsequenz für uns, um in dieser politischen Eiszeit „im Herzen der Bestie" die Ruhe zu stören und den Gedanken an die Angreifbarkeit der Herrschenden lebendig zu halten. Zugleich hofften wir, damit den militanten, klandestin organisierten FrauenLesbenwiderstand zu verbreitern und zu verankern.
Wir selbst empfanden das Verlassen der uns zudiktierten weiblichen Friedfertigkeit bzw. die bewußte Entscheidung für gewalttätige Mittel in unserer Politik als ungeheuer befreiend. Wir erlebten, daß wir mit unseren Aktionen Angst, Ohnmacht und Resignation durchbrechen konnten, und wollten dies anderen FrauenLesben weitervermitteln.
Unser Widerstand war oft lautstark und explosiv und verursachte einigen Schaden, aber schwerpunktmäßig ging es um die Sichtbarmachung von FrauenLesben-Widerstand und entsprechend um symbolische Aktionen: „Gewalt wird erst sichtbar durch Widerstand."



„Bildet eure eigenen Banden" war die Parole der Anfangszeit, mit der wir zur Ausbreitung unserer Idee militanter Organisierung beitragen wollten. Auch der Name Rote Zora weckt(e) diese Assoziation. Wir machten unter diesem Aspekt Aktionen mit einfachen nachahmbaren Mitteln und griffen Themen aus der FrauenLesbenbewegung auf (§ 218 und Gewalt gegen Frauen). Wichtig war es uns zu zeigen, daß das Unrecht, die Gewalt nicht nur strukturell sind, sondern daß Täter greifbar, angreifbar sind: „Die Schweine haben Namen, Frauen, sucht euch die Adressen!" **
Wir sahen keine Hierarchie in verschiedenen Aktionsformen: Flugblatt verteilen, Besetzungen, Sprühaktionen, Schlösser verkleben, Steine schmeißen, Spreng- und Brandsätze legen – alles war wichtig, wenn es zusammengriff.
So ist es auch heute noch für uns richtig. Dabei haben wir allerdings die besonderen Bedingungen und Konsequenzen unserer Art der Organisierung und Praxis unter den Tisch fallen lassen. Im Wunsch, zur Nachahmung und damit Verbreitung unserer Aktionsformen zu ermuntern, stellten wir zeitweise unsere Organisierung so locker dar (Interview Emma, 1984), als könne jede mal eben so mit ihrer Freundin losziehen und das gleiche machen wie wir.
Auch wenn wir teilweise selbst im militanten Kleingruppengefühl agierten, verleugneten wir damit den anderen Teil unserer

* = „gemischtgeschlechtliche" Gruppen: der Einfachheit halber und weil wir Abkürzungen soo lieben vielleicht kurz „Gemis" genannt?!

** Aktion gegen die Bundesärztekammer in Köln, April 1977.

2) Obwohl viele der damals entstandenen Frauenprojekte ihre Existenz und ihren Integrationsprozeß der Stärke öffentlich-radikaler FrauenLesbenbewegung/-aktionen und dem dadurch gewährleisteten Schutz verdanken, distanzierten sich viele FrauenLesben von militanter Politik, um ihre Strukturen vor möglicher Kriminalisierung zu bewahren und sich gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern. Heute zeigt sich, wie sehr es auf die Stärke der Gemeinsamkeit ankommt: Viele der von staatlicher Finanzierung abhängigen Projekte sind kaum noch in die autonome FrauenLesbenbewegung integriert bzw. diese Bewegung selbst ist im Moment ziemlich schwach. So ist die Strategie der Herrschenden teilweise aufgegangen, die darauf zielte (und immer wieder darauf zielen wird), radikale Bewegungen durch die Integration von Teilen in kontrollierbare Bahnen zu kanalisieren und die 'integrationsunwilligen' abzuspalten, zu isolieren. Wenn ihnen das gelingt, dann ist es möglich – wie sich heute zeigt –, daß schnell wieder all das genommen werden kann, was vom Zugeständnis der Herrschenden abhängt.

3) Ein anderes Beispiel für das Aufgeben radikaler SystemgegnerInnenschaft ist auch die damals beginnende Alternativbewegung: ursprünglich / von der Idee her gegen den kapitalistischen Markt, gegen Ausbeutung, Entfremdung und Konsum gerichtet, entwickelte sie sich schnell zur Alternativ-Ökonomie, zum Vorreiter und Bestandteil für kapitalistisch-innovative Erneuerung.

Geschichte und Praxis. Die dargestellte Lockerheit verschleierte die konkreten Barrieren/Unterschiede. Wir unterschieden und unterscheiden uns von Kleingruppen durch die auf Langfristigkeit, Kontinuität und Verbindlichkeit ausgerichtete Organisierung. Diese ermöglicht(e) es nicht nur, einen anderen Hintergrund von Logistik aufzubauen, d.h. Kenntnisse, Fertigkeiten, Beschaffung materieller Mittel, die über einen Kleingruppenrahmen hinausgehen, sondern auch, kontinuierliche gruppen- und städteübergreifende Diskussionen zu führen und Befreiungsideen zu entwickeln. Das Primat der Praxis half uns dabei, Unterschiedlichkeiten und Differenzen teilweise stehen lassen zu können und uns einem weltweiten Befreiungsprozeß und den Frauen darin verbunden zu fühlen, aus dem wir einen großen Teil unserer Stärke bezogen.
Die Distanz, die wir mit dem Satz „wir sind nicht anders als ihr" zu überwinden glaubten, vertieften wir damit. Das unterstützte den Mythos: Rote Zoras als fröhlich umherschweifende Rebellinnen, außerhalb der konkreten Mühseligkeiten des Alltags, allzeit zu jeder Schandtat bereit und fähig. (Solche Geschichten lesen wir uns auch abends im Bett gerne vor). Abgesehen davon, daß uns das in manchen Momenten schmeicheln mag – voran bringt es nicht so recht. Die FrauenLesben, die diesen Mythos mittragen und sich vielleicht darauf ausruhen, daß wir „es ja schon machen", entziehen sich der Auseinandersetzung und der Möglichkeit, für sich selbst eine solche Form der Organisierung zu denken bzw. ihre Entscheidung dafür oder dagegen (für beides gibt es gute Gründe) auf politische Füße zu stellen.



In unserer Organisierung sind wir anders als andere FrauenLesben-Kleingruppen, als einzelne FrauenLesben sind wir es nicht. Wir sind alles andere als Heldinnen, manchmal schon zu normal, unsicher, ängstlich, manchmal kleinmütig, verbohrt und streitsüchtig.
Unsere Arbeit beinhaltet nicht nur die Sonnenseiten, die in erfolgreichen Aktionen zum Ausdruck kommen oder in einer emotionalen Bezogenheit aufeinander zu finden sind, in dem Wissen, uns absolut aufeinander verlassen zu können, Vertrauen zu haben, Gleiches zu wollen. Ebenso gibt es – bedingt durch die notwendige Klandestinität unserer Strukturen – eine ungeheure Vielzahl an kleinen mühseligen Schritten und Aufgaben, die uns mit unseren ganzen Schwächen und Unfähigkeiten konfrontieren und unsere Geduld auf die Probe stellen. Gefordert ist immer wieder eine gewisse Abstraktion, weil aus der Kleinarbeit und notwendigen Organisiererei oft nicht viel Identitätsstiftendes gezogen werden kann, in größeren Zeitabständen gedacht und geplant wird und werden muß. Viele Sachen macht frau alleine, oft fehlt das direkte Miteinander. Die klandestin angelegten Strukturen sind oft schwerfällig.
Unsere Identität ziehen wir zwar auch aus gelungenen Aktionen, vor allem aber aus der langfristigen Perspektive, eine militante Frauenorganisierung aufzubauen.

Nach wie vor finden wir verschiedene Organisierungsformen für subversiven Widerstand wichtig – also auch Kleingruppen aus der Frauenöffentlichkeit heraus, die durch die Einbindung in soziale Zusammenhänge, durch spontanere Handlungsmöglichkeiten usw. oft ausgesprochen lebendig sind, meist aber durch die Bullen einkreisbar, weshalb sie äußerst flexibel sein müssen und oft nur kurzlebig sein können. Darin alle Möglichkeiten auszuprobieren und auszureizen, ist nicht nur für die Stärkung der FrauenLesbenbewegung notwendig, es ist auch für unseren Lernprozeß wichtig.
Wir wollen aber ebenso, daß Frauen, die unsere Politik als Rote Zora richtig und wichtig finden, sich der Frage einer entsprechenden Organisierung stellen und nicht diese Art militanter Politik an unseren Zusammenhang delegieren.
wir tragen die Verantwortung, mit unserer Geschichte genau umzugehen, aber nicht die alleinige Verantwortung, diese Politik fortzuführen.

Als Feministinnen in den RZ ...



FrauenLesben schufen sich in den 70er Jahren in der BRD immer mehr autonome Zusammenhänge, aus denen sie gegen die „frauenspezifische" Unterdrückung kämpften. Der Kampf gegen die „allgemeine" Unterdrückung wurde oft in gemischten Zusammenhängen geführt. Diese Trennung zwischen „frauenspezifisch" und „allgemein" machten wir zunächst auch. So drückten wir mit Aktionen gegen den Paragraphen 218 und Gewalt gegen Frauen (z.B. Sexshops, Frauenhändler) unsere Verbundenheit mit den Aktionen und Diskussionen der Frauenbewegung aus. Innerhalb der Kampagne gegen die Preiserhöhungen im städtischen Nahverkehr verteilten wir z.B. gefälschte Fahrkarten mit den Gemischten.
Mit dieser Aufspaltung waren wir keineswegs zufrieden, ging sie doch geradezu durch uns selbst hindurch: Bei der Beschränkung auf „frauenspezifische" Themen grenzten wir einen Teil unserer Identität aus, den wir noch nicht so recht als durchaus auch „frauenspezifisch" begreifen konnten. Bei den sog. „allgemeinen" Themen verschwanden wir mit unserer Frauenidentität hinter den Männern bzw. einer patriarchal eingebetteten politischen Ausrichtung.
Wir waren auf der Suche nach Ansatzpunkten, in denen wir eine allumfassende feministische Sichtweise entwickeln konnten. So formulierten wir: „Gewalt gegen Frauen nicht als Ausnahme, sondern als durchgängiges HERRschaftsprinzip zu begreifen, hat zu der Erkenntnis geführt, daß der Kampf gegen persönlich erfahrene sexistische Gewalt nicht zu trennen ist vom Kampf gegen jede Gewalt des Systems." („Jedes Herz eine Zeitbombe", Revolutionärer Zorn Nr. 6, Jan. 1981)
Nicht gemischt, sondern als Frauengruppe gegen „allgemeine" Unterdrückung zu kämpfen, sollte eine Lösung sein: „Frauen-

kampf ist umfassend und beeinhaltet jeden Kampf gegen jede Form der Unterdrückung, Ausbeutung, Zerstörung und Menschenverachtung." (Rote Zora-Aktion gegen Kaußen-Anwalt Wagner zur Unterstützung des Häuserkampfes, 1980)

Auch mit dieser Sichtweise hielten wir indirekt die Trennung zwischen „frauenspezifisch" und „allgemein" aufrecht. Zwar blitzten Vorstellungen davon auf, wie unser Frauenkampf aussehen könnte, z.B. bei der Aktion gegen Siemens im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien, die verschärfte Ausbeutung und Kontrolle gegen Frauen hier und in den Drei Kontinenten[4] bedeuteten; oder bei den Angriffen auf die Frauenhändler, deren Sexismus im direkten Zusammenhang mit imperialistischer Zerstörung und Vertreibung steht.

Konkret sahen wir uns weiterhin einer „Doppelbelastung" ausgesetzt: Die Auseinandersetzung um „allgemeine" politische Themen wie z.B. Häuserkampf, Knastkampf, Friedensbewegung, imperialistische Interventionen usw. führten wir letztendlich weiter vor dem Hintergrund eines patriarchalen Selbstverständnisses. So lange wir nicht in der Lage waren, in diesen Kämpfen auch Ansätze von Frauenbefreiung zu sehen bzw. sie direkt in antipatriarchale Kämpfe zu wenden, mußten wir uns ständig entscheiden, ob wir zugunsten einer aktuellen Beteiligung an diesen Kämpfen die Verfolgung unserer Fraueninteressen und die Entwicklung eines feministischen Widerstands hintanstellen sollten. Diese Überlegungen trugen zur späteren Trennung von den RZ bei.

Als selbständige Frauengruppe in den RZ lebten wir von Anfang an mit dem Widerspruch, daß wir im öffentlichen Rahmen die politische Autonomie von Frauen für unverzichtbar hielten, uns innerhalb unserer klandestinen Organisierung aber mit Männern arrangierten – zwar als selbständige Gruppe, aber mit der Verbindlichkeit einer gemeinsamen Organisation.

Dafür gab es verschiedene Hintergründe: Wir konnten in diesem Zusammenhang auf bereits entwickelte Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen; wir trauten uns keine eigene tragfähige Struktur zu, da wir so wenige militante Feministinnen waren. Außerdem waren die militanten Kräfte (Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre) innerhalb der Linken insgesamt so gering, daß wir meinten, Frauen und Männer müßten sich gegenseitig stärken.

Wir waren eng verbunden mit einer linken Geschichte und den entsprechenden Denkstrukturen und Handlungsmustern. In den Anfängen unserer militanten Frauenorganisierung gelang es uns noch sehr wenig, uns von diesen zu lösen und unsere Befreiungsvorstellungen und -wege auf feministisch-revolutionäre Füße zu stellen. Dafür gab und gibt es bis heute kein umfassendes Konzept. An diesem mitzustricken, haben wir uns seitdem vorgenommen.

Einige von uns hatten zudem die Illusion, daß in der existentiellen Verbundenheit des gemeinsamen Kampfes die Geschlechtergegensätze nicht so krass seien, die Radikalität „unserer" Genossen sich auch in einer radikalen Infragestellung ihrer patriarchalen Identität ausdrücken müsse/könne; daß die Männer ihre Chance zur Erweiterung ihres Horizontes und Handlungsrahmens erkennen würden, indem sie sich an unserem feministischen Kampf orientierten. Diese Illusion wurde mit Sicherheit durch die heterosexuelle Orientierung der meisten Roten Zoras genährt.

Die zermürbenden, nie enden wollenden Streitereien, in denen wir begreiflich zu machen und durchzusetzen versuchten, daß



Frauenkampf kein Teilbereichskampf sein kann, sondern daß die Befreiung vom Patriarchat grundlegend für jede Befreiung ist, und das Hinzukommen neuer FrauenLesben, die sich ganz bewußt in Frauenzusammenhängen organisieren wollten und nicht einsahen, warum wir irgendwelche Energien in Diskussionen mit Männern steckten, führten endgültig zur organisatorischen Trennung.

Erst in der Trennungsphase begriffen wir, daß nicht nur „unsere" patriarchal denkenden und handelnden Männer in ihrer Unfähigkeit und Borniertheit eine fruchtbare Zusammenarbeit verhinderten, sondern daß autonome FrauenLesbenorganisierung für uns hier und heute – auch im militanten Kampf – eine grundsätzliche politische Notwendigkeit ist. Gemeinsame Organisierung mit Männern bindet nicht nur unsere Energien in der ständigen Auseinandersetzung um die Behauptung von FrauenLesbenpositionen, sondern sie bindet uns auch in von Männern gesetzte Diskussionsprozesse ein, bringt uns immer wieder auf das Gleis der Orientierung an männlichen Normen, die wir selbst oft tief verinnerlicht haben. Sie blockiert uns damit in unserem Denken und unserer Entwicklung und steht der Herausbildung einer revolutionär-feministischen Perspektive ständig im Wege.

Mit dieser klaren politischen und organisatorischen Trennung der Roten Zora von den RZ brachen wir mit der sonst von uns Frauen – um den Preis unserer Selbstverleugnung – wie selbstverständlich erwarteten Solidarität. Damit verweigerten wir uns der Vereinnahmung, die in der Behauptung liegt, Feminismus sei in ein linkes Konzept einzuordnen, was immer darauf hinausläuft, Frauenkampf einer „umfassenderen linken Zielsetzung" unterzuordnen. Mit dieser völlig veränderten Voraussetzung und politischen Klarheit, die erstmal nicht von gemeinsamen Zielsetzungen ausgeht, sind punktuelle Bündnisse oder solidarische Verhältnisse mit Männern oder gemischten Gruppen nicht ausgeschlossen, werden so aber von uns bestimmt.

---

4) „Drei Kontinente", nämlich Afrika, Asien und Lateinamerika, bezieht sich auf den politischen Begriff der Trikontinentale, der von den antiimperialistischen Befreiungsströmungen in den 60er Jahren benutzt wurde: aus der Erfahrung der Gemeinsamkeit imperialistischer Unterdrückung und Auspressung und der Kämpfe dagegen in allen drei Kontinenten schöpften viele KämpferInnen ihre Kraft und Hoffnung auf Befreiung vom übermächtigen Feind.

Ein Stimmungsbild aus Mexiko

Dieser Bericht kann nur subjektiv sein. Er beruht auf Pressemitteilungen und vor allem persönlichen Gesprächen mit Radikalen, die innerhalb staatlicher Institutionen arbeiten oder in Basisgruppen, radikalen Gewerkschaften bzw. der Bürgerbewegung zur Unterstützung der Kämpfe in Chiapas aktiv sind.

Es gab schon immer eine Guerilla in Südmexiko. Alle Jahre wieder kam es zu es bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Militär und Guerilla (zuungunsten letzterer). Die mexikanische Gesellschaft wußte von der Existenz der Guerilla, aber trotzdem waren alle überrascht von der Intensität und Dauer der Kämpfe seit Jahresbeginn. Selbst die radikalen Linken hielten derartige Aktivitäten in dem scheinbar stabilen Mexiko nicht mehr für möglich. Während anfangs durch Regierung und Militär das Bild vermittelt wurde, es handele sich nur um ausländische Terroristen, und die Lage in der umkämpften Region sei unter Kontrolle, zeigte sich nach und nach, daß a)die Kämpfe zwischen EZLN und Armee anhielten; b) das Militär in der unvertrauten Region unsicher war; c) die Bevölkerung die Guerilla schützt; d) die Guerilla offensichtlich auch aus staatlichen Strukturen heraus Unterstützung erfuhr.

Ein us-amerikanischer Militärexperte (Journalist) kritisierte, daß die mexikanische Armee nicht in der Lage sei, mit derartigen Konflikten offensiv umzugehen. Das Massaker an Guerilla und Bevölkerung sei Ergebnis dieser strukturellen Unfähigkeit. Nach Einschätzung Radikaler sind die Massaker auf die Verunsicherung innerhalb des Militärs zurückzuführen, das konzeptlos mordet, weil es in der Auseinandersetzung mit der EZLN nicht durchblickt. Fotos von Journalisten aus Chiapas bestätigen die Liquidierungen an Bevölkerung/Guerilla. Ein Bürgerbewegter berichtete von Verstümmleungen an den Geschlechtsteilen bereits ermordeter Indios. Die Guerilla bleibt weiterhin aktiv, veröffentlicht kontinuerlich Kommuniques, welche in der mexikanischen Öffentlichkeit mit großem Interesse gelesen und diskutiert werden.

Innerhalb von 2 Wochen hat sich die politische Landschaft zuungunsten der Regierungspartei (PRI - Partei der institutionalisierten Revolution) verändert. Die Widersprüche innerhalb der seit Ewigkeiten herrschenden Partei treten offen zutage. Anstelle einer Friedensinitiative für Chiapas, so witzelt man, bräuchte man eine Friedensinitiative für die PRI. Mexikostadt erlebt täglich zwischen 8 und 15 Demos aus Solidarität mit Chiapas, die in Presse, Fernsehen und Radio unterschlagen werden. Die Demos werden traditionell stark von Frauen mit Kindern getragen. Sie sind häufig diejenigen, die die Demos organisieren und das Interesse der gesamten Familie nach außen tragen. Eine Kündigung der Arbeitsplätze wegen Teilnahme an einer solchen Demo ist für die Familie nicht zu verkraften, so erklärt sich u.a. die Abwesenheit der Männer. Organisiert sind die Leute in Gewerkschaften (syndicatos), die nicht vergleichbar mit den deutschen Gwerkschaften sind. Salinas, der Präsident (PRI), wird auf den Demos als Terrorist bezeichnet, die bewaffneten Indios als Brüder. Am 13.1. demonstrierten 25.000 Menschen gegen Salinas und für Chiapas. Der Sitz des Präsidenten wurde mit "Mörder" besprüht. Auf Transparenten ist es nicht unüblich, bewaffnete Frauen mit Kind abgebildet zu sehen. Auch das Bild von Emilio Zapata wird oft getragen. Eine der Hauptforderungen Zapatas in den Zeiten der Revolution war die Verteilung von Land an die Indios/Campesinos, für die er bewaffnet kämpfte. Sowohl die radikale Linke als auch die offizielle Politik bezogen sich bislang auf Zapata. Die einen legitimierten damit ihre Politik einer institutionalisierten Revolution, die anderen sahen in ihm einen, der sich nicht korrumpieren ließ. Mit dem Namen EZLN (Befreiungsheer Emilio Zapata) wird Zapata plötzlich wieder lebendig. (Von einer Anwesenheit anarchistischer Gruppen auf den Demos oder innerhalb der Kämpfe ist mir bislang nichts bekannt, was aber nichts heißen muß bei einer ausschnitthaften Wahrnehmung).

Kommen wir zur EZLN selbst. Ihre Positionen bleiben, soweit ich das bisher wahrnehmen konnte, im nationalen Rahmen und beanspruchen keine internationalen Veränderungen. Den Kämpfenden, zum Teil 15-Jährige, auch bewaffnete Frauen, geht es um die Verbesserung ihrer Situation als IndianerInnen (Tzotziles/Tzetzales/...). So sterben Tausende von ihnen an ganz normalen Krankheiten, es gibt kein Wasser, wenig oder gar nichts zu essen. Da sie sowieso sterben, können sie auch kämpfend sterben, so die Guerilla. Eine andere Möglichkeit gibt es aktuell gar nicht. Sie sagen, daß es nicht sein kann, daß der Strom für ganz Mexiko zwar in Chiapas erzeugt wird, sie aber verhungern müssen. Aus eben diesem Grund wenden sich die Indios gegen den freien Markt, den Salinas in Zusammenarbeit mit den USA und Kanada anstrebt, und in dem Mexiko eine wichtige Funktion für den zu erschließenden Markt in Zentral- und Südamerika einnimmt. Der freie Markt, so die Indios, mache sie nur schneller kaputt. Der Zeitpunkt für die Aktivitäten der EZLN ist insofern geschickt gewählt, als hier in Mexiko Wahlen anstehen, bei denen Salinas sich schon als der sichere Sieger sah und seine Politik des freien Marktes absegnen lassen wollte. Von diesen Wahlen hält die EZLN nichts. Sie fordert, daß Salinas verschwindet und daß es echte Wahlen gibt. Darunter versteht sie demokratische Wahlen, in denen der Präsident direkt durch das Volk gewählt und nicht durch Salinas festgelegt wird. Salinas hatte bereits einen Nachfolger für sich bestimmt, der als seine Marionette gilt. Salinas Projekt des freien Marktes ist vom Auftreten der EZLN bedroht, denn mit ihren Forderungen haben sie einen Nerv des korruptem Systems getroffen. JedeR scheint die Forderungen zu verstehen, wenn nicht gar zu befürworten. Mexiko, so Salinas Projekt, ist als Nahtstelle für den Handel mit Süd/Zentralamerika vorgesehen, da die USA mit zu vielen Widerständen rechnen muß und die Industrialisierung/Handel = Ausbeutung nicht direkt vornehmen kann. Die Idee Salinas ist dabei natürlich, daß Mexiko auf diese Weise von der Ausbeutung Lateinamerikas profitiert. Dem liegt die Einschätzung

zugrunde, daß die vormals von den USA aufgebauten Diktaturen in Lateinamerika a) den Widerstand niemals wirklich auslöschen konnten und b) daß die Gegnerschaft zu den "gringos" trotz, bzw. auch wegen der Diktaturen bestehen blieb. Die "Demokratisierung" Lateinamerikas ist insofern im Interesse der USA, um neue Zugänge nach Lateinamerika zu schaffen und die Wege für nähere Beziehungen zu ebnen. Unabhängig davon, ob LateinamerikaspezialistInnen in der BRD (zu denen ich nicht gehöre) diese Einschätzung radikaler Linker teilen werden, erklärt die EZLN, daß es in Lateinamerika keine freie Wahlen gibt, ebensowenig wie eine Demokratisierung: Hunger und Elend sind überall gleich geblieben.

Die Aktivitäten der EZLN werden innerhalb eines Teils der Bürgerbewegung als Signal für neue Kämpfe aufgefaßt, und man richtet sich auf längere Auseinandersetzungen ein. Die Guerilla ließ in einer Erklärung verbreiten, daß die Bürgerbewegung ihre Aktivitäten fortführen soll und daß die Armen ihre eigenen Interessen formulieren und dafür kämpfen müssen. Die Bürgerbewegung/syndicatos unterstützt die Guerilla erstmal, weil ihre Forderungen richtig sind. Aber man ist auch vorsichtig, denn noch scheint niemandem klar zu sein, wie sich alles weiter entwickeln wird. Einerseits glauben einige, daß dies der Beginn neuer Kämpfe ist, die sich nach Zentralamerika ausbreiten könnten (in Guatemala existiert die Guerilla seit 30 Jahren). Dem widerspricht aber eine andere Einschätzung, derzufolge die internationale Guerilla (Lateinamerikas) kein Interesse an einer EZLN in Mexiko haben könnte, da letzteres für sie ein neutrales Land ist, in dem Kontakte zu anderen Gruppen möglich sind. Daß der Geheimdienst in Mexiko (der in sich gespalten ist) von der Entstehung der EZLN in diesem Ausmaß nichts gewußt haben soll, wird damit begründet, daß eine Infiltration der Guerilla schwierig gewesen sei, da diese seit mindestens 10 Jahren innerhalb sozialer Strukturen (Dorfgemeinschaften oder ähnliches) Schritt für Schritt aufgebaut wurde. An der Entstehung der Indioguerilla mitgewirkt bzw. sie unterstützt haben offensichtlich sowohl Anhänger der Theologie der Befreiung (mit Kirchenstrukturen) als auch Maoisten, welche auf lokaler Ebene angeblich einige Gemeinde(...?)tionen unterwandert haben sollen und somit Gelder abzwacken konnten. Bestätigt wird allgemein sehr zum Schrecken der PRI, daß die Unterstützung der Guerilla auch aus ihren eigenen Reihen kam.

Aktuell wird die Situation in Mexiko als politisch offen bezeichnet und zwei Möglichkeiten der weiteren Entwicklung gesehen. Da die PRI in einer ihrer größten Krisen steckt und die altbekannten Machtblöcke auseinanderzufallen drohen bzw. sich in verschiedene Interessen zersplitten, ist ein Vakuum entstanden. Einerseits werden hier die Chancen ausgemacht, eine echte Demokratisierung im Sinne der EZLN einzuleiten und die Macht der als korrupt betrachteten PRI zu brechen. Andererseits wird die Gefahr gesehen, daß z.B. die Scheinamnestie von Salinas, mit der er sich zwar international gut darstellt, aber welche nach innen keinerlei Bedeutung hat, nur eine Vorbereitung der Repression gegen den allgemeinen Widerstand sein könnte. Bei unklaren Verhältnissen besteht die Möglichkeit, daß das Militär die Initiative ergreift. Eine Diktatur ist nicht auszuschließen. Auf die Frage, ob es sich um eine revolutionäre Situation handele, wurde mit Skepsis reagiert. Allenfalls, so eine Einschätzung, sei eine Demokratisierung möglich. Da aber die Entwicklung derzeit noch so offen ist, die Armut aber groß und der Hunger nach Veränderung nicht geringer, kann niemand eine endgültige Aussage treffen. Chiapas, den Aufstand der Indios habe schließlich auch niemand erwartet. In Deutschland müsse man sich selbst überlegen, wie die Kämpfe um Chiapas zu unterstützen seien, bei Schweinereien empfehlen sich Aktionen an den Botschaften und die Beobachtung des staatlichen Verhaltens gegenüber den Indios und den anderen sozialen Kämpfen.

Kontaktmöglichkeit: Movimento Mexicano por la Paz, el Antiimperialismo y la solidaridad, Playa Regatas No. 302, Barrio Santiago Sur, Deligation Intacalo, C.P. 08800 Mex. D.F. Tel: 6966055 Fax: 6966100

Mexiko, 25.1.

hintergründe zu den ereignissen in chiapas, jan. 1994:

TIERRA Y LIBERTAD

chiapas gilt als der "mittelamerikanischte staat" mexikos. die mehrheit der bevölkerung sind indeginas, im gegensatz zu der mehrheit der mestizen im restliche mexiko. die landbevölkerung ist ebenso wie jene in salvador oder guatemala von der ungerechten landverteilung betroffen: die macht liegt in den händen der wenigen großgrundbesitzern während die große mehrheit lediglich vom verkauf ihrer arbeitskraft notdürftig überleben kann. der minimallohn wird ihnen genausowenig bezahlt wie gesetzlich vorgeschriebene sozialleistungen.

jährlich soll die gewalt und der hunger 15.000 todesopfer in der provinz fordern. (bei einer gesamtbevölkerung von 3 millionen)

die errungenschaften der mexikanischen revolution sind hier nie verwirklicht worden. die agrarreform hat nichts an den machtverhältnissen in chiapas geändert. die errungenschaften auf dem gebieten der gesundheit und der erziehung stoppten vor der kulturellen grenze zwischen mexikanischen mestizen und indeginas

verschärft wird die situation durch das am 1.1.1994 in kraft getretenen nafta-abkommen. die regierung sieht sich nochmehr dazu veranlaßt, auf die agro-industrie statt auf das kleinbäuerinnentum zu setzen. nur durch eine erhöhung der traditionell im kapitalistischen sinne niedrigen produktivität im agrarbereich via privatisierung des landeigentums könnte jener mit den billigen, nunmehr zollfreien agrarimporten aus dem norden konkurrieren.

bereits in den vorangegangenen monaten eskalierte die situation, als die regierung nichts unterließ, die existenz der indianischen kleinbäuerInnen anzugreifen. die eh längst aus den fruchtbaren gebieten verdrängt wurden (ihre maisfelder ziehen sich unwirtlichen von erosion bedrohten berghängen hinauf):

* die entwicklung der traditionellen ökonomie, z.b. holzkohle und brennholz, welches die indeginas seit generationen zum kochen brauchen, wurde untersagte.
* durch die abholzung des tropischen regenwaldes und die ansiedlung von bäuerInnen aus dem norden auf dem gerodeten land werden die indeginas zunehmend ihrer existenz bedroht und soll die etnische zusammensetzung der provinz zuungunsten der indeginas verändert werden.
* 1993 organisierten unterschiedliche gruppen von kleinbäuerInnen protestbewegungen, weil ihre schulden bei den banken - die zum großen teil wegen der enormen zinsbelastung schlichtweg unbezahlbar geworden sind - sie umzubringen drohen.
* nicht zuletzt, weil der eh schon

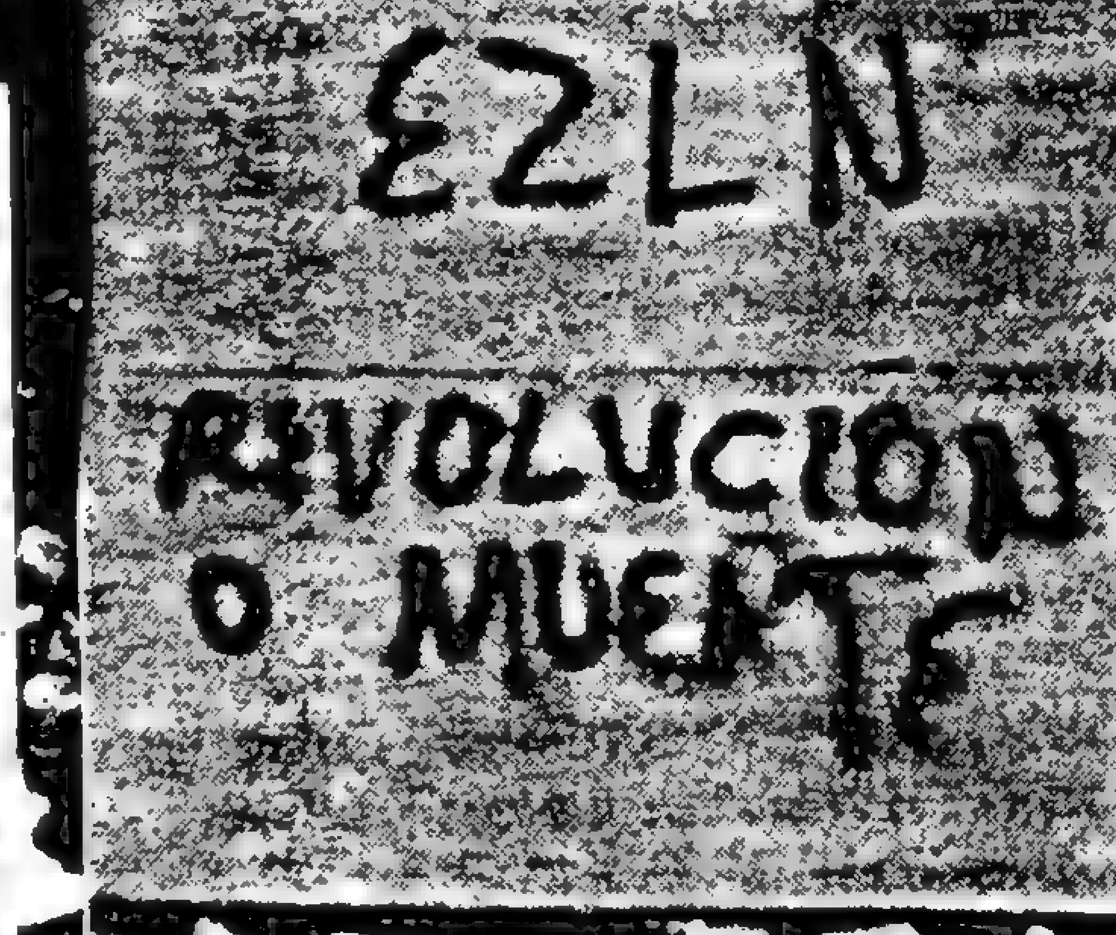
iedrige - staatlich festgelegte - nindestpreis für die wichtigsten andwirtschaftlichen produkte weiter ieruntergesetzt wurde.
' hinzu kommt das neue agrargeetz, welches eine mindestproduktivität für das land verlangt, welches die indeginas seit urzeiten ebauen. wird diese mindestproduktivität nicht ereicht, kann das land, zugunsten von großgrundbeitzern mit besseren finanziellen und technologischen möglichkeiten, enteignet werden.

für die untergrundführung der zapatistischen befreiungsarmee fing der konflikt vor 500 jahren an, "mit der spanischen invasion". für einige aufständische "begann alles vor 10 jahren in den bergen. seitdem sind alle legalen möglichkeiten erschöpft."

seit letztem mai gab es in einigen regionen chiapas gerüchte über eine guerilla, nachdem eine militärpatroullie zufällig auf ein ausbildungscamp im urwald von ocosingo stieß und es in der folgezeit zu mehreren zusammenstößen zwischen militärs und guerilla in den regionen von san christóbal, ocosingo, altamirano und las margaritas kam.
allerdings verschwiegen die militärs offiziell die existenz der guerilla. (so wurde z.b. nicht nur die weltöffentlichkeit sondern auch die bewohnerInnen von san christobal von der existenz der ezln am 1. januar überrascht.)
nachdem im laufe des vergangenen jahres zwei offiziere von indeginas verbrannt worden sind, besetzten 400 soldaten die gemeinde tzotzil de san isidro el ocotal, bedrohten 46 dort ansässige familien mit dem tod und nahmen 13 bäuerInnen, die sie mit dem tod der beiden offiziere in verbindung brachten, fest und folterten sie.

die expertInnen streiten sich darüber, wo die zapatistas ihre waffen herhaben. kuba und die su würden ja wohl ausscheiden. und die guatemaltekische guerilla urng bestreitet auch jegliche verbindung zu den vorgängen in chiapas.

el pais beklagt, die aufständischen, "übriggebliebene ultralinke - aber nicht in der art ultralinks wie mensch sie sich vorstellen würde - verweigern die teilnahme an dem schwierigen und unsicheren prozeß der demokratischen und institutionellen umgestaltung des landes": verhandlungen mit der regierung, was jene angeboten hat, lehnen die zapatistas ab.
eine fußnote der geschichte: das schlußabkommen zum nafta erwähnt die indegina-völker mit keinem wort.



AUFSTAND IN CHIAPAS / MEXIKO

Anfang Januar begann mit der Besetzung mehrerer Städte in Chiapas - einer Provinz im Süden Mexikos - durch die "Zapatistische Armee der nationalen Befreiung" (EZLN) ein Aufstand indianischer Landarbeiter und Bauern, die fünfhundert Jahre Plünderung, Ausbeutung und Erniedrigung satt haben. Diese Bewegung der "Zapatisten" beruft sich auf ihren legendären Führer Zapata, ein Sohn indianischer Eltern. Unter der Parole "Tierra y Libertad", Land und Freiheit, fand er im Jahre 1910 ein breites Echo bei der armen Bevölkerung, insbesondere bei den indianischen Bauern und Landarbeitern von Chiapas. Seine Forderungen nach sozialer Gleichstellung der indianischen Bevölkerung, Verbesserungen für das städtische Proletariat, kommunaler Aufteilung der Ländereien, Schaffung eines Netzes von kostenlosen Schulen und freier medizinischer Versorgung sind bis heute uneingelöst und noch genauso gültig wie damals.

Noch heute arbeitet der größte Teil der indianischen Bevölkerung in Chiapas unter härtesten Bedingungen als Landarbeiter auf Plantagen - wobei viele Cafe-Plantagen deutschstämmige Besitzer haben - oder sie ernähren sich - an den Rand gedrängt - von einem kärglichen Stück Land im Rahmen der indianischen Dorfgemeinschaften. Die Armut unter ihnen nimmt von Jahr zu Jahr zu, so daß auch immer mehr Menschen verhungern.

Am 1.Januar 1994 trat ein Handelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft. Indem die "Zapatisten" diesen Tag als den Beginn ihres Aufstandes wählten, wollten sie ein Zeichen setzen. Mit diesem Abkommen wird Mexiko mit einem weiteren großen Schritt in das Weltmarktgeschehen integriert. Als Vorleistung hat die mexikanische Regierung gesetzliche Grundlagen hinsichtlich der Privatisierung von Land geschaffen, die es der in Chiapas wachsenden Agroindustrie erleichtert, ihre Finger noch mehr auf das Land der indianischen Dorfgemeinschaften auszustrecken, womit deren Lebensgrundlagen noch weiter zerstört werden.

Zwölftausend Soldaten, Panzer, Flugzeuge, die ganze Tötungsmaschinerie, hat die mexikanische Regierung gegen die Aufständischen und die Zivilbevölkerung eingesetzt. Auch wenn die Regierung sich zur Zeit nach außen hin verhandlungsbereit zeigt, ist die Situation nach wie vor kritisch. Verhaftungen von Menschen, die sich politisch engagieren und sich für Menschenrechte einsetzen, sind weiter an der Tagesordnung.

Sorgen wir dafür, daß die internationale Aufmerksamkeit nicht nachläßt, - so daß die gewaltsame Unterdrückung nicht im Stillen fortgesetzt werden kann.

Um einen Überblick über die Ereignisse in Chiapas und eine Einschätzung der Lage "vor Ort" zu bekommen, haben wir zwei VertreterInnen aus der Koordination der Nichtregierungs-Organisationen aus San Christobal, einer der Städte in Chiapas, die von der EZLN besetzt wurde, zu einer Veranstaltung eingeladen. Da viele aufgrund der Bombardierungen weiter Gebiete aus ihren Dörfern geflüchtet sind, wird es auch um konkrete Unterstützung dieser Vertriebenen gehen.

VERANSTALTUNG

Freitag 11.2.1994 um 18.30 Uhr

Technische Universität

Hauptgebäude - Audi-Max, Straße des 17.Juni, U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz

FDCL, Latein-Amerika Nachrichten, Guatemala-Komitee, Stiftung Umverteilung, Asta FU, Asta TU, coordinacion latinoamericana, Friedens-Internationalismus Bereich Bündnis 90/Grüne, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

Im Kampf gegen die *Zapatistische Nationale Befreiungsarmee* werden Schweizer Flugzeuge geflogen: Bei den schweren Bombardements von angeblichen Stellungen der Aufständischen in der südmexikanischen Provinz Chiapas sind in der letzten Woche offenbar Maschinen aus der Bührle-Waffenschmiede in Stans (Zentralschweiz) zum Einsatz gekommen. Wie die mexikanische Nachrichtenagentur Notimex meldete, wurden in der Gegend von San Cristóbal de las Casas Bomben aus Flugzeugen der Marke „Pilatus" abgeworfen, die offiziell immer noch als Zivilflugzeuge gehandelt werden.

editorial: 7.1.1994. dortmund

trotz erbitterten angriffe und brutalem terror der regierung geben die aufständischen im süden mexikos nicht auf. wahrscheinlich haben sie keine andere wahl - bei 15.000 toten durch gewalt und hunger im bundesstaat chiapas jährlich.

wir haben versucht, in der kürze der zeit ein paar hintergründe zu den aufständischen zusammenzutragen. das vieles oberflächlich geblieben ist, liegt in der natur der sache.

* die aufstände sind antikapitalistisch - richten sie sich doch direkt gegen das imperialistische projekt nafta und die imperialistische hungerpolitik im süden
* die aufstände sind antirassistisch - richten sie sich doch direkt gegen den rassimus, den die indígenas im süden mexikos zu erleiden haben
* inwieweit die kämpfe auch antipatriarchal sind bleibt offen, die beteiligeung von frauen und kindern ist nur ein unzureichendes indiz, wie wir aus der vergangenheit wissen.

auch bleibt offen, inwieweit es sich bei den kämpfen um eine neuauflage der in den siebzigern gescheiterten focus-guerilla handelt, oder um ansätze einer bewaffneten volsmacht von unten: *poder popular y armado* .

verantwortlich für das massaker ist aber nicht nur das mexikanische regime sondern ihre verbündeten in den vorstandsetagen der konzerne hier, wie z.b. bei den banken oder bei vw und die verantwortlichen für nafta in washington und ottawa.

internationalismusarchiv dortmund



interview:

commandante marcos

von roger gutiérrez díaz

san christóbal de las casas, 1. jan 1994, 7.30 Uhr.

ich betrete das von den guerilleros der ezln besetzten rathaus durch den haupteingang und bitte um ein gespräch mit commandante marcos.

ein indígena mit einem gewehr in der hand gibt mir die erlaubnis und ich gehe in die zweite etage. alles ist zerstört. nur die lampen hängen noch intakt an der decke.

frage: *ihre truppen scheinen zu schwach zu sein um nach ciudad de mexico zu marschieren um präsident salinas abzusetzen. ist ihr vorhaben nicht ein wenig illusorisch?*

antwort: wenn dich unsere ankunft in ciudad de mexico beunruhigt, beruhige dich. das kann noch etwas dauern. [lacht] aber, spaß beiseite, ich kann dir sagen, daß das, was du hier in san christóbal siehst, nur ein winziger teil der truppe ist, viele der unsrigen kannst du nicht erkennen, da sie in den bergen keine uniform tragen. in den indeígena-gemeinschaften gibt es mehr zapatistas als du oder die regierung euch vorstellen könnt. außerdem wollen wir nicht nur mit unserer jetzigen zahl an kämpferInnen in ciudad de mexico ankommen, sondern andere werden sich uns auf dem weg anschließen.

ihre truppen sind wesentlich schwächer als die armee. ist das nicht ein zu großer nachteil?

unsere stärke ist, daß wir das volk sind und die berge kennen wie niemand sonst.

wo sind sie gebohren?

ich bin mexikaner, wie alle die in der ezln kämpfen, aber ich komme nicht aus chiapas.

wo haben sie ihre militärische ausbildung erhalten?

ich habe eine, aber mehr kann ich dazu nicht sagen. ich kenne den unterschied zwischen dem kampf in der stadt und dem kampf auf dem lande, dem kampf im flachland und dem kampf in den bergen, dem kampf im urwald oder in der wüste.

ich frage willkürlich einen guerillero nach den motiven und risiken dieses aufstandes. ich erhalte eine einzigartige antwort:

wir sind die gefickten und haben hunger, aber wir kämpfen. wir haben kein haus und keine medizin, aber wir kämpfen.

zurück zu marcos, der gerade eine meldung zu den fernsehberichten über die ereignisse erhalten hat. er sieht mich und sagt:

mal gucken ob diese anfänger weiterhin die existenz einer guerilla in mexiko bestreiten werden.

haben sie verbindungen zu der theologie der befreiung?

nein. wir befreien uns selbst. ohne theologie [lacht wieder]. unter unseren leuten gibt es evangelistInnen genauso wie katholInnen, atheistInnen und hexen. das mit den hexen ist kein scherz. es sind hexen aus chiapas.

marcos wirkt vorbereitet und sehr davon überzeugt, was er sagt. wiederholt scherzt er, so als ob sein leben nicht in großer gefahr wäre.

fordert die ezln eine übergangsregierung und dann neuwahlen?

die heutige situation, mit colosio[*präsidentschaftskandidat der seit jahrzehnten regierenden pri*] als schon feststehender gewinner der präsidentschaftswahlen, ist eine farce. wir wissen alle, daß die stimmabgabe nichts wert ist, daß salinas das wahlgesetz nach seinem gutdünken gemacht hat. und salinas [jetziger präsi von mexiko], darauf beharre ich, ist ein usurpator und vateriandsverräter. wir fordern wirkliche wahlen, bei denen alle parteien gleiche chancen haben und nicht nur die pri.

alles scheint daraufhinzudeuten, daß die coletos [bewohnerInnen von san christóbal] nicht gerade begeistert sind von der besetzung der stadt. auf der straße sprechen alle darüber, daß gewalt zu nichts führt und andere kommentieren den stil der revolte. sind sie nicht besorgt über dieses echo bei der bevölkerung?

natürlich würde es mir anders besser gefallen. aber ich möchte klarstellen, daß die coletos und ladinos [nicht-indígenas] äußerst rassistisch sind. wenn eineR von ihnen auf einen lkw steigt, und dann sitz da schon einE *chamula[?]*, fordern sie diese person auf, aufzustehen, damit sie dort platznehmen können. wenn einE indígena zu fuß oder auf dem fahrrad die straße entlangkommt, belästigen sie sie heimtückisch mit ihrem auto . du kannst dir vorstellen, daß, wenn die leute, die sich so verhalten, die ezln verurteilen, mich das nicht im geringstem tangiert.

ich will nochmal darauf zurückkommen, daß durch gewalt nichts zu erreichen sei. dazu kann ich nichts anderes antworten, als daß gerade die institutionelle gewalt, die dafür verantwortlich ist, daß die menschen an cholera, malaria, masern sterben, daß die institutionelle gewalt, die für die menschenrechtsverletzungen der armee verantwortlich ist, daß die gewalt, die für den hunger und das elend, in das salinas das land gestützt hat, verantwortlich ist, uns zu den extremen maßnahmen zwangen, die wir ergriffen haben. wir wollen keine neue regierung bilden, sondern wir wollen lediglich eine demokratisch gewählte regierung, die die unterschiedlichen ethnien respektiert.

etwas anderes, was mir noch sehr am herzen liegt klarzustellen, ist, daß ich nicht der führer der ezln bin. wir haben keinen führer, sondern lediglich ein kommitee. ich bin lediglich der verantwortliche der jetzigen aktion in san christóbal.

am nachmittag des 2.1. hört mensch bomben in der nähe von san christóbal fallen und einige flugzeuge überfliegen die zone. erinnerungen an die rache der salvadoreanischen und guatemaltekischen regierung an den ethnien für ihre beziehung zur guerilla werden wach.[el pais 5.1.1994]

revolte

Am 12.02.94 will das dekadente Bonzenpack in der Alten Oper das 1200-jährige Bestehen Frankfurts feiern. Der Opernball als Fest der Reichen soll uns zeigen wie die fetten Säcke sich "ihr Frankfurt" wünschen.

Sie streichen bei den Armen, kürzen die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, das Schlechtwettergeld, schließen soziale Einrichtungen, geben Flüchtlingen nur noch minderwertige und schlechtsortierte Essenspakete, lassen AsylbewerberInnen abschieben und und und.....SCHAFFEN DIE RECHTE DER ARMEN AB!!!!

Sie halten sich Faschistenhorden, um Gesetzesänderungen zu legitimieren, bauen "ihre Festung Europa" aus, schaffen Sicherheit und Ordnung - aber nur für SICH! - DIE ARMEN, BEHINDERTEN, FLÜCHTLINGE, MIGRANT/INNEN, sollen dafür bluten, daß IHRE Dekadenz möglich ist!!!!

SIE STEHEN AUF DER ANDEREN SEITE !!

KEIN UNGESTÖRTES FRESSEN FÜR DIE BONZEN!!!!!

Wieder mal gelangweilt und interessiert daran neue Leute kennenzulernen, Komm einfach mit am Samstag

den 12.2.94

zur Alten Oper in Frankfurt/M. oder zur Bockenheimer Warte

Treffpunkt 19:00 Uhr

(U6/U7/Linie 16)

ZEIGEN WIR DEN BONZENSÄCKEN, DAß SIE UNSERE FEINDE SIND!!!!! GEGEN UMSTRUKTURIERUNGS- UND ELITEWAHN !!!!!

Unterstützt unsere Aktion



Liebe Genossinnen und Genossen

Am Sa. den 04. 12. 93. fand in Bamberg ein bundesweites Nachbereitungstreffen zu den diesjährigen Aktionen gegen den Rudolf-Hess-Gedenkmarsch statt. Leider fehlten einige Regionen aus den alten und neuen Bundesländern. Anwesend waren Gruppen aus Bayern, Hessen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Berlin.

Am Anfang der Diskussion stand eine allgemeine Einschätzung der Städte, die sich voraussichtlich nicht mehr an dem Konzept des Demo-Konvois beteiligen werden.

Konsenz war, daß sich alle Städte gegen das alljährliche Hinterherfahren des Faschoaufmarsches ausgesprochen haben

Schwerpunkt des Treffens lag in der Diskussion um zwei verschiedene Ansätze, sich als AntifaschistInnen an diesem Tag zu verhalten.

Zum Einen das Fortführen des Konzepts zentraler Aktionen, z.B. einer Antifa-Demo am Ort des Faschoaufmarschs oder einer bundesweiten Demo an einem vorher festgelegten Ort.

Zum Anderen das von einigen Autonomen-Antifa-Gruppen-Rhein/Main vorgestellte Konzeptpaket dezentraler, bundesweiter Aktionen. Verschiedene Aspekte dieses Konzepts wurden anhand der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Städten/Regionen diskutiert. (Bündnismöglichkeit, Presse, Verbindlichkeit der Strukturen, Einschätzung des Repressionsapparates)

Außerdem wurden Vorschläge einer zentralen Pressestelle und eines bundesweiten Logos zwecks Wiedererkennbarkeit und gemeinsamen Bezug der Aktionen und die Idee einer bundesweiten Demo am Tag nach dem Faschoaufmarsch besprochen.

Aus diesen Diskussionen ergab sich die Notwendigkeit eines Nachfolgetreffens, auf dem über das letztendliche Konzept für die Gegenaktionen zum Rudolf-Hess-Gedenkmarsch entschieden werden soll.

Wir halten es für wichtig, daß sich mehr Städte aus dem Bundesgebiet an dieser Diskussion beteiligen, um Antifaschistische Aktionen auf einer breiten Basis durchführen zu können.

Einladung zu einem bundesweiten Treffen am 05. 02. 94' in Frankfurt/Main

Ort: Frankfurt/Main JUZ-Bockenheim - Varrentrappstraße 38


Datum: 05. 02. 94' 12 Uhr

Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen

Autonome-Antifa-Gruppen Rhein/Main

25.01.'94

Hallo Leute !
Erstmal "Sorry", daß die Einladungen erst jetzt bei euch ankommen, aber das ist leider verpennt worden. Für alle die, die nicht noch in der Nacht zurückfahren wollen/können, habeh wir Pennplätze. Also Schlafsäcke mitbringen!
Noch eine Bitte : Gebt die Einladung bitte an Antifa-Gruppen in eurer Region weiter, da bestimmt nicht alle Gruppen in unserem Verteiler aufgeführt sind.
Hoffe, wir sehen uns !



Buchvorstellungen

Agit-Pop

Buchhandelsauslieferungen:
BRD: Rotation Vertrieb, Mehringdamm 51, 10961 Berlin
Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Postfach, Ch-8025 Zürich

Schwarze Musik und weiße Hörer

Texte zu Rassismus und Nationalismus – HipHop und Raggamuffin

Günther Jacob

Edition ID-Archiv
Schliemannstr. 23
10437 Berlin

Die Diskussion über »schwarze« Musik gehört spätestens seit den Rodney King-Riots in den USA zum festen Bestandteil der hiesigen politischen Auseinandersetzung um Multikulturalismus, politische Korrektheit und Sexismus. »Agit-Pop« enhält Beiträge zur sozialen Situation der »schwarzen« Bevölkerung in den USA und Großbritannien, zu den Riots wie zu anderen Aspekten des »schwarzen« Widerstandes. Dabei gilt den verschiedenen HipHop- und Raggamuffingruppen, die sich als junge Avantgarde einer rassistisch diskrimierten Bevölkerung verstehen, das Hauptinteresse dieses Buches.

Günther Jacob stellt die sich zwischen Kommerz und Renitenz bewegenden Positionen von Gruppen wie, Public Enemy, Jungle Brothers, X-Clan, Linton Kwesi Johnson, Apache Indian, Arrested Developement, Ice Cube oder den Disposable Heroes Of Hiphoprisy zur Diskussion. Der bundesdeutschen HipHop-Aneignung wird an exemplarischen Beispielen, von »Krauts With Attitude« bis »Kill The Nation With A Groove«, nachgegangen.

Stéphane Courtois / Denis Peschanski / Adam Rayski

L'Affiche Rouge

Immigranten und Juden in der französischen Résistance

Aus dem Französischen übersetzt von Tom K. Wehner

Verlagsadresse: Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
Tel./Fax: 030/6928779
Auslieferung: Rotation, Berlin

Auszüge aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe

„Le tombeau des héros est le coeur des vivants."
André Malraux

Das vorliegende Buch übergeben wir den deutschen Leserinnen und Lesern mit großer Genugtuung. Es erzählt die Geschichte von Männern und Frauen, die als Juden oder Ausländer ab 1940 durch die Machthaber in Vichy und Berlin aus der französischen Gesellschaft verbannt wurden. Und dennoch stellten sie sich, ohne zu zögern, an die Seite Frankreichs. Es war natürlich nicht das Frankreich, das kapituliert hatte und in die Kollaboration mit den deutschen Siegern einwilligte. Indem sie sich den Nationalitätengruppen der MOI (Main-d'Oeuvre Immigrée) anschlossen, einer Organisation unter kommunistischem Einfluß, reihten sich diese Menschen in die französische Widerstandsbewegung ein, um sich sehr bald in den vordersten Linien der Verweigerungsfront wiederzufinden. Mit ihrem Blut schrieben sie ein Epos, das seitdem zur Legende geworden ist.

Im Februar 1944 trat ihr Kampf aus dem Schatten, als die deutschen und französischen Polizeibehörden in einer gemeinsamen Propagandakampagne dem ganzen Land die Enttarnung und Zerschlagung von bewaffneten Ausländergruppen in Paris bekanntgaben. Zeitungen, das Radio und riesige Plakate in roter Farbe verkündeten diesen Sieg und erklärten, die „französische Résistance" sei nicht französisch, da sie von einer überwiegend aus Juden bestehenden „Verbrecherbande" im „Solde Londons und Moskaus" gelenkt werde. Die „Armee der Befreiung" sei nichts als eine „Armee des Verbrechens". Der deutsche Militärbefehlshaber in Frankreich, die Propagandastaffel und ihre französischen Helfershelfer sollten sich jedoch schwer täuschen.

Winterpapier 1993

Die neuen Fluchtpunkte für die sozialen Konflikte der 90er Jahre"

Anti-Rassismus-Büro Bremen

Vorwort

Das Folgende ist eigentlich banal: Das Deutschland der 90er Jahre ist nicht mehr das der 80er. Dazwischen liegen die Annexion der DDR, die neue globale Konstellation, die neue Migrations-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung, auch die Militantisierung des rechten Massenbewußtsein und die Todesschüsse von Bad Kleinen. An die Stelle der sozialstaatlichen Massengesellschaft der 70er Jahre tritt eine vielfach segmentierte neue soziale Hierachie. Die Bedingungen, unter denen und aus denen heraus sich Menschen bewegen, in denen und gegen sie sich Subjektivität setzt sind andere geworden. Die Konstitutionsbedingungen von sozialer Renitenz und politischer Resistenz haben sich verändert. Dem muß linke Politik und Praxis Rechung tragen.

Das neue Gesicht des Imperialismus

An die Stelle des bisherigen Ost-West Gegensatzes, der Teilung der Erde in die Einflußsphären zweier Weltmächte, den USA und der SU mit ihren je eigenen imperialistischen Strukturen ist heute eine neue Weltordnung getreten. Das Jahr 1989, der "Wiedervereinigung" und der Auflösung des Warschauer Paktes stehen als Zeitpunkt für eine epochale Wende.

Das Modell der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung",[1] wie es noch bis Anfang der 80er Jahre Gültigkeit hatte, gehört mittlerweile der Vergangenheit an, dessen Platz nimmt jetzt eine Konzeption der wirtschaftlichen Großräume ein, dem amerikanischen, dem europäischen und dem pazifischen. Die bisherige Weltleitwährung Dollar wurde um die DM und den Yen ergänzt. Über die teils festen Währungssysteme des EWS und die flexiblen Wechselkurse auf den anderen Finanzmärkten werden die nationalen Wirtschaftsmärkte kontrolliert, gesteuert und der Werteabfluß in die transnationale Akkumulation an den Weltfinanzmärkten betrieben wird. Dem entspricht eine neue, ebenfalls transnationale Kommandostruktur des Kapitals. Die bisherige Führungsmacht USA hatten erstmals im Golfkrieg darauf bestanden, weitere Truppen am Einsatz zu beteiligen und die Kosten weltweit umzulegen. Seither weicht deren Führung, aber wohl nicht deren Vormachtstellung, einem neuen Kommando, dessen Gremium neben der UNO-Vollversammlung vor allem der Sicherheitsrat ist. Der militärische Arm dieser Institution ist nicht mehr länger nur die US-Army, wie sie in der Form zuletzt in Grenada und Panama im Einsatz war, sondern die offensiven multinationalen "Friedenstruppen" und die defensiven "Blauhelme". Der Sicherheitsrat agiert auf dem mittlerweile globalisierten Schlachtfeld mit einer Kombination verschiedener Waffen: Sanktionen und Embargos, die sich vor allem auf die Zivilbevölkerung auswirken; der Hungerpolitik, indem entweder Hungersituationen (wie in Somalia bis Ende '92) ignoriert oder Nahrungsmittellieferungen koordiniert werden; gezielte Militärschläge, wie im Irak 1992/93; der Übernahme von Polizeifunktionen, wie in Kambodscha oder Militärinterventionen, wie am Golf oder in Somalia. Von strategischer Bedeutung sind die sogenannten "Schutzzonen", gigantische Reservate und Internierungslager für soziale Bewegungen (Kurdistan) oder Flüchtlingsströme (Bosnien)[2].

Um die ganze Tragweite dieser tatsächlichen (und nicht mehr länger nur tendenziellen) Globalisierung des Kommandos zu erfassen, müssen wir auf die Vordenker und Chef-Strategen der Nachkriegsordnung, J.M.Keynes und US-Präsident Roosevelt zurückgreifen. Die hatten in den 40er Jahre den NS dahingehend kritisiert, sich auf einem allzu begrenzten Terrain zu bewegen und schlug vor diesem Hintergrund die Welt als erweitertes Gelände vor. Dieser Vorschlag wurde 1944 mit dem System von Bretton Woods (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welt-Handelsabkommen (GATT)) umgesetzt, daß sich als eine Kopie des nationalsozialistischen Modells der "neuen Ordnung im Großraum" erwies[3]. Sogar der Göring-Mitarbeiter und Mit-Planer der "Endlösung der Judenfrage" Otto Donner war als Exekutivdirektor der Bretton-Woods Institutionen mit von der Partie [4]. Aber auch diese Konzeption sollte an ihre Grenzen stoßen, die polarisierte Welt der Blöcke. Tatsächlich lieferte erst der Zusammenbruch des Comecon und des todgerüsteten Warschauer Paktes die Grundlage eines Projektes, dessen erster Schritt der Golfkrieg 1991 war: die Realisierung des nationalsozialistischen Entwurfs einer "neuen Ordnung" im Weltmaßstab. Nicht ohne Grund hatte es vom damaligen US-Präsidenten Bush eben diesen Namen erhalten, "the new order".

Die globale Struktur gliedert sich aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Beherrschbarkeit auch weiterhin nach unten hin auf. Im Gegensatz zu der Globalisierung des kapitalistischen Kommandos nach oben wird die Zergliederung nach unten jedoch immer feiner, Staaten zerfallen in kleinste Länder, Regionen in ethnische Gebiete, Völker in Stämme (dies verlängert sich ins Innere der Gesellschaften durch deren fortschreitende sexistische und rassistische Formierung, sowie die Auflösung der sozialen Beziehungen bis zur völligen Vereinzelung).

Auch die BRD treibt im Rahmen internationaler Bündnisse nach außen eine Politik der neuen (Welt-) Ordnung vorran. Dabei laviert das Außenministerium mitunter zwischen deutschen, europäischen und NATO-Interessen hindurch, was einen klaren Kurs auszumachen nicht immer leicht macht. Nur einige Eckdaten seien hier kurz genannt. Die spezifische Kreditpolitik gegenüber dem Comecon, beispielsweise in Polen 1980 unterwarf einige Länder schon frühzeitig den westlichen Interessen und war weitaus rentabler als die ruinöse Hochrüstungspolitik der USA. Ebenso eröffnete die gemäßigte Außenpolitik gegenüber dem Warschauer Pakt erst den Zugriff auf die DDR und später zu den russischen Märkten. Innerhalb Europas gelang es dem deutschen Kapital mit seiner Finanzmacht die Führung am Binnenmarkt zu übernehmen und sich einen eigenen Großraum unterzuordnen, dessen eigentliches Zentrum nicht Brüssel, sondern das Frankfurter Bankenviertel ist. Die Türkei-Politik bis hin zur Etablierung einer Sub-Macht in Vorderasien und die entwicklungsorientierte Nah-Ost und Afrika-Politik bis hin zur Nicht-Teilnahme am Golfkrieg schufen die Vorraussetzungen für eine bisher unspektakuläre Anbindung Afrikas an den europäischen Wirtschaft-Großraum. Erst von diesen Brückenköpfen und bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen aus erfolgt in Somalia der erste militärische Einsatz außerhalb Deutschlands seit 1945, und der trägt deutliche neo-koloniale Züge. Interessanterweise spricht die Generalität schon 4 Wochen später von 50.000 Soldaten und 50 potentiellen Einsatzorten vor allem in Afrika, da dies "Europa am Nächsten liegt und sich dort europäische Interessen in Form von Sicherheit und Ressourcen befinden". Das der Etat der Bundeswehr 1992 noch um 440 Mio. wuchs und wüstenfähige Waffensysteme eingekauft werden, wie der Hubschrauber 90, Späh- und Panzerwagen, unterstreicht die expansive und aggressive Strategieplanung des Kriegsministeriums[5].

Krise und Vernichtung

Ein wenig Krisentheorie ist deshalb wichtig, weil sie uns den Blick auf den Verlauf des sozialen Antagonismus öffnen hilft. Die Krise sollten wir uns von einer verwirrenden Widersprüchlichkeit her erschließen: auf der einen Seite pfeifen alle Spatzen das Lied von einer "tiefen Krise" von den Dächern, aber auf der anderen Seite stellt sich bei genauem Hinsehen heraus, daß die Unternehmen noch 1992 enorme Gewinne einfuhren, nämlich 153,2 Mrd. DM, 8.1 % mehr als im Vorjahr. Die Liquidität liegt mittlerweile bei 600 Mrd. DM [6] und unterscheidet sich keinen deut von der Weltlage, wo das Kapital überliquide hin und her schwappt auf der Suche nach profitablen Anlageobjekten. Worin besteht also die "Krise", wenn es den Unternehmern doch augenscheinlich so gut geht? Zum einen darin, daß Kapital erfolglos nach Anlage sucht. Aber wieso erfolglos, wird mensch sich fragen, es könnte doch in Afrika oder im Osten investieren? Diese Standorte gelten jedoch seit den frühen 80er Jahren als "unsicher", mit der sogenannten "Verschuldungskrise wurde Mitte der 80er jahre manifest, daß sich die zuvor vergebenen Kredite nicht amortisiert hatten, keinen neuen Akkumulationszyklus anzuschieben vermochten, sondern in der Konsumtion "versickert" waren, statt in genügendem Ausmaße in den produktiven Sektor zu fließen.[7] Derart würde das Kapital bildlich gesprochen "aufgegessen", statt sich zu vermehren. "Überliquide" bedeutet also, daß das Kapital keine Arbeit vorfindet, von der es sich eine rentable Verwertung verspricht. Seither gelten die (west-) afrikanischen und südamerikanischen Entwicklungsmodelle

1 Fröbel, 1977

2 Mat. Nr.6, 1993
3 D.Hartmann, in Autonomie Nr.14

4 Heim/Aly, Hamburg 1991

5 Monitor, 28.6.93
6 FR. 6.11.92
7 NZZ, 7.7.87 etc. die gesamte Wirtschaftpresse berichtete darüber im jenem Sommer

weitgehend als gescheitert, dort findet nur noch Werteabfluß statt. Ähnliche Befürchtungen gelten dem östlichen Raum. Es handelt sich also um eine "Verwertungskrise" [8], deren Ursachen in der Grenzen der gesellschaftlichen Produktivität, dem Verhältnis von relativ niedriger Produktivität zu relativ hohen Reproduktionskosten liegen. Deshalb müssen letztere im Verhältnis zur Produktivität gesenkt werden, was man gemeinhin Rationalisierung nennt, dessen Ziele sind einerseits Arbeitsintensivierung plus Lohnsenkungen, andererseits Senkung der Lebenshaltungskosten. Einmal mehr stellt sich heraus, daß die (vulgärmarxistische) Theorie von der Überproduktions- und Absatzkrise am Ende von Akkumulationszyklen quatsch ist. Diese Vorstellung argumentiert aus dem Inneren der politischen Ökonomie heraus und vermag den dem Kapital äußerlichen Antagonismus, den "Nicht-Wert"[9] nicht aus der Wertetheorie heraus zu erkennen. Krise entschlüsselt sich vielmehr als Resultat des Kampfes um das Verhältnis von Produktion (Kapitalakkumulation), bzw. der gewaltförmigen Inwertsetzung und dessen Abwehr, also die Reproduktion (Leben), bzw. den Nicht-Wert des Sozialen. Der soziale Antagonismus spielt sich also nicht *innerhalb* des Kapitalverhältnisses ab, äußert sich nicht als aus dem Verhältnis vom fixen zum variablen Kapital resultierender "tendenzieller Fall der Profitrate", sondern als Antagonismus zwischen Kapital, sowie der fortschreitenden Kapitalisierung und dem Nicht-Kapital, sowie dessen Subjektivität. Sowohl der Erhalt von Leben (als auch der Erhalt von fixem Kapital) ist also ein Kostenfaktor, dessen Minimierung unmittelbar Leben in Frage stellen würde. Nur so erklärt sich die Tendenz des Kapitals, ständig Leben (und Waren) zu vernichten, Rationalisierung entpuppt sich am Ende als pure Gewalt (Heim und Aly nannten das die "Rationalität der Vernichtung"). Völker- und Massenmord sind also die unmittelbarste Form von Rationalisierung, insbesondere wenn die Grenzen der arbeitsintensivierenden Technologien erreicht sind. Am unmittelbarsten kommt diese Logik in der Bevölkerungsökonomie und -politik, beginnend mit Malthus Ende des 19.Jhd's, der us-Amerikanerin M.Sanger in den 20ern, über die "Erbgesundheits- und Rassegesetze" der Nazis bis zu einem Mc Namara von der Weltbank 1968

8 R.Strehle, 1992
9 Tronti, M., 1974, seit den 70ern wissen wir, daß eine Überakkumulationskrise, die ja die Überausbeutung als Hintergrund hätte, ein Widerspruch ist, insofern es sich doch um eine Phase intensiver Arbeitskämpfe gehandelt hat, sprich eine Krise der Ausbeutung war.

zum Ausdruck. Ihnen allen gemeinsam ist die Kategorisierung von Leben und Menschen nach ökonomischen Kriterien.[10] Überdeutlich tritt Vernichtung als systemkonstituierendes Element in der ökologischen Katastrophe zu Tage, Kapital vermehrt sich in der Vernutzung von Natur, die in und durch diesen Transformationsprozeß vernichtet wird.

Leben und das daraus abgeleitete moralische Existenzrecht [11] sind also die eigentlichen Antipoden des Kapitalismus und dessen innewohnender Gewalt. Dies ist die tiefere Bedeutung des Satzes "Leben als Sabotage".[12]

Auf einem hohen Abstraktionsniveau ausgedrückt besteht also die aktuelle Krise aus einem überliquiden Kapital, daß sich der Verwertung widerstrebenden Verhältnissen gegenübersieht. Die versucht es mit allen Mitteln zu rationalisieren. Auf diesem Niveau ist die Krisenbewältigung ein gewaltförmiger und sozialtechnischer Angriff zum Zwecke der Unterwerfung des Sozialen unter neue Verwertungsbedingungen. Er enthält ein regelrechtes Massenmordpotential, die Waffen in diesem sozialen Krieg sind von oben Lohnsenkungen, Verarmungspolitik, Bevölkerungspolitik, Vertreibung und schlußendlich Vernichtung durch Hunger und Kriege. "Kapital" nimmt in diesem sozialen Antagonismus eine eigene Subjektivität an und greift mittels der Sozialpolitik gestaltend in den Konflikt ein. Von Unten sind es Lohnkämpfe, soziale Ansprüche, körperliche Selbstbestimmung, Flucht (vor der Vernichtung), Leistungsverweigerung und Aneignung (durch Sozialbetrug und Kriminalität). Krise ist deshalb auch ein Medium der gesellschaftlichen Transformation, dessen Ausgang, und deshalb ist für die Revolutionstheorie von Bedeutung, ungewiss ist.

Konkret reicht diese Konfrontation von der Deregulierung der Arbeitsmärkte, den Lohnsenkungen und sozialen Einsparungen im Westen über die verarmte und teils aus der Arbeit rausgesäuberte Massen, über die Zwangssterilisierung von Frauen in den sogenannten Schwellenländern (Indien, Puerto Rico), bis hinunter zu Massenvertreibungen und Massenvernichtung durch Kriege. Der kurdische Befreiungskampf ist ebenso wie die bosnische Massenflucht der zur Zeit zugespitzteste Ausdruck dieses Zusammenstoßes.

Die Sozialpolitik der 80er Jahre

10 I.Strobel, 1991
11 Thompson, 1980
12 Hartmann, 1981

Dieser soziale Antagonismus spitzte sich in Europa seit 1973, erinnert sei an die Ölkrise, das US-Außenhandelsdefizit und die ersten Massenentlassungen entlang der Daten 1979/80 und dem britischen "Winter der Unzufriedenheit", den Machtübernahmen der Konservativen in Großbritannien, den USA und der BRD, den "autonomen" Revolten, den IWF-Riots[13], dem Börsencrash 1988 und der Wiedervereinigung 1989 kontinuierlich weiter zu. Vorschnell allerdings wurde bereits 1981 von den Zeitschriften "Autonomie", "Wildcat", dem Bremer "INFO (BUG)" sowie den RZ u.a. eine nachindustrielle Massenarmut prognostiziert, als deren Auslöser die ersten Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat angesehen wurden.

1.) Der erste "Krisenangriff"

Das erste Angriffsziel galt dem Arbeitsmarkt und den ArbeiterInnen, im ersten Schritt zwischen 1973 und 75 wurden 1.1 Millionen Menschen, bis 1981 1.6. Mio (1984 2.4 Mio) entlassen. Dann griffen die Herrschenden nach der berüchtigten "Wende" 1981, der Machtübernahme durch die CDU-Konservativen die soziale Grundlage der sowohl kostspieligen als auch immer bedrohlicher werdenden nichtarbeitenden Massen an, aus denen sich bereits die militante autonome Bewegung rekrutierte. Innerhalb kürzester Zeit wurden ihnen durch die "Sparoperationen 1982 - 84" die existenziellen Grundlagen in Form hoher und leicht zugänglicher BAFöG-, Arbeitslosen- und Sozialhilfegelder eingeschränkt, dazu kamen weitere Einsparungen durch das "Rentenanpassungs-" (1978), bzw. das "Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen".

In nur einem Jahr schuf das Kapital ca 1/2 Mio ABM, BSHG §19 und andere AFG-Stellen, die fein abgestuft vom "Motivationstraining" auf Sozialhilfeniveau, 1.50DM/Std-Jobs für SozialhilfeempfängerInnen bis hin zu 3.000 DM-Jobs für Intellektuelle in sozialkontrollierenden Stellungen reichten. Gleichzeitig wurde der Zugang zu den Sozialfonds erschwert und an immer höhere Bedingungen geknüpft (Elternabhängigkeit, Arbeitsdauer, Kredit). Über die bisherige, vordergründige Weg-Rationalisierung überschüssiger Arbeitskraft hinaus sollten die Arbeitsmärkte umstrukturiert, d.h. geöffnet und von den bisherigen Regulationsmechanismen entkoppelt werden. Im Zuge der sogenannten "Flexibilisierung der Arbeit" trennten die Unternehmen die Fertigung zunehmend von der Normalarbeitszeit ab. Der 40-Std-Tag in einer 5-Tage Woche wurde entgegen

13 1977-86: Projekt Wüstensand, 1988

den gewerkschaftlichen Kampagnen für die 35-Std-Woche "als Modell... brüchig" [14]. Von strategischer Bedeutung waren die Arbeitsförderungskonsolidierungs- (1982) Arbeitnehmerüberlassung-, das Arbeitsförderungs- (AFG, 1982), das Beschäftigungsförderungsgesetz (BFG), die "kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit" (kapovaZ) und die Dezentralisierung der Fertigung durch Auslagerung an Subunternehmer. Mitte der 80er Jahre wurde zur besseren Koordinierung eine Deregulierungskommission der Bundesregierung aktiv. Diese Maßnahmen kamen eine "Kriegserklärung an die Bevölkerung" gleich [15].

Gegen diese zweite Phase des sozial- und arbeitsmarktpolitischen Angriffs entwickelte sich nur geringer Widerstand. Zwar bildeten sich allerorten meist sozialrevolutionär orientierte JobberInnen- und Erwerbslosengruppen, die "Schwarze Katze" und "Wildcat"-Gruppen in Hamburg, Berlin, Bremen, Karlsruhe, Braunschweig, etc., doch sie blieben minoritär. Den Massen blieb das Geldverdienen durch Arbeit unter den neuen Bedingungen möglich, während die linken und oft privilegierten Kerne diesen Bereich der Alltagskonflikte für ordinär hielten. Dafür gab es neben der ideologischen aber auch eine materielle Grundlage, der Sozialstaat war ja nicht am Ende seiner Integrationsfähigkeit angelangt, sondern vermochte neben der Steigerung des Zwangs zur Arbeit auch verlockende Angebote zu machen. Insbesondere die linke Intelligenz wurde mit hochdotierten Jobs im sozialen Bereich gekauft und ließ sich beinahe geschlossen zu neuen Grenzträgern der Macht umdrehen.

Dann machte ein vorrübergehender Boom die Fortführung der bundesdeutschen Austeritätspolitik unnötig. Er wurde vor allem aus der sogenannten "Schuldenkrise" der 3.Welt finanziert, indem gigantische Geldmengen über die IWF-Strukturanpassungsprogramme abgepresst und in die Weltfinanzmärkte gepumpt wurden, an denen sich die Metropolen mittels ihrer Hochzinspolitik bedienen konnten. Neben Japan vermochte vor allem die BRD im Weltmaßstab eine Sonderrolle zu spielen. Ihr gelang es, von der us-amerikanischen Führungskrise zu profitieren, wirtschaftliches Terrain gutzumachen, um mit dessen Gewinnen den Sozialstaat auch weiterhin zu schmieren. Von einigen Ausnahmen im Stahl-, Berg- und Schiffbausektor einmal abgesehen (Rheinhausen, Bremer Vulkan) gelang es dem Kapital, in der BRD auf eine offene soziale Konfrontation zu

14 K.H.Roth, 1993
15 Arbeiterkammer Bremen, 1984



verzichten. Anders sah es allerdings für GB aus, das bereits 1979 in die Austeritätspolitik ging. Dessen Wirtschaftsstrukturkrise erlaubte eine nur vorrübergehende Hochzinspolitik, die bald in der hohen Inflation ihre Grenzen fand. Damit war den Zugang zu den Finanzmärkten versperrt und Thatcher wurde 1988 in eine nocheinmal verschärfte Austeritätspolitik gezwungen. Bekanntlich resultierte daraus ein jetzt 15 Jahre andauernder Zusammenstoß zwischen der Verarmungspolitik der Herrschenden und der zunächst schwarzen und seit 1984 auch weißen Massenarmut. Dort leben mittlerweile rund 12 Mio. Menschen an oder unter der Armutsgrenze, sind 500.000 Menschen wohnungslos, während auf der anderen Seite hunderte von Revolten mehr und mehr Regionen zeitweilig an den Rand der Unregierbarkeit drängen. Daraus resultiert eine sozial-geographische Zonierung mit Inseln des Wohlstandes in einem Meer von deregulierter und zeitweise revoltierender Armut. (Diese Geschichte könnte Aufschlüsse geben über das, was nun auf uns zukommt.[16])

Doch seit 1988 mehrten sich auch in der BRD die Zeichen für eine erneute Rezession, die ersten Signale setzte der Börsencrash 1988. Die Gewinne aus dem Trikont flossen nicht mehr besonders üppig, die Wertabschöpfungsphase 1980 - 86 war beendet, ganze Entwicklungsprojekte in Südamerika oder Afrika gescheitert, die Kredite abgeschrieben, während die Zeit der Niedrigstlöhne in vielen Schwellenländern vorbei scheint. Dem folgte die Öffnung des Ostens, dessen Integration in den Weltmarkt nach wie vor unklar ist, einen platten Boom, einen durch Investitionen angekurbelten Akkumulationszyklus wird es jedenfalls nicht geben. Die Kosten sind unvorstellbar; da wären sowohl die anstehenden Investitionen in die Modernisierung als auch die sozialen Ausgaben zur Abfederung sozialer Unruhen. Stattdessen deutet sich zunächst eine "mafiasierung" der Kontroll- und Verteilungsstrukturen, sowie eine Ethnisierung der sozialen Konflikte an, die die ganze Region in mehr oder weniger undurchschaubare Kämpfe zerlegt. Vergleichbar dem Mittelamerika der 80er Jahre werden an den Rändern der ehemaligen SU (Georgien, Aserbeidschan, Armenien, Usbekistan, Tadschikistan usw.) "Kriege geringer Intensität" geführt, deren Ziel und Folge die Tötung bzw. Vertreibung von Teilen der Bevölkerung ist. Solche Kriege wirken als Motor gesellschaftlicher Neuordnung und Bevölkerungsrationalisierung [17].

16 Mat. Nr.3
17 Mat.Nr.1, 1988

Die daraus resultierenden Flüchtlingsströme drohen jedoch auch die EG in diesen Strudel hineinzuziehen.

2.) Die Deregulierung der Arbeitsmärkte

Als die BRD 1989 im Rahmen einer Neuordnung Europas scheinbar übereilt die Wiedervereinigung, gefolgt von der Währungsunion vorrantrieb, tat sie dies in Beantwortung der Verwertungskrise. Das Kapital versuchte, sich Werteressourcen zulegen, neue konkurrenzfreie Märkte zu erschließen und sich ein niedrigentlohntes Hinterland aneignen. Doch die Rezession vertiefte sich schneller, als vorhergesehen, viele Pläne zerschlugen sich, die Wiedervereinigung geriet von einem Mittel der Krisenprävention zu einem Krisenbeschleuniger. Die enormen Kosten für eine Strukturreform im Osten können nicht mehr länger über den Weltfinanzmarkt beglichen werden, dies ist seit den jüngsten Zinssenkungen und DM-Abwertungen offenkundig. Nun ist auch das deutsche Kapital gezwungen, die notwendigen Gelder im Lande selbst abzupressen. Die Sonderrolle der BRD ist beendet, dieses Land folgt 15 Jahre später Großbritannien auf dem Weg in die Austeritätspolitik.

"Ein gravierender und irreversibler (nicht mehr Rückgängig zu machender; d.A.) Einbruch erfolgte erst durch den Anschluß der DDR... Schlagartig wurden die bislang eher zögerlich gehandhabten Deregulierungsmodelle in Gestalt der Treuhandanstalt mit voller Wucht auf die neuen Bundesländer übertragen. In der untergehenden DDR wurde ein neoliberaler Privatisierungsexzeß in Gang gebracht, dem unzweideutig experimentelle Funktion für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland zukommt. Dabei wurde, um sozialen Revolten... vorzubeugen, der nun auf breiter Front in Gang gebrachte Deregulierungsprozeß mit ausgedehnten arbeitsmarktpolitischen Steuerungsinstrumenten gekoppelt... Das industrielle Produktionspotential ist inzwischen fast um drei Viertel geschrumpft. Von ehemals 10 Mio DDR-Beschäftigten ist fast die Hälfte arbeitslos, vier Mio von ihnen leben inzwischen teilweise oder vollständig vom arbeitsmarktpolitischen Budgettransfer aus dem Westen" ([18]). Inzwischen befinden sich 4 Mio "ehemalige DDR-Bürger in Kurzarbeit, Fortbildung und Umschulung, in AB-Maßnahmen oder waren in den Vorruhestand geschickt... Bei insgesamt 1.2 Mio registrierten Ost-Arbeitslosen und etwa einer halbe Mio. Pendlern stabilisieren

18 Roth, 1993

sich neue Formen der gelenkten Unterbeschäftigung, um den Strukturbruch sozial abzufedern. Im Schatten dieser gewaltig aufgeblähten 'Integrationskassen' (in Anlehnung an die italienische 'cassa integrazione' von 1980; d.A.) der Arbeitsmarktpolitik hat sich die Zusammensetzung des ostdeutschen Arbeitskräftepotentials dramatisch gewandelt... Frauen, Ältere, unqualifizierte Jugendliche und Fremdarbeiter sind besonders betroffen" ([19]). Der wesentliche Kern dieses Prozesses richtet sich gegen Frauen, deren Aussteuerung aus dem Arbeitsmarkt vor allem zum Ziel hat, sie erneut in die unbezahlte Arbeit zu zwingen, deren Bedeutung unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten (wie K.H.Roth es tut) sicher nicht zu erkennen ist. "Es bildete sich ein flexibilisierter Reservearbeitsmarkt heraus mit einem im Vergleich zum Westen halbierten Einkommensprofil... Im Ergebnis des DDR-Anschlusses haben wir nun auch in Deutschland Ghettos der Deindustrialisierung, kombiniert mit Zonen der diffusen Massenverarmung" [20]. Die FR beurteilt die Folgen wie folgt, "wenn die sächsischen Facharbeiter hier keine Arbeit mehr haben, gehen sie in die alten Länder und werden den wohlstandsbequemen Westdeutschen ihre Stellen streitig machen" (3.4.93). Dies ist sowohl als Drohung wie als Ankündigung zu verstehen ist. Die Unternehmer werden die westlichen Arbeitsmärkte von den neuen östlichen Niedriglohnregionen angreifen, deregulieren und gleichzeitig Extraprofite aus dem Gefälle zwischen Zonen niedriger Reproduktionskosten im Osten und niedrigentlohnten Ost-ArbeiterInnen im Westen ziehen. Dieser nationale Arbeitsmarkt wird durch die weiter östlich etablierten Niedriglohngebiete (in Polen, Ungarn, Ukraine,) weiter unter Druck geraten. Über dieser Arbeitsmarktstruktur liegt eine sexistische Gliederung, die sich in einem enormen Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen ausdrückt. Letztere erhalten nach den Worten der Einkommenssteuerstatistik von 1986 um 52 % niedrigere Löhne. Selbst wenn beide vollbeschäftigt in der Industrie arbeiten, liegen die Männerlöhne 52 % über denen der Frauen.[21] "Im Jahr der 'Vereinigung' hat sich das größer werdende Deutschland schlagartig und auf spezifische Weise in die Deregulierungsperspektive des kapitalistischen Weltsystems hineinkatapultiert".[22] Es beherbergt

19 ebenda
20 ebenda
21FR, 19.12.92
22 Roth

3.8 Mio. Sozialhilfeempfänger [23], 3.56 Mio. registrierte Arbeitslose und 2 Mio Unterbeschäftigte[24] die in Umschulungs- und AB-Maßnahmen 'geparkt' werden. Der Prozentsatz der registrierten und der 'geparkten' Arbeitslosen ist auf 20.6 % angestiegen. 11.2 Mio des lohnabhängigen Arbeitskräftepotentials sind beschäftigungslos oder marginalisiert. Es gibt mittlerweile 2.3 Mio geringfügig Beschäftigte. 20 % aller StudentInnen sind hauptsächlich erwerbstätig. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe stabilisieren sich unterentlohnte Saison- und Wanderarbeitsverhältnisse. "Man weiß, daß Polen, Ungarn, Rumänen, Bulgaren oder Türken zwischen 5 und 10 DM Stundenlohn von ihren Firmen bekommen" [25], die Bundesanstalt für Arbeit weiß gar von 2-3 DM-Löhnen für Illegale[26]. Nicht aus den Augen verlieren dürfen wir deshalb die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen der AusländerInnen- und Asylpolitik, sie mündet unmittelbar in eine große Anzahl Entgarantierter, Illegaler und Rechtloser. Bereits 1992 wurden 1.35 Mio Arbeitserlaubnisse erteilt, davon 212.000 SaisonarbeiterInnen aus dem Osten, 85.000 Flüchtlinge, 95.000 KontingentarbeiterInnen und "Hunderttausende im Rahmen von Werksverträgen", die Schätzungen bewegen sich zwischen 3 und 600.000[27] [28]. Darüberhinaus denke mensch an die 1.1 Mio hier lebenden Flüchtlinge. "Es geht nicht darum, sich von MigrantInnen abzuschotten", sondern deren Status und die daraus resultierenden (Rechts-) Ansprüche zu deregulieren[29]. Sie bilden das (breite) unterste Segment am Arbeitsmarkt und müssen mit ihrer verbilligten Arbeit für die insgesamte 'Senkung' der gesellschaftlichen Reproduktionskosten herhalten, indem vom Sockel her die gesamte Lohnpyramide abgesenkt wird.

Das Dritte Charakteristikum der Austerity-Politik ist die Deregulierung der Wohnungsmärkte. Sie begann mit der Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus, durch Wohnungsverknappung und Zinssteigerungen bei Baukrediten wachsende Mieten und endet in der unglaublich hohen Zahl von 1 Mio. Wohnungslosen, von denen 200.000 auf der Straße leben. Alle anderen werden staatlichen Unterkünften zugewiesen[30]. Nimmt man die

23 SZ, 30.1.93
24 FR, 1.5.93
25 WK, 5.11.92
26 FR, 26.6.93
27 FAZ, 7.12.92
28 alle Angaben aus Kai Weber, Flüchtlingsrat-Rundbrief Niedersachsen, 10/93
29 W.L.Mayerhofer, TAZ 16.7.93
30 TAZ, 25.7.93

überbelegten Wohnungen hinzu, fehlen rund 1.7 Mio[31].

Die Konsequenzen derartiger Sparpolitik bestehen in einer vielfach verdrängten, aber dennoch unglaublich verbreiterten Schicht von Armen. Legt mensch als Richtlinie die EG-Normen zugrunde, wonach sie bei 50 % des Durchschnittsnettolohns liegt, dann "müssen allein in Westdeutschland 6.64 Mio Menschen als Arm gelten", bei einem Monatseinkommen von 785 DM, 10 % aller Kinder leben heute in armen Familien. In diesem Sinne leben 10 % (12 %) der Bevölkerung im Westen (im Osten) in Armut, kaum mehr haben jene im Niedriglohnbereich.[32]

Diese Zusammenhänge rückt die Frankfurter Rundschau in die Nähe prä-faschistischer Konstellationen, denn "die meisten dieser Bruchstücke aus den Bonner Kürzungsplänen finden sich schon in der Notverordnung Brünings" wieder, der "wollte das Volk zu Tode sparen lassen"(23.6.93). Insgesamt seien damit "die Grenzen zu den Arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Vergleichsgrößen der durch die Präsidialdiktatur Brünings 1930/31 eingeleiteten Deflationspolitik inzwischen überschritten" bestätigt Roth (1993). Diese letzten Hinweise verweisen auf einen Sachverhalt, wonach die aktuelle Situation sowohl durch vor-faschistische Elemente der Sozialpolitik als auch dementsprechende sozialstatistische Zahlen geprägt ist. Unausgesprochen drängt sich eine als Warnung gemeinte Frage auf, was denn der präfaschistischen Situation wohl folgt und wie die Herrschenden diesmal die in die Krise geratene Weltökonomie zu retten planen.

3.) Demographische Umwälzungen

Kaum beachtet hat sich seit 1988 eine breite Umwälzung der Bevölkerungsstruktur ereignet, an deren Ende eine neue Raumordnung steht. Als die staatliche Kontrolle der DDR zusammenzbrechen begann, flohen Tausende vor allem über die Tschechoslowakei in die BRD ein, mit dem Fall der Mauer folgte eine Massenwanderung von Osten nach Westen. Insgesamt siedelten rund 1.3 Millionen Menschen (davon 60% Männer), das entspricht 7.2 % der DDR-Bevölkerung, in den Westen über[33], vorwiegend junge und flexible Leute. Dazu kommen noch 425.000 Ost-West-PendlerInnen. Zurück blieben dahingegen die Jugendlichen, junge Familien und alleinerziehende Mütter, sowie ältere Frauen und Männer. Im selben Zeitraum wurden circa 1.5 Millionen deutschstämmige Aussiedler aus Ost-, Südosteuropa und der SU in die Bundserepublik hereingeholt, bzw. hereingelassen, die umstandslos staatsbürgerliche Rechte erhielten, Deutschkurse, Wohnungen und alle sozialen Sicherheiten. Dazu kommen noch 200.000 SaisonarbeiterInnen, 100.000 Kontingentarbeitskräfte und bis zu 500.000 Werksverträge. Gegen die allgemeine Ost-West-Migration gingen 0.2 Mio. Leute in die "neuen Länder"[34]. Zuguterletzt flohen seit 1988 insgesamt rund 3-4 Millionen Menschen in die BRD und erlangten über das Asylrecht ein zumindest vorrübergehend legales Aufenthaltsrecht, ihnen werden jedoch Sozial- und sogar Menschenrechte weitgehend vorenthalten. Aufgrund von Abschreckungserfolgen, Illegalisierung und Folgemigration leben derzeit nur noch 1.1 Millionen Flüchtlinge legal im Lande. Gegen den allgemeinen Ost-West-Wanderungstrend wurden 20 % von ihnen in den Osten verlegt, macht 250.000 Menschen, etwa 10.000 . Flüchtlinge werden monatlich abgeschoben und bis zu 136.000 Roma sind von dem deutsch-rumänischen Deportationsvertrag bedroht. Dies alles zusammengenommen ergibt eine Bevölkerungsbewegung von über 9 Millionen Menschen, ungefähr 11.2 % der Bevölkerung. Dieser Vorgang wurde zur Hälfte mittels der Aussiedler-, Ausländer- und Asylgesetzgebung weitgehend reguliert. Deren Instrumente sind Abschiebungen, Einbürgerungen, Visa, Zuweisungen und Quotierung, Residenzpflicht und Werksverträge. Zusammengenommen wurde die Wanderung von mehr als 6 Millionen Menschen von *oben* gesteuert, während die andere Hälfte Züge einer relativ autonomen Migrationsbewegung trägt. Darüberhinaus hat insbesondere das Ausländergesetz schärfere Abschiebe- und Einreiseregelungen geschaffen, von denen weitere 4 Millionen Menschen bedroht sind. Vor diesem Hintergrund wird der Begriff der Bevölkerungs-"Bewegung" undifferenziert, insofern es sich um sowohl geplante als auch relativ autonome Prozesse handelt. In Wirklichkeit handelt es sich bei ersteren um staatliche Bevölkerungspoltik und gesteuerte demographische Umwälzungen.

Diese Verschiebung hinterläßt im Osten eine Zone, weiblicher, jugendlicher und alter Massenarbeitslosigkeit, sie verwandelt die vormaligen Plattenbausiedlungen der sozialistischen ArbeiterInnen in Ghettos der Unverwertbaren. Weite Gebiete sind zu Industriebrachen verkommen. Demgegenüber verschärfte die Wanderung den Druck auf den westlichen Arbeits- und Wohnungsmarkt und bildete einen wesentlichen Bestandteil der Deregulierung. Diesen Zusammenhang konnten wir im England der 80er Jahre beobachten.

Über die Landesgrenzen hinweg wird vor allem der "Migrationsdruck" aus dem Osten in einer Größenordnung von 20 Mio. Menschen thematisiert. Die einzige Gruppe die aus dieser anonymen Zahl herausidentifiziert wurde, sind die europäischen Roma (und Sinti), rund 12 Mio Menschen. In Deutschland werden sie als "aggressive BettlerInnen" und "Asylbetrüger" stigmatisiert, Wissenschaftler wiesen ihnen "integrationsunfähigkeit" und "Unterentwicklung" nach, um letztlich ihre Massendeportation nach Rumänien zu begründen. Dort, wie auch in der ehemaligen Tschecoslowakei sind sie ebenso unerwünscht. In Rumänien sind seit 1988 35 Pogrome nachgewiesen,[35] in der Slowakischen Republik erklärt der Präsident höchstselbst zu einem Problem, daß verringert werden müsse. Ein zweites Mal innerhalb von drei Jahren schleicht sich der "bosnische Mechanismus" ein. Eine nationalistischer Herrscherelite führt Krieg gegen einen Teil der Bevölkerung, der zuvor als Entwicklungshemnis oder Unruheherd ausgemacht wurde und vertreibt sie. Alle angrenzenden Staaten erklären, diese Menschen ebenfalls nicht aufnehmen zu können, weil ihre "Boot ebenfalls voll" sei und weist sie zurück, bzw. ab. Daraufhin zucken die nationalen Eliten bedauernd mit den Schultern, richten Konzentrations- und Vergewaltigungslager ein, verwandeln Großstädte durch militärische Abriegelung in Absterbezonen und vernichten die "unerwünschten". Scheinbar gerieten sie zwischen die Fronten, doch in Wirklichkeit vermag diese Politik ihre Konsequenzen sehr wohl einzuschätzen, wirkt Hand in Hand und bleibt doch unsichtbar. Hauptschuldige gibt es nicht, die Planung ist dermaßen zerlegt und in ihre verschiedensten Kompetenzbereiche aufgegliedert, daß, wer auch nur konzeptionellen Vorsatz annimmt, Historikerschelte erntet.

Dennoch drängt sich der historische Vergleich auf: die demographischen Prozesse und ihre Lösungsversuche stehen denen des Nationalsozialismus (in der Phase zwischen 1933 und 40/41) in nichts nach, im Gegenteil. Von Heim/Aly wissen wir, daß die Phase von 1933 bis 1941 vor allem eine der Bevölkerungspolitik war. Die einen, 435.000, kamen "heim ins Reich". Dagegen wurden bis 1938 15.000 Polen und 50.000 Juden ausgewiesen, 1939 folgten 30.000 Roma, 1940 wurden 5.000 Juden aus Wien und 1941 270.000 Juden aus dem Reich und aus Polen nach Frankreich abgeschoben. Alles in allem wurde das "Judenproblem" mit 3.25 Millionen Menschen beziffert, von denen 3 Mio. in Polen und 250.000 im Reich lebten. Bis 1941 war nur von einer Massendeportation nach Madagaskar, später auch in die Ostgebiete die Rede. Erst als sich alle Wege als unpraktisch erwiesen wurde die "Endlösung der Judenfrage" in Form der Massenvernichtung beschlossen. Es hatte immerhin 8 Jahre Herumexperimentierens gebraucht, um zu solch einem Schluß zu gelangen.

Für die heutige Lage bleibt festzuhalten, das angesichts solcher Zahlen und Vergleiche einmal mehr die Bevölkerungspolitik als zentrales und mächtigtes Instrument im sozialen Krieg erscheint. Von solchen Positionen aus wurden in der Vergangenheit die schwersten Waffen gegen die Menschen geschmiedet, dies sollte uns eine Warnung sein.

Die radikalen Bewegungen der 80er Jahre[36]

1.) die "autonome" Bewegung

Die radikale autonome Bewegung der 80er Jahre war zu keinem Zeitpunkt eine reine politische Bewegung im engeren Sinne. Sie war nur denkbar vor dem spezifischen Hintergrund eines durch die Massenarbeiterkämpfe der 70er Jahre in die Krise geratenen Kapitals. Dieses hatte zum Zweck der Wiederherstellung gewinnbringender Verwertung und zur Bekämpfung kämpferischer Klassenstrukturen zum Mittel der Massenentlassungen gegriffen. In einer Übergangsphase von 1973 bis 80 leistete sich das Kapital eine finanziell mehr oder minder gut abgepolsterte Massenarbeitslosigkeit, die sowohl möglichen Kämpfen gegen die Entlassungen als auch möglichem Protest gegen plötzliche Verarmung den Wind aus den Segeln nahm. Doch gerade diese Kombination aus Nicht-Arbeit und sozialer Absicherung bildete die Grundlage für ein neues kämpferisches Subjekt, die Alternativ-, Jugend- und Protestbewegung der 70er und 80er Jahre. Die autonome Bewegung enstand also vor einem historisch einmaligen und beispiellosen Hintergrund. Einzige Ausnahme bildete das Ursprungsland der Autonomen, Italien, wo sich aus hochlohnjobbenden StudentInnen und durch die

31 FR. 19.12.92
32 C.Voland in "Die Woche", 25.3.93 über die "Armutskonferenz" der Wohlfahrtsverbände
33 Wanderungen zwischen den neuen Ländern und dem früheren Bundesgebiet, Stat. Bundesamt, VIII B 1993

34 ebenda

35 TAZ, 28.9.93

36 Neben den hier aufgezählten hat sich eine anti-rassistische, schwarze Bewegung hierzulande bisher nicht formiert, deren Kritik wurde uns vor allem von der englischen vermittelt.

"cassa integrazione" abgesicherte Arbeitslose eine vergleichbare Bewegung bildete. Ähnliche Prozesse fanden in Holland, Dänemark oder der Schweiz nur in wesentlich geringerem Umfang statt. Diverse sogenannte Jugendstudien machten 1981 6 % aller 15-30jährigen als Teil dieser Revolte aus und veranschlagten die Akkzeptanz auf 42 % [37]. Besondere Sorge bereitete den Herrschenden die "Versorgungshaltung" [38] und die "Verweigerung"[39]. In der BRD war eine breite Schicht nicht mehr länger durch ihre materiellen Sorgen blockiert, sondern konnte, weil sie quasie den Rücken frei hatte, ihre Energie auf die Inhalte und Qualität des Lebens konzentrieren. Das waren die Umwelt- und Friedenspolitik, der Kampf um "selbstbestimmtes Leben" in er- und umkämpften relativen Freiräumen und Nischen, den besetzten Häusern und Kulturzentren. Niemand kann jedoch ernsthaft behaupten, daß die 15.000 Menschen auf einer Anti-Atom, Anti-Reagan oder auf Häuserkampfdemos alles "Autonome" gewesen seien im Sinne einer gemeinsamen Idee, Konzeption oder gar Strategie. Es handelte sich vielmehr um eine soziale Bewegung der verschiedensten Menschen und Motivationslagen. Die "Autonomen" im engeren Sinne waren jener Kern, der durch Zeitungen, Zentren, Flugblätter und Demonstrationen Themen, Orte und Anläße schuf, also Kristalisationspunkte für soziale Prozesse organisierte. Mit der "Wende" 1981 griffen die Herrschenden die sozialen Grundlagen dieser Bewegung an und holten große Teile mit ihrer arbeitsorientierten Politik von der Straße. Die repressive Seite bestand in der großen "Abräume" der meisten besetzten Häuser. So schnell wie die Menschen unter Druck gerieten, schrumpfte die Bewegung. Dennoch blieb sie bis Mitte der 80er Jahre zunächst weiterhin eindrucksvoll, weil es ihr gelang, den Verlust an sozialer Breite durch Konzentration ihrer Kräfte vor allem mittels einer überregionalen Mobilisierung zu bundesweiten Großereignissen auszugleichen (Reagan-, Haig-, IDEE-, Bush-Demos). Trotz atemberaubender Straßenschlachten schrumpfte die Bewegung in den Städten zum Teil bis auf die politischen Kerne zusammen. Deshalb kann seit 1985 bis auf wenige Ausnahmen in Hamburg und Berlin beispielsweise von einer sozialen Bewegung garnicht mehr und von einer politischen Bewegung kaum noch die Rede sein. Die eigentliche Niederlage bestand in dem gescheiterten Versuch, die ökologische und autonome Bewegung entlang den sozialpolitischen Angriffen in eine sozialrevolutionäre Bewegung zu überführen[40], sie auf die alltäglichen, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Realitäten zu beziehen. Die "seit Mitte der 80er Jahre grassierende Theoriefeindlichkeit und Geschichtslosigkeit" ließ die folgenden "Kämpfe verpuffen oder zu Verbalradikalismus verkommen"[41] Was bleibt, ist eine Diversifizierung nach "Lebensstilen", dem die Neigung zu kollektiven Entwicklungen fehlt.

Erste Anzeichen *neuer* sozialer Prozesse wurden dagegen in den seit 1988 vor allem von ImmigrantInnenkids getragenen Kreuzberger Mairandalen sichtbar. Auf der anderen Seite war die kulturelle Hegemonie der Linken nicht zuletzt unter den Schlägen der Repression zusammengebrochen, wozu die Gewaltdebatte der staatstragenden Alternativparteien nicht unerheblich beigetragen hatten, und machte damit die Bahn frei für andere Projekte, den erneuten Durchmarsch der Rechten. Deren Denken dominiert heute einen Großteil des sozialen Spektrums und kettet eine metropolitane Sozialbewegung im Angesicht verschärfter Verteilungskämpfe an die Seite der Herrschenden. Damit waren die Zeichen gesetzt und eine neue, rassistisch vermittelte Konfliktualität etabliert, deren Kämpfe sich zunächst vor allem nach innen richteten. (Auch hierzu gibt es eine britische Paralelle, eine in den 70er Jahren starke neofaschistische Bewegung, die sich mit zunehmender Betroffenheit immer weiterer Teile der Weißen von der Verarmungspolitik nahezu auflöste. Dies hatte zur Folge, daß sich seit 1981 immer größere Teile der weißen Massenarmut auf die Seite der schwarzen Revolte schlug.)

2.) die Frauenbewegung

Als Ingrid Strobel 1991 in Hamburg öffentlich das Ende der Frauenbewegung feststellte, wie es sich 1993 in dem ausgebliebenen § 218-Protest bestätigte, zog sie einen vorläufigen Schlußstrich unter eine 20jährige Geschichte sozialer und politischer Bewegung. Die hatte mit materiellen und geistigen Ansprüchen gegen die männlich-patriachale Unterdrückung und Ausbeutung aufbegehrt und sah sich Ende der 80er Jahre eingekeilt zwischen dem patriachalen roll-back und inneren Grenzen. Von linken Männern um G.Amendt oder dem Bremer Männerbüro, die die Mutter als Ursprung einer repressiven Gesellschaftsstruktur ausmachten, bis hin zu Memminger Richtern, die von rechts die Abtreibung zu illegalisieren begannen reichte die Einheitsfront des patriachalischen Zurückdrängens feministischer Erfolge und Einflüsse auf das Massenbewußtsein. Aber auch strategische Inhalte der Bewegung erwiesen sich als fatal, insbesondere die Vernachlässigung von klassistischen und rassistischen Widersprüchen sprengte sie von Innen her auf. Die anfängliche Stärke der Frauenbewegung, in "für individuell gehaltenen Unterdrückungserfahrungen Strukturen zu erkennen" erwies sich zunehmend als kurzschlüssig. Der anfängliche "Mythos" vom "gemeinsamen Opferstatus" wich den "Machtverhältnissen und Differenzen zwischen Frauen". Migrantinnen kritisierten den Eurozentrismus des Feminismus, der "die spezifischen Erfahrungen weißer Frauen" zu einem "falschen Universalismus" verdichtet habe. Erkenntnistheoretische Diskurse kritisierten den Patriachatsbegriff als monolithisches Modell, eines quasi erneuten Hauptwiderspruch. Daraus schloß ein Berliner Frauenkollektiv, daß der "Feminismus für eine utopische Perspektive im Sinne menschlicher Emanzipation nicht ausreichend" wäre. Entlang solcher Widersprüche verlor die Bewegung ihren Zusammenhalt und Teile ihrer Ausstrahlung, "für die autonome politische Organisierung" sei sie nicht mehr "der einzige Weg zur Befreiung"[42].

Das Ende einer Bewegung ist allerdings nicht gleichzusetzen mit dem fortbestehenden Feminismus als grundlegender Gesellschaftskritik, erst ein roll-back dieser Konzeption geriete zu einem Desaster und unwiderbringlichen Verlust für alle emanzipatorischen Anstrengungen. Diese Gefahr ist allerdings geblieben.

Und was bleibt? Anfangs hatte sie sich geteilt in die Forderung nach Gleichberechtigung (in der herrschenden Gesellschaft) und eine radikale, antipatriachale Strömung. Die Szene spaltete sich daentlang in autonome Plenar und mittelständisches Establishment, das von Staatsseite mit ABM-Geldern gefördert wurde. Dann erhoben Homosexuelle Partikular-Ansprüche, ideologisierten ihre sexuelle Identität ihrerseits zu einer Besonderheit und machten sie zum Kriterium weiterer gesellschaftlicher Differenzierung. In der Form, wie dieser Prozeß vorrangetrieben wurde, löste sich die Bewegung (parallel zu den meisten anderen sozialen Bewegungen) in differentialistische Untergruppen auf, je nach sexueller oder kultureller Orientierung, nach Ethnien und Klassen.

3.) die "sozialistische" Bewegung

Und last not least hoffen wir, uns nach dem Zusammenbruch des Comecons, dem Ende der DDR und der meisten der sozialistischen Einheitsparteien nicht mehr länger mit dem Marxismus/Leninismus herumärgern zu müssen. Der hätte eigentlich schon seit dem Stalinismus, bzw. den Moskauer Schauprozessen diskreditiert sein müssen, als sich herausstellte, daß gleichzeitig und analog zum Nationalsozialismus auch das sozialistische Modell Entwicklung an Massenvernichtung, imperialistischen Expansionismus und totalitaristische Innenpolitik koppelte. Dieser bolschewistischen Variante von Modernisierung und gesellschaftlicher Rationalisierung fielen innerhalb von 20 Jahren rund 30 Mio. Menschen zum Opfer, weitere 12-20 Mio starben während des 2.WK`s[43]. Bereits in den philosophisch-politischen Grundlagen Marx', Lenins und später auch in der sowjetischen Verfassung wurden Arbeitszwang und Leistungsrassismus festgeschrieben, "satanisch wird unter beiden Systemen (Kapitalismus und Kommunismus) der *bürgerliche* Begriff gesellschaftlich nützlicher Arbeit" verwendet[44]. "'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen' - das ist das praktische Gebot des Sozialismus" hieß es dort[45], und: "Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und Ehrensache"[46]. Auch dort waren Leistungsfähigkeit und gesellschaftliche Nützlichkeit in einer Art an das Lebensrecht gekoppelt, wie wir es sonst nur noch von den Nazis kennen, Hitler war denn auch ein Bewunderer Stalins und hielt ihn gar für "genial"[47].

Die theoretischen Grundlagen des Marxismus sind historisch weitgehend überholt, bzw. wiederlegt. Heute wissen wir, daß sich Widerstand nicht als "Klasse" konstituiert, sondern soziale, kulturelle und historische, also mithin subjektive Beweggründe hat, die in der Regel in der Reproduktionssphäre zu finden sind. Das Konstitutionsterrain ist weniger das der Klasse, als vielmehr jenes der Betroffenheit und sozialen Verortung.[48] Dessen Subsumtion unter die Begriffe von "Kapitalverhältnis und Arbeiterklasse" spiegelt mehr die Niederlage der sozialen Revolution von 1848 wieder, die gewaltförmige formelle Subsumtion, bzw. Inwertsetzung, statt sie zu kritisieren. Indem Marx sowohl eine Arbeiterklasse, als auch entwickelte kapitalistische Produktionsverhältnisse zur Vorraussetzung einer sozialistischen Revolution

37 SINUS 1983
38 Zoll, 1985
39 Kohl, 1983

40 IWF-Reader, 1988
41 I.Strobel, 1991

42 "BASTA-Frauen gegen Kolonialismus", Frauenkollektiv, Berlin 1992; vergl. "Strange Fruit", I.Strobel, Berlin 1991

43 H Arendt, 1955
44 T.Adorno 1968
45 Lenin, XXIV in Nietschke 1981
46 sowj. Verfassung von 1936
47 Arendt
48 E.P. Thompson 1980 und A. Meyer, 1985

erklärte, machte er sich zum radikalen Fürsprecher bürgerlich-kapitalistischer Entwicklungstheorien.
Aus der Zentralisierung einer reifen männlichen Arbeiterklasse im Rahmen der Revolutionstheorie leiteten sie frühzeitig ein hierachisches Verhältnis zu allen Nicht-Arbeitern ab, die bereits bei Engels zu extrem rassistischen Ausfällen gegenüber nicht-europäischen Kämpfen führten, insofern sie als ahistorische, rückwärtsgewandte Entwicklungshemnisse verstanden wurden. Zum Einen erhoben sie ein weltweit minoritäres Phänomen zu einem Idealtypus, zum Anderen stilisierten sie das Produkt einer gewaltförmigen Inwertsetzung zu einem revolutionären Subjekt hoch, obwohl es doch nur Ausdruck einer historischen Niederlage war. Daraus leiten bis heute sozialistische und nationale Befreiungstheoretiker die Legitimität verschiedenster Entwicklungsmodelle ab, die im Kern immer Unterwerfungprojekte sind, ein teuflischer und zugleich zynischer Kreislauf.
Ein weiteres Kennzeichen des Marxismus-Leninismus waren die Determinierung von Bewußtseinsprozessen sowie die Hierachisierung von Bewußtsein entlang von "reife-" Prozessen. An der These vom "sein, daß das Bewußtsein bestimmt" sind Generationen von Linken gescheitert, es handelt sich um eine nie bewiesene und auch selten eingetretene Behauptung. Nicht objektive (Kapital-)Verhältnisse, sondern lebendige Sozialprozesse formen und prägen das Bewußtsein. Insofern dient diese Behauptung der Begründung von Führungsansprüchen, wahlweise von politischen Avantgarden, einer Klasse oder einer Partei und hierachisierten das Verhältnis zwischen Linken und den Massen, dessen Überheblichkeit wir bis hin zu den Autonomen wiederfinden konnten. An entscheidenden Punkten des ML war bereits Unfreiheit angelegt, als Perspektive von Befreiung taugte er eigentlich zu keinem Zeitpunkt. Wir selber werden uns fragen müssen, wo überall wir Versatzstücke solcher Theorien verwenden.

Resumee

Sowohl die selbstbezogene autonome Bewegung, die klassenreduktionistische sozialistische Bewegung als auch die einem falschen Universalismus anhängende Frauenbewegung sind an ihre Grenzen gestoßen, was sie hinterlassen, sind zentrale Kritiken. Die Kritik am zentralistisch-unpersönlichen Politikverständnis, die Kritik der politischen Ökonomie, sowie die Kritik des Geschlechterkonstrukts und des Patriachalismus. Die eigentliche Niederlage besteht erst darin, den Diversifizierungsprozeß nicht aufhalten zu können, den erkenntnistheoretischen Prozeß nicht in einen lebendigen neuen Universalismus überführen zu können. So ging mit der Kritik am männlich-weißen Universalitätsanspruch, der in Wirklichkeit ein phobischer Zentrismus war, ein weiteres Mal ein menschenrechtlicher Universalismus verloren. Wir müssen uns zunächst die Frage stellen, ob Vorstellungen von Haupt- und Nebenwidersprüchen, von Ordnungsbegriffen und Modellen nach "Klassen, Geschlecht oder 'Rassen'" nicht ganz grundsätzlich einem patriachalischen Denken, einem normativen Zugriff auf die unendliche Vielfalt des Lebens darstellen. Die Theorie von der "triple oppression" ist doch der vielleicht letzte Versuch, die althergebrachten und liebgewonnenen Vorstellungen zu einer Synthese zu verbinden.[49] Die ist aber ahistorisch und wird der Komplexität sozialer Verhältnisse nicht gerecht. Auf der anderen Seite stehen wir heute vor dem politischen Problem einer ungeheuren Übermacht der kulturell diversivizierenden und ethnisierenden Vorstellungen. Helfen könnte ein Blick in die Geschichte, sowie eine Betrachtung der sozialen Kämpfe selbst. Für die revolutionäre Phase des 18. Jhd.s kennen wir die moralische Ökonomie und das Existenzrecht, heute können wir feststellen, daß sich Flüchtlinge, Schwarze, weiße Unterschichten und sozialrevolutionäre Linke in ihrem Anspruch auf elementare Lebensmittel kaum voneinander unterscheiden. Vielleicht steckt in den nach wie vor radikalen Menschenrechten ein Egalitarismus, frei von männlicher Dominanz oder rassistischer Unterordnung.

Der Umbruch 1993

Als Symbol für den neuen Kurs der BRD kann sicherlich der "Solidarpakt" gelten. Er kennzeichnet besonders augenfällig, daß die Gelder für das Restrukturierungsprojekt nicht mehr länger mittels einer rassistischen Verwertungshierachie aus dem Trikont in die Metropole gesogen werden können, sondern von nun an aus der metropolitanen Klasse selber herausgepresst werden müssen. Nach 1980 greift das Kapital damit zum zweiten Mal die zu teuer gewordenen Existenzgarantien der weißen Klasse an. Angesichts der bereits erfolgten Sparoperationen wird jeder folgende Schritt direkt an die Existenzgrundlagen eines Teils der Bevölkerung gehen, weitere Kürzungen werden unmittelbar, Armut, Obdachlosigkeit und Hunger zur Folge haben. Mit dieser Strategie befindet sich die BRD auf dem Einheitskurs der EG, die "Einschnitte in die soziale Sicherung für unvermeidlich hält"[50]. Europaweit geht es heute darum, das System der sozialen Sicherung den zuvor deregulierten Arbeitsmärkten anzugleichen. Denn die taktische Ungleichzeitigkeit der Maßnahmen hat zu einer Widersprüchlichkeit geführt, wonach die niedrigsten Löhne inzwischen den Sozialleistungen gleichen, darunter leide vor allem der "Anreiz zum Arbeiten"[51], sprich der Arbeitszwang.
Auf der Programmtagung der CDU im Juli 1993, wo deren Programmatik für die nächsten Jahre festgelegt wurde, hieß aus dem Munde des CDU-Mitgliedes und Vorsitzenden des Unternehmerverbandes Murmann: "Der soziale Friede ist nicht mehr jeden Preis wert". Was wir bisher nur in die Spardebatten hineininterpretieren konnten, wurde nun von verantwortlicher Stelle bestätigt: der soziale Friede wird von oben her aufgekündigt, hinter diesen Worten verbirgt sich eine offene Kriegserklärung an das untere Drittel der Gesellschaft. Auch Kriterien für den "Preis" werden genannt; "Leistung" muß sich wieder lohnen" ergibt gegen den Strich gelesen "Unproduktivität lohnt sich für uns nicht länger".
Erstmals seit 1930 werden damit Investitionen in zwar friedenserhaltende aber unproduktive Maßnahmen zur Disposition gestellt. Welche damit gemeint sind, ersehen wir unschwer aus den Verlautbarungen der verschiedenen ministeriellen Ressorts. Eingespart werden sollen 83 Mrd. DM innerhalb von 3 Jahren: es begann mit Standartsenkungen bei der Flüchtlingsversorgung und deren endgültiger Herausnahme aus dem BSHG durch das "Asylbewerberleistungsgesetz" im November 93. Dann trat zusammen mit der mittlerweile wieder zurückgenommenen Reform des § 218 ein neues "Familien- und Schwangerengesetz" in Kraft, daß faktisch die Vergabe von Sozialwohnungen an Schwangere, bzw. Familien bindet[52]. Der nächste Schritt waren Einsparungen bei den Kranken und Alten mittels der Renten- und Gesundheitsreform, Dem folgt jetzt die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Abwälzung der Kosten von Alten auf die Gesellschaft mittels der Pflegeversicherung, die Kürzung des Kindergeldes, des Wohngeldes, die Verkürzung von Ausbildungsdauer, teilweise Rücknahme der antizyklischen Arbeitsmarktpolitik (ABM, FuU) im Westen und Kürzung der ABM-Löhne, Streichung des Kurzarbeitergeldes. Hinter den ABM-Stellenkürzungen verbergen sich darüberhinaus vielfältige Sozialarbeiten im Alten-, Behinderten-, Kinder-, Flüchtlings- und Frauenbereich, die ersatzlos gestrichen werden. Die Senkungen bei den existenziellen Mindeststandarts Sozial- und Arbeitslosenhilfe runden diesen Angriff ab und senken darüberhinaus indirekt auch die bisherige Mindestlohnmarge und den allgemeinen Lebensstandart. Kurz darauf beginnt eine Debatte um die gesetzlich geregelte Etablierung eines "zweiten Arbeitsmarktes", dessen Kern die Ausdehnung des §249b des AFG vom Osten auf die ganze Republik ist. Der sieht einen Bereich tariflich unterbezahlter Arbeit vor, die mittels des repressiven Instrumentariums des AFG erzwungen werden soll.
Den sozialen Kürzungen auf der einen Seite wird zum Ausgleich eine Zunahme repressiver Maßnahmen gegenübergestellt: auch in diesem Fall waren es zuerst Restriktionen gegenüber Flüchtlingen in Form von Lagern, beschleunigten Abschiebungen, Polizeirazzien, Einschränkung des Arbeitsrechts und polizeiliche Überprüfung binationaler Ehe. Dem folgten Razzien gegen Schwarzarbeiter, so durchsuchten am 15/16. Juni 93 1677 Angestellte der Bundesanstalt für Arbeit, Polizisten und Zöllner 1.500 Betriebe[53], es war dies die dritte bundesweite Razzia, die anderen fanden im Dezember 92/März 93 statt. Seit Februar gilt eine monatliche Meldepflicht für 1.5 Mio Arbeitslose, die Arbeitsämter dehnen ihre repressive Rolle zuungunsten des Vermittlungs- und Beratungsauftrages aus. Im Juni wurden Stichproben bei Krankmeldungen angekündigt. Außerdem wird zum x-ten Mal, diesmal von Wirtschaftsminister Rexroth die Einführung der Zwangsarbeit ("Gemeinschaftsarbeiten" genannt) für SozialhilfeempfängerInnen diskutiert (FR, 17.6.93) Insgesamt werden die Befugnisse zur Kontrolle von LeistungsbezieherInnen durch die Arbeits- und Sozialämter erweitert.
Begleitend wird auch der Rechtsstaat erneuert: Der exzessiven Inhaftierung von Flüchtlingen, stehen die Umkehr der Beweispflicht im Polizei- und Strafrecht im Zuge des "Gesetzes zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität" zur Seite. Mit dem "Gesetz zur Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit auf den Bundesgrenzschutz" wurde mit Wirkung vom 1.4.92 eine zentralistische und paramilitärische Kontrolle auf alle strategischen Knotenpunkte angewendet. An der Ostgrenze nahm der BGS sogar Teile des rechtsradikalen Mobs auf und stattete sie mit Polizeibefugnissen

49 u.a. in: K. Viehmann, 1991

50 SZ, 7.6.93
51 Delors; SZ, 7.6.93
52 ZDF, Berichte aus Bonn, 13.8.93

53 FR, 10.7.93

aus. Die vorgeschlagene Aufhebung der Unverletzlichkeit der Wohnung im Zuge des "großen Lauschangriffes", wird die Zahl der heute schon von Abhörmaßnahmen betroffenen 400.000 Telefonanschlüsse jährlich noch erhöhen.[54] Die Debatte um die Einschränkung der Pressefreiheit[55] sowie vor allem die gegen Frauen gerichtete Illegalisierung von Abtreibungen waren die nächsten Schritte.

Derweil steuern Propagandakampagnen aus den verschiedenen Ministerien, beispielsweise das Konstrukt von der "organisierten Kriminalität", die "Bedrohung durch die Flüchtlingsflut" und Kriminalisierung des Asyls, die Debatte um den "Mißbrauch von Sozialleistungen" und neuerdings von der "mißbräuchlichen Beanspruchung des (Verfassungs-) Gerichtes"[56] das Massenbewußtsein. Im Zuge dieser Debatten kam es entlang der Themen Ausländerrecht, Innere Sicherheit und Sparpolitik zu einer Gleichschaltung aller großen Parteien. Das parlamentarisch-demokratische "Modell Deutschland" nimmt in der Krise immer deutlicherere Züge einer Ein-Parteien-Diktatur an. Zusammengenommen können wir von einer Verpolizeilichung der Sozialpolitik sprechen, deren integrative Elemente gegen repressive ausgetauscht wurden. Dieser Vorgang verlief zunächst entlang zweier Stränge. In den 80ern richtete er sich gegen linke, soziale Bewegungen, bzw. deren antagonistische und nicht innovativen oder integrablen Elemente, in den 90ern betraf er zunächst die zu Kriminellen stigmatisierten Flüchtlinge. Diese Strategie setzte an zwei traditionell am tiefsten verwurzelten Ressentiments an, dem Anti-Kommunismus und dem Rassismus. Diese Verpolizeilichung ist bis heute eine selektive, von polizeistaatlichen Erfahrungen wissen bisher nur radikale Linke und 'Schwarze' zu berichten, schmale Segmente am Rande der Gesellschaft. Gleichwohl wurden mit diesen vermeintlichen Bedrohungen sicherheitspolitische Maßnahmen legitimiert, die von Beginn an eine allgemeingültige Rechtsgrundlage hatten und heute auf weitere Konfliktfelder angewendet werden. So wird die im "Anti-Terrorkampf" entwickelte Schleppnetzfahndung heute auf Flüchtlinge angewandt, Sondergruppen der Polizei nach Ausländern auf Schwarzarbeiter und binationale Ehen angesetzt, nach den Ausländerämtern übernehmen alle Sozialbehörden Polizeiaufgaben, die Einschränkung des Rechtsweges im Asylverfahrensgesetz ist ebenfalls eine allgemeine. Derart werden von den Rädern der Gesellschaft her mehr und mehr polizeilichstaatliche Strukturen in die Gesellschaft vorrangetrieben. "Bei Hannah Arendt ist nachzulesen, daß schon die Weimarer Republik auf Flüchtlinge aus dem Osten, die sie nicht aufnehmen wollte, mit der Ausdehnung der Polizei und ihrer Aufgaben über jedes gesetzlich kontrollierbare Maß hinaus reagiert wurde. Auch damals wurden Rassisten aller Schattierungen mit Polizeibefugnissen ausgestattet. ...Der so entstehende Staat im Staat hat wenig später als Bodensatz des Nazi-Terrors funktioniert"[57]. In jenem Fall etablierte sich ein "für die Normalbevölkerung unsichtbarer Polizeistaat"[58], der sukzessiv auf die Bewältigung weiterer Probleme angesetzt wurde.

Heute fügt sich aus den Bestandteilen der Politik der Rechten seit 1980 das Bild einer neuen (Gesellschafts-) Ordnung zusammen. In der Vergangenheit wurden entsprechende Befürchtungen, wie sie vor allem von der radikalen Linken geäußert wurden, in der Regel als ahistorisch, übertrieben und paranoid abgetan, aus Angst vor individuellen Entscheidungen und Konsequenzen. So wurde bereits 1977 der Sicherheits- und spätere Überwachungsstaat als eine selektive Rücknahme des demokratischen Rechtsstaates kritisiert; Krisenstäbe standen für weitere Entdemokratisierungsprozesse; Polizeiaufmärsche bei Ökologie-, Friedens- und autonomen Demonstrationen hatten paramilitärische Formen angenommen; Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und politische Prozesse gegen radikale Linke erinnerten an Formen des gezielten Terrors; so, wie die Arbeitsbeschaffungs- und Zwangsarbeitsprogramme schon 1982 an nazistische Projekte. Seit 1987 wird die Euthanasie von Alten und Behinderten wieder öffentlich diskutiert und allerorts Sterbehilfevereine eingerichtet; mit der Gesundheitsreform wurde aus dem Recht auf Versorgung eine Ware. Mit der Einrichtung von Lagern für Flüchtlinge werden erstmals Teile der Bevölkerung interniert und dann weggeschafft; Ausländer-, Asylverfahrens- und Asylbewerberleistungsgesetz sondern einen Teil der Bevölkerung aus und ersetzen bisherige Grundrechte durch Sondergesetze. Die Illegalisierung der Abtreibung unterwirft Frauen einer auf Bevölkerungswachstum abzielenden Bevölkerungspolitik und unterhöhlt das menschliche Grundrecht auf Selbstbestimmung weiter. Die Todesschüsse von Bad Kleinen enthüllen eine Todesschwadronmentalität bei den Sondergruppen der Polizei, die bis in die Bundesanwaltschaft hinein gedeckt wird. Auf der geistigen Schiene spielte sich der sog. "Historikerstreit" ab, dessen Absicht nichts weniger war, als die Rehabilitierung des NS, indem dessen Modernität von der Vernichtung abgekoppelt und posthum gewürdigt wird. Augenfällig ist, daß diese Forschungsarbeit von der Deutschen Bank finanziert wird[59]. Folge war eine Jubiläumsfeier am faschistischen Raketenzentrum Peenemünde. Ebenso gelangte eine Studie des Kanzler-Beraters W. Oeschlies vom "Bundesinstitut für osteuropäische und internationale Studien" (Köln) an die Öffentlichkeit, die den bilateralen Vertrag über die Massendeportation von Roma, betroffen sind zwischen 40 und 136.000 Menschen, mit einer rassisch begründeter Integrationsunfähigkeit begründet.

Die rassistische Flüchtlings- und AusländerInnenpolitik enpuppt sich mehr und mehr als Speerspitze der Reaktion und als Einfallstor für eine neu-formulierte soziale Hierchie. Insgesamt wird von der Aussonderung der Flüchtlinge her eine rassistische Formierung der ganzen Gesellschaft betrieben, indem soziale Rechte an Herkunft und Hautfarbe gebunden werden und ein bisher universelles Recht dementsprechend gestaffelt wird. Es kommt jedoch noch ein weiteres Kriterium hinzu, daß sich aus der Sozial- und Gesundheitspolitik ablesen läßt, nämlich die Leistungsfähigkeit. Überall dort, wo Leistungsfähigkeit, Produktivität und gesellschaftlicher Nutzen eingeschränkt sind, setzen Sparmaßnahmen an. Sozialbezüge werden schrittweise an Arbeit und Produktivität geknüpft und das bisherige Prinzip der Bedürftigkeit zurückgenommen. Damit befindet sich dieses Land auf dem Wege der nazistischen Verknüpfung von Überleben an Nützlichkeit. "Wer nicht arbeitet, soll eben auch nicht essen" hieß es schon 1982 vom damaligen Bremer SPD-Sozialsenator Henning Scherf, der in Wut aussprach, was seither zur Richtlinie der neuen Sozialpolitik wurde. Damit stellt sich heraus, daß unser bisheriger Begriff von Rassismus ein verengter ist. Er basierte auf der bisher nur selektiven Betroffenheit derartiger Maßnahmen entlang von Hautfarbe und Herkunft. Doch dieser "kolonial" genannte Rassismus hat in Deutschland ohnehin keine Tradition, er wurde bereits in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts abgelöst durch einen leistungsbezogenen Rassismusbegriff, wie er mit dem Nationalsozialismus 1933 zum Durchbruch gelangte. Es ist dieser moderne Leistungs- oder Sozialrassismus, die Verachtung der Schwachen, der nicht nur eine Spaltung zwischen Weißen und Schwarzen bewirkt, sondern darüberhinaus die gesamte soziale Struktur prägt. Diese komplexe und gewissermaßen moderne Form des Rassismus charakterisiert auch heute wieder die aktuelle Strategie der Herrschenden. Selbst die Ausländerpolitik der Bundesregierung ist genaugenommen nicht kolonialrassistisch, ihre Kriterien sind nicht vorrangig die "äußere Erscheinung", sondern die sozialen Kosten von Flüchtlingen, deren Nützlichkeit, Verwendbarkeit, Anzahl sowie ggf. Integrationsfähigkeit.

Die sozialen Konflikte - Fragmente

Tja, nun, der Blick von oben ist ein wahrlich apokalyptischer, demgegenüber könnte sich der Blick von unten entweder der Kritik des Pessimismus oder auch des Euphemismus aussetzen, will heißen, die sozialen Bezugspunkte angemessen zu beurteilen ist ein schwieriges Unterfangen. Die derzeitige Weltlage ist jedenfalls durch einen erschütternden Mangel von richtungweisenden Kämpfen oder HoffnungsträgerInnen geprägt. An vielen Fronten hat "die Ethnisierung des Sozialen"[60] gegriffen und die soziale Konfrontation in rassistische oder nationalistische Kämpfe umgebogen. Weder in Jugoslawien noch in Zentralasien kann mensch sich guten Gewissens auf die Seite einer Partei schlagen. Die traditionellen Muster von Kämpfen, insbesondere die (nationalen) Befreiungskämpfe gehören bis auf wenige Ausnahmen der Vergangenheit. Aus jener Ära bleiben nur noch die PKK, für einige wenige der "Sendero Luminoso", und, wohl aus lauter Verzweiflung, neuerdings Kuba als Bezugspunkte. Die relativen Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen in Zentralamerika oder Südost-Asien, von Guerillas in Südamerika, oder Asien sind an der Macht der Weltmärkte gescheitert. Ihnen wurden harte Entwicklungsmodelle diktiert, die entgegen allen sozialen Ansprüchen der neuen Herrschenden Modernisierung an Verarmung koppeln. Die Hungersnot in Vietnam, die Massenarbeitslosigkeit in Algerien, das Ende der Sandinistas, zwischen singhalesische Armee und Tamil Tigers geratene Bevölkerung oder die zurückgedrängte und an Flügelkämpfen leidende PLO zeigen uns heute die Grenzen solcher Befreiungskonzepte auf. Aus der Perspektive der Frauenbefreiung waren sie bekanntlich schon viel früher erreicht. Das organisationsorientierte Auge

54 ZDF Mittagsmagazin, 1.9.93
55 TAZ, 11.5.93
56 TAZ, 26.7.93

57 M. Lange in "Die Brücke" 72/1993
58 Arendt: 1955

59 Borris, "1999", 2/91

60 Materialien f.e.neuen Antiimperialismus Nr.6, 1993

worden, heute leben dort ca 12 Mio Roma[66]. Daß dieses Ziel deshalb in die Nachkriegspolitik einging, kann mit der Übernahme der nazistischen Zigeunerkartei in die BRD-Verwaltung als belegt gelten. Besondere Aufmerksamkeit wurde ihnen erst wieder in den 80er Jahren zuteil. Für Sinti- und alteingesessene Romafamilien wurden integrative Wohnprojekte entwickelt (Bremen, NRW), andere sollten mit Rückkehrhilfen versehen in jugoslawische Entwicklungsprojekte (Skopje) gedrängt werden. Die erwiesen sich als verslumte Roma-Ghettos inmitten feindlicher Gebiete. Inzwischen wird mit Roma kurzer Prozeß gemacht, mithilfe einer Vielzahl von Sonderregelungen vom "sicheren Drittland", "offensichtlich unbegründeten Asylanträgen" bis hin zu bilateralen Verträgen werden Roma massen-abgeschoben, im Sommer 1993 wurden täglich 360 Roma mit zwei Sondermaschinen aus Berlin ausgeflogen. Immer noch ist die Beseitigung eines Teils der Bevölkerung Element heutiger Sozialpolitik.

Dagegen entwickelten Roma eine lange Abfolge von Widerstandsaktionen und Kämpfen für das Bleiberecht. 1989 starteten sie in Bremen mit der Besetzung der Wiese vor dem Innensenator einen "Bettelmarsch" nach Bonn, dem folgte die Blockade der Grenzen bei Aachen und später nach Frankreich und zur Schweiz. In vielen Städten waren es Roma, die in Kirchen Asyl suchten (Tübingen). 1992 hielten sie wochenlang die Wiese vor dem Düsseldorfer Landtag besetzt. 1993 scheiterte eine Besetzung des KZ-Geländes Neuengamme, eine andere Gruppe in Dachau war erfolgreicher. Von dort zogen 500 Roma zu Besetzungen an der Grenze bei Kehl, von wo sie über Freibug und Konstanz an die Schweizer Grenze weiterzogen. Nur sie als Betroffene konnten glaubwürdig Analogien zur Bevölkerungs- und Vertreibungspolitik der Nazis ziehen.

Die Verbreiterung traditioneller Flüchtlingspolitik zu einer bundesweiten anti-rassistischen Bewegung war keineswegs eine Kopfgeburt, sondern die linke Entsprechung auf diese sozialen Konflikte (ebenso natürlich auf das andere Phänomen, daß Erstarken der Rechten). Die herrschende Erwiderung fiel sehr differenziert aus, der Migration schoben sie den asylrechtlichen Riegel vor, den sozialen Ansprüchen das Asylbewerberleistungsgesetz und die Illegalisierung und der politischen Bewegung setzten sie die Lichterketten vor die Nase. Mit Weizäcker gingen in Berlin sogar die Herrschenden selbst auf die Straße, um die zunehmende Staatsfeindlichkeit nach den Möllner Morden in die Hände zu bekommen. Dort funktionierte es noch nicht so gut, in der Öffentlichkeit dominierte die Kritik und das Bild der "Brandstifter in Bonn". Es gelang ihnen jedoch, die aufkeimende Bewegung zu frustrieren und auszubremsen. Linke Initiativen blieben trotz weiterer rechter Terroranschläge stecken. Nach den Solinger Morden ging diese Politik auf. In vielen Städten inszenierten Politiker und Verbände Betroffenheitsmärsche, setzten sich an die Spitze des Protestes, fingen ihn auf und dämmten ihn ein. Bis heute erleben wir keinen Aufschrei der Empörung ob eines beinahe ungehinderten Durchmarsches der Rechten, bzw. der Austeritätspolitik, es könnte zum Haare-ausraufen sein. Doch vielleicht hilft eine kurze Rückblende: In Großbritannien war die Deregulierung von Schwarzen am Wohnungs- und Arbeitsmarkt bereits in den 70er Jahren Realität, dagegen revoltierten sie erstmals 1976 bzw. 1981. 1984, 5 Jahre nach Beginn des Krisenangriffs folgten die ersten weißen, militanten Abwehrkämpfe (der Bergarbeiterstreik), ein Jahr später fielen in dem weißen Druckerstreik erstmals Arbeitskämpfe mit weißen innerstädtischen Revolten zusammen, gefolgt von schwarzen Riots mit starker weißer Beteiligung. Erst danach, also 7 Jahre nach Beginn der Verarmungspolitik erlebte das ganze Land den Auftakt zu einem bis 1991 andauernden Aufruhr, dessen vorläufigen Höhepunkt die Poll-Tax-Revolte bildete[67].

Ein Vergleich mag hinken, aber für unsere Debatte läßt sich zunächst feststellen, daß der Beginn sozialen Aufruhrs nicht mit dem anfänglich kaum sichtbaren und sukzessiven Verarmungsprozeß einsetzt, sondern erst aus dessen Folgen erwächst. Dies könnte für uns bedeuten, den Deregulierungsbeginn in der DDR 1989, im Westen 1993 angesetzt, daß eine soziale Reaktion (die keine Rechte ist), im Osten 1993 sichtbar wird, wovon Bischofferode wohl ein erster Ausdruck ist, daß der Westen, davon inspiriert oder nicht, erst x-Jahre später erste Revolten dieser neuen Konfliktualität erführe. Sicherlich ist darüber keine, weil prophetische Aussage zu machen. Zum einen wissen wir nicht, wie diese neue Massenarmut sich verhalten wird und zum Anderen ist hinlänglich bekannt, daß eine verarmte Masse nicht per se revoltiert, auch ist die Wirkung der rassistischen Formierung und sozialgeographischen Zonierung nach einem Ost-West und Nord-Süd-Gefälle kaum vorhersehbar. Wir können jedoch davon ausgehen, daß eine Ära

66 RNC, Roma und Deutschland, Hamburg 1993

67 Wildcat 64

vieler Linker vermag nicht mehr viel zu sehen. Nun wäre es jedoch dumm, von einem Ende der sozialen Konfrontation als solcher zu schließen. Öffnen wir also das andere, das soziale Auge und wir werden in der Lage sein, eine ganze Reihe von, teils relativ neuen Prozessen überhaupt erst wahrzunehmen. Vorraussetzung ist die Aufgabe bisherigen zentristischen Politikverständnisses, wie es ohnehin von oben durch die Transnationalisierungstendenzen ad absurdum geführt wird, sowie des gewaltorientierten Widerstandsbegriffs. Die Frage nach den Krisenursachen hat den Begriff des "Widerstandes" um einige soziale Komponenten (Verweigerung, Subjektivität) erweitert und seit langem wissen wir, daß die Betrachtung sozialer Konflikte im Weltmaßstab die Vorgänge in den Metropolen relativiert, wohingegen sich global ganz andere Machtverhältnisse abzeichnen, auf die wir uns im Rahmen eines "neuen Antiimperialismus" zu beziehen versuchen.

Vor diesem Hintergrund wurden bereits Mitte der 80er Jahre von Teilen der Linken die weltweiten Migrationsbewegungen ins Auge gefasst[61], die umfassen heute nach Schätzungen der UNO 500 Mio. Menschen, ca. 8% der Weltbevölkerung. Diese Zahl enthält auch jene 100e von Millionen, die in der Vergangenheit durch die Agrarrationalisierungen in die trikontinentalen Großstädte getrieben wurden. Von diesem Phänomen wurden Vergleiche zur europäischen Landflucht im 18. und 19.Jhd.[62], zu den Hungeraufständen und Plünderungen der landlosen Massenarmut; zur Rolle der Migrations- und Wanderarbeiter in den us-amerikanischen Arbeitskämpfen der 20er Jahre[63]; zu den schwarzen us-amerikanischen und britischen Revolten der 60er bis 80er Jahre gezogen[64]. Daraus wurde geschlossen, daß MigrantInnen und Flüchtlinge eine eminente Bedeutung für den Ausbruch sozialer Antagonismen haben und ergänzt, daß schon der Migration ansich, ungeachtet jedlicher politischen Vermittlung, ein Anspruch auf Partizipation am Wohlstand des Ankunftsortes und damit am Überleben innewohnt[65]. Demnach handelt es sich im Kern um einen Zusammenstoß zwischen der Bevölkerungspolitik und den relativ autonomen Migrationsbewegungen, zwischen dem Anspruch auf Leben, resp. Partizipation am Wohlstand und der Bevölkerungsökonomisierung und -rationalisierung.

Tatsächlich ist dies selbst für die BRD keine abstrakte Herleitung geblieben. Eine erste Ahnung von dieser Bedeutung erhielt die Linke während der MassenarbeiterInnenstreiks in den 70er Jahren, die maßgeblich von italienischen, jugoslawischen, spanischen und türkischen ArbeiterInnen vorrangetrieben wurden. Damals war von einer multinationalen Klassenzusammensetzung die Rede, einem Terminus, der bereits eine Kritik am monolithischen Arbeiterklassebegriff des orthodoxen Marxismus beinhaltete. Erst im Zuge der autonomen Strategiedebatte um die Bedeutung der "Stadtteile als Konstitutionsterrain" Mitte der 80er tauchte die Thematisierung von MigrantInnen wieder auf. Die blieb solange abstrakt, bis türkische Kids erstmals 1988 bei der Kreuzberger Mai-Randale mitmischten und sogar dominierten. Gleichzeitig nutzen hunderttausende das Asylrecht für eine vorrübergehende Einreise, beanspruchten Unterkunft und soziale Leistungen und kämpfen seither gegen Abschiebungen, Gutscheine, Verlegungen und Sammellager. Die Geschichte des Flüchtlingswiderstandes ist noch nicht geschrieben, aber die Reihe der Aktionen und deren Formen ist lang: Kirchenasyl und -besetzungen (Tübingen, Neumünster), Dachbesetzungen (Lingen, Lübeck), Universitätsbesetzungen (Berlin), KZ-Besetzungen (Neuengamme, Dachau), sit-ins, Hungerstreiks (Frankfurt, Bremen), Gutscheinboykott (Neumünster) als kollektive Formen und Heirat, falsche Namen und Papiere, Mehrfachanträge auf Sozialhilfe und Schwarzarbeit als individuelle Formen.

Die bei weitem aufregensten Aktivitäten kommen neben den Bedeutenden kurdischen Aktionen, die aber wohl kaum unter "Flüchtlingswiderstand" subsumiert werden können, von den Roma. Deren Situation ist geprägt durch eine lang andauernde Geschichte von Verfolgung, durch Diskriminierung und besondere Verelendung in allen Herkunftsländern, durch eine spezifische Rechtsunsicherheit, durch verbreitete allgemeine Vorurteile auf der einen Seite und große Mobilität, dennoch teils lange Aufenthaltszeiten, eine dichte soziale und politische Organisationstruktur (Rom e.V., Köln; Roma Union, Süddeutschland; Roma und Sinti Union, Norddeutschland; Roma National Congreß; EuRoma, EG) und die daraus resultierende kollektive Handlungsfähigkeit andererseits. Historisch gehören sie trotz 1/2 Mio Opfern zu den Überlebenden des Holocaustes, anders als die Juden sind sie nicht aus Europa vertrieben

61 Mat. gegen imperialistische Flüchtlingspolitik, 1986
62 Autonomie 10, 1982
63Bock, 1984
64 Mat. Nr.3
65 Flüchtlingsthesen, Medico, 1986

des sozialen Gefüges in eine neue übergeht und daß sich damit auch die Widerstands- und Kampfformen ändern. Die Zeit der Massenorganisationen (Gewerkschaften, Parteien) ist seit den späten 70ern gegessen, die Zeit kritischer Protestbewegungen unter starker intellektuell-mittelständischer Beteiligung seit den 80er Jahren und die Zeit der in dieser Bewegung schwimmenden Guerilla seit Ende der 80er Jahre. Für die 90er wäre, neben der rechten eine soziale Massenbewegung denkbar, wie sie in GB sichtbar wurde, deren antagonistische Kräfte sich in der Aneignung (Wohnraum, Kleinkriminalität), territorialen Basen (Ghettos und Communities) sowie der Selbstverteidigung (gegen polizeiliche und sozialkontrollierende Umklammerung) ausdrückt. Dort haben sich politische Ausdrucksformen und soziale Kämpfe weit und nahezu unüberbrückbar auseinanderentwickelt, nur die Poll-Tax-Bewegung bildet darin eine -vorrübergehende- Ausnahme. Linke Bewegungsmuster, wie wir sie als Aufmärsche, Veranstaltungen, Blockaden inszenierten Streiks oder strategisch-hergeleiteten Aktionen kennen, vermögen in Zukunft wohl nur noch selten einen Bezug zur sozialen Front herzustellen, wenn sie sich nicht auf diese zu beziehen versuchen. Vor diesem Hintergrund haben wir eine schwierige, weil neue Strategiedebatte zu führen, die an uns ebenso neue wie schwierige Ansprüche stellt.
Die Selbstverortung von Linken ist eine politische, doch mehr und mehr Menschen werden sich diesen Luxus einer moralischen und rationalen Herleitung ihres eigenen Standpunktes nicht mehr leisten können und ihn in Bezug auf ihre alltägliche Lage sogar als irrelevant empfinden. Das hatten wir vorher auch schon und die Autonomen störte dies kaum, da sie sich selbst wie eine Bewegung verhielten, doch dies ist nun Vergangenheit. Nun wird eine sozial geprägte Verortung, deren Inhalte existenzieller sein werden, an die Stelle der moralischen treten. Erinnert sei an den Krisendiskurs: eine Verwertungskrise ist Ausdruck von Leistungsverweigerung und sozialer Aneignung. Krise ist das Resultat eines stillen sozialen Antagonismus, dessen Formen Krankenstand, Arbeitsverweigerung gegen Soziallöhne, Eheverweigerung, Sozialbetrug, Schwarzarbeit, Kleinkriminalität, Steuerbetrug u.v.a.m. sind. Revolten, Aufstände oder Riots sind die offen Form eines deshalb repressiven Staates, der mit dem Existenzkampf von unten zusammenstößt. Riots sind nicht das Größte, aber sie beschreiben den Zustand des sozialen Zusammenstoßes.
Die Aufgabe von Linken wird sein, sich um jeden Preis innerhalb dieser Koordinaten zu bewegen und dort eine neue Rolle einzunehmen. Sie muß in der Lage sein, soziale Konfliktpunkte zu erkennen, um möglicherweise Kämpfe, Widerstände loszutreten, sie wird versuchen, partielle Konflikte zu einer sozialen Front zu verdichten und sie wird all ihren Erfahrungsreichtum und ihre Inhalte dafür hergeben müssen, um rassistische und sexistische Momente zu kritisieren.

Literaturverzeichnis

Adorno, T.; "Frühkapitalismus oder Industriegesellschaft", Frankfurt 1968
Aly, G./Heim, S.; "Die Vordenker der Vernichtung", Hamburg 1991
Arbeiterkammer; "Zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel", Bremen 1984
Arendt, H.; "Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft", Frankfurt 1955
ASTA; "Reader zu den Internationalismus-Tagen", Bremen 1988
Autonome Flüchtlingsgruppen; "Materialien gegen imperialistische Flüchtlingspolitik" Duisburg 1987
Autonomie Nr 10; "Antiimperialismus in den 80ern", Hamburg 1982
Bock, G.; "Die Wobblies - die andere Arbeiterbewegung in den USA", 2 Bände, Karlsruhe 1984
Borris, F.; "Willi Oberkrome..." in 1999, Hamburg 1/1992
Düvell, F.; "England - Krise, Rassismus, Widerstand", Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr 3", Berlin 1992
Frauenkollektiv; "BASTA - Frauen gegen Kolonialismus", Berlin 1992
Fröbel u.a.; "Die neue internationale Arbeitsteilung", Hamburg 1977
Hancock, I.; "Das Pariah-Syndrom"
Hartmann, D.; "Leben als Sabotage", Tübingen 1981
"Völkermord gegen soziale Revolution", in Autonomie Nr 14, Hamburg 1985
Kohl, H.; "Der Weg zur Wende", Husum 1983
Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Nr.1 "Zentralamerika" Berlin 1988
Nr 2 "Brasilien - das Ende einer Entwicklung", Berlin 1988
Nr 4 "Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells", Berlin 1992
Nr 6 "Jugoslawien - Die Ethnisierung des Sozialen", Berlin 1993
Meyer, A.; Massenarmut und Existenzrecht, in: Autonomie 14, Hamburg 1985
Nietschke, B.; "Die Zerstörung der Sinnlichkeit", München 1981
Projekt Wüstensand; "Die Brotrevolten in Nordafrika", Düsseldorf 1988
Roma National Congres; "Roma und Deutschland", Hamburg 1993
Roth, K.H.; "Die Wiederkehr der Proletarität", Hamburg 1993
SINUS-Institut; "Die verunsicherte Generation", Leverkusen 1983
Strehle, R.; "Kapital und Krise", Berlin 1991
Strobel, I.; "Strange Fruit", Berlin 1991
Tronti, M., "Arbeiter und Kapital", Frankfurt 1974
Thompson, E.P.; "Plebejische Kultur und moralische Ökonomie", Frankfurt 1981
Viehmann, K., Drei zu Eins, in: Metropolen (-gedanken) und Revolution, Berlin 1991
Zoll, R.; "Arbeitsorientierung von Jugendlichen" in Leibfried "Soziale Bewegungen und Sozialpolitik", Bremen 1985

Einladung zum Treffen des Arbeitskreis Internationales vom 4. - 6. Februar in Hannover

Schwerpunktthema: Weltbank/IWF

Der Arbeitskreis Internationales

besteht zur Zeit aus Interessierten des studentischen Bereiches.
Beim letzten Treffen in Warstein waren meist Menschen, die im AStA oder dessen Umfeld arbeiten, anwesend.
Es war das erste Treffen nach der Neugründung des neuen studentischen Dachverbandes freier zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs). Dadurch ergaben sich neue Zusammenhänge und Ideen. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen.
Nur soviel, der AK arbeitet mit einem autonomen Status am fzs.
In Warstein entstand die Idee, den AK Internat auch für Nicht-Studierende zu öffnen. Das soll jetzt in Hannover das erste Mal probiert werden.

Die Schwerpunktthemen

des nächsten Treffens (Weltbank und Internationaler Währungsfond) wurden von uns im Hinblick auf die internationale Kampagne "*Unhappy 50th Anniversary*" gewählt.
Vor 50 Jahren wurde der IWF in Bretton Woods gegründet. Im Oktober wird es anläßlich dieses "Jubiläums" ein IWF/Weltbank-Treffen in Madrid geben. Dies gibt AktivistInnen in Europa und anderen Kontinenten eine gute Gelegenheit auf die Konsequenzen der IWF/WB-Politik aufmerksam zu machen.
Vom 26.September bis 2.Oktober ist in Madrid von der Gruppe AEDENAT eine Aktionswoche unter dem Motto "*The other voices of the planet*" geplant. Es soll eine alternative Veranstaltung mit vielfältigsten Aktionen sein, die die menschenverachtende Politik des sich parallel treffenden IWF deutlich machen soll.
Die Kampagne wird auf dem Treffen von Johan Frijns (A SEED Europe/Amsterdam) am Samstag genauer vorgestellt werden.

Das kommende Treffen

in Hannover möchte versuchen, Menschen, Gruppen und Initiativen zusammenzubringen, die zu den Themen IWF und Weltbank schon gearbeitet haben oder Interesse haben, daran zu arbeiten.
So können Kontakte hergestellt werden und wir uns über mögliche Aktionen austauschen.
Wie sehen die Strukturen des IWF und der Weltbank eigentlich aus?
Was für Auswirkungen hat deren Politik auf die Menschen des Südens und jetzt auch immer deutlicher auf die Menschen des Ostens?
Diese Fragen sollten wir uns nicht nur selbst beantworten, sondern auch darüber nachdenken, wie wir andere Menschen für diese Thematik interessieren können.

Ein Vorschlag für den Ablauf

Am Freitag und Sonntag sollen Projekte dem AK vorgestellt werden und/oder Themen besprochen werden die vom AK Unterstützung bekommen können. Der Stand zum Cuba-Solidaritätsflugzeug sollte also spätestens Sonntag erläutert werden (lieber Freitag). Außerdem sollte noch eine Position zum Umgehen mit ESIB entwickelt werden. Hoffentlich ist die Zeit dafür nicht zu kurz bemessen, aber vielleicht gibt es schon Menschen, die den nächsten Arbeitskreis im April ausrichten möchten?!
Der Samstag sollte ganz dem Thema IWF/Weltbank gewidmet werden. Es ist sehr komplex und in seiner Wichtigkeit nicht zu unterschätzen. Netzwerke alternativer Gruppen können konkret vorgestellt werden.

Die Anmeldung

sollte möglichst umgehend geschehen. Schickt uns also ein Fax oder ruft bei uns an, mit wieviel Menschen Ihr kommt.
Tel.: 0511 / 762-5061 Mo-Fr 10-14 Uhr
5063 zu den anderen Zeiten.
Fax: 0511 / 717441 mit Betr. AK Internat
Ein Unkostenbeitrag von 20,- DM für Unterbringung und Verpflegung wird dann vor Ort erhoben.

Recherche zum V-Mann Klaus Steinmetz

EINE BROSCHÜRE AUS WIESBADEN

Inhalt:

zu beziehen über:

Herausgeber / Redaktion:
Recherchegruppe
c/o Infoladen,
Werderstr.8
65195 Wiesbaden
1993 (Ende Dezember)
Bestellungen:
1 Stück 3 DM +
Porto bei 1-4 Stück: 1,5o DM
Porto bei 5-8 Stück: 2,50 DM
Porto bei 9-12 Stück: 4.- DM
20 Exemplare werden für 50 DM inclusive abgegeben.

Einleitung

K.S. bewegte sich jahrelang in jener linken Szene Wiesbadens, die einerseits durch eine starke Gruppe von "Antiimperialisten" geprägt war, andererseits über Infoladen und Hausbesetzungspolitik neue junge Leute aufgenommen hatte.

Ein als Szene aufgebauter Rahmen politischer Arbeit entwickelt in den letzten Jahren immer weniger kontinuierliche Arbeitsstrukturen noch präzisiert er fortschreitend politische Kriterien. Parallel zu dieser immer wieder in Diffusität zerfallenden Oberfläche konstituieren sich Stränge von konsequenter hergeleiteten Projekten und Arbeitszusammenhängen, aus denen Teilkriterien torsoartig in der Szene-Kultur ihren Niederschlag finden. Begründete und hergeleitete Kriterien vermischen sich immer wieder mit nicht hergeleiteten und nicht-begründeten Motivations-, Wertigkeits- und Rangigkeitsketten, die das Sozialisationsmilieu einer Szene ausmachen. Dazu gehören beispielsweise Kleinkriminellenbonus, Durchblickshierarchien, Entschlossenheitsinsignien, Identitätsatrappen, deren Bestandteile sowohl Anleitung zur Klärung eigenen Wollens sein können wie sie in ihrer Formelhaftigkeit schnell erlernbar und weiterreichbar sind. Ein Konformismus der Radikalität tritt hinzu.

Politische Arbeit in szeneeingefaßten Gruppenbildungen war in Wiesbaden wie anderswo davon geprägt, daß sich Menschen in immer wieder leicht veränderten, neu gemischten und neu zusammengesetzten Konstellationen wiederfanden, ohne daß der Ertrag und die politische Klärung der einen Gruppenbildung in der nächsten Zusammensetzung systematisch weitergeführt wurden.

Es sind einzelne, die in diesem Gemisch aus periodischer Verbindlichkeit und sprunghaft unverbindlich gesetzten Anknüpfungen und Weiterführungen interpretatorische Klammern bereithalten, die um die Begriffe "Prozeß" und "Entwicklung" zentriert sind.

Das Gefüge selber produziert eine politische Definition von Personen über Teilnahme-Coupons. K.S. verfügte über ausreichende Teilnahme-Coupons, um dort, wo in oder am Rande von offenen Strukturen die höchste Entschlossenheit und Handlungsklarheit sich artikulierte, Vertrauen zu haben.

Naturgemäß läßt sich nicht ermitteln, wie diese in einem Wiesbadener System erworbene Rangigkeit ein Eintrittsbillett für verdeckte Strukturen war, über die die Verbindung aufgebaut wurde, die nach Bad Kleinen führte. Es steht jedoch zu vermuten, daß auch die verdeckten Strukturen, die zunächst nichts anderes als Wege zur Diskussion mit der RAF organisierten, von szenetypischen Bewertungs- und Beurteilungsmechanismen nachhaltig geprägt waren.

Als Bad Kleinen bohrend die Frage aufwarf, wie hat der Spitzel in Wiesbaden politisches Vertrauen erworben und behalten, gab es im Rahmen der linken Kreise, in denen sich K.S. bewegt hatte, praktisch kaum noch eine arbeitende Gruppe. Im Umkreis des Infoladens stand der Torso einer nicht abgeschlossenen und nicht aufgearbeiteten Geschichte des früheren Wiesbadener "Anti-Imp"-Lagers ebenso herum wie die Ausläufer der Wiesbadener Hausbesetzungspolitik keine Bergung der in ihr enthaltenen politischen Substanzen gefunden hatten, um so den Boden für das weitere politische Bewegen der Beteiligten zu bereiten.

So fanden sich in dem nur noch als äußerer Rahmen, nicht als politisches Projekt betriebenen Infoladen, der gleichwohl eine eigene Szene beherbergt, Zufallszusammensetzungen zusammen, die unter dem Eindruck der Ereignisse sich als befragter Wiesbadener Zusammenhang verstehen mußten, ohne an existierende Organisationsstrukturen (Arbeitsgruppen usw.) anknüpfen zu können.

Die scheinbare Nicht-Struktur enthält jedoch gleichwohl Funktionsmechanismen.

Einer ist der, politische Zusammenarbeit über individuelle Gesprächsebenen und persönliche Beziehungen aufzubauen.

Ein anderer, die Position der Nichtausgrenzung der RAF aus der linken Diskussion als Minimalkonsens anzunehmen, über den sich die Infoladennahe Szene stets von anderen linken Szenen unterschieden hat. In diesen Minimalkonsens gehen lebensab-

schnittsmäßig und individuell unterschiedliche Bezugsetzungen zur RAF ein· Von Gefangenenarbeit über Diskussion eigener politischer Perspektiven in Anlehnung an Vorstellungen zum revolutionären Prozeß, wie sie in Dokumenten der Gruppe festgehalten sind, bis zum starken Relativieren von RAF-orientierten Positionen und des Bezugsverhältnisses zu der Gruppe.

Die Differenzierungen, die sich in dieser Bezugsetzung individuell recht unterschiedlich einstellten, sind jedoch nicht ausformuliert, so daß die Bemühung des Minimalkonsenses immer nur als kurzrfristig klammernde Reaktivierung der Klarheit (oder Undifferenziertheit) einer früheren Etappe funktioniert. Auf dieser Basis und eines parallel fortbestehenden grundsätzlich antagonistischen Verhältnisses zum Staat konnte die Wiesbadener Demonstration zum Tod von Wolfgang Grams gut organisiert und durchgeführt werden.

Da die Positionen nicht ausformuliert sind, werden konkrete Verfahrensweisen und Vorschläge durch Rückgriff auf gern eingespielte Figuren wie "was wir wollen" und "meine/unsere Identität" legitimiert. So entsteht ein schwer entwirrbares Gemisch von situativem Verhalten, dem keine Entwicklungsgeschichte strategisch-taktischer Bestimmungen zugrundeliegt, und überhöhender Grundsätzlichkeit.

Die Frage, ob K.S. ein Spitzel sein könnte, wurde in Wiesbaden im Umkreis der Infoladen-Szene fast drei Wochen lang als Glaubensfrage behandelt. Als überhöhende Grundsätzlichkeit war das moralisch unterlegt Postulat im Spiel: ein Genosse dürfe nicht vorschnell fallengelassen werden, schon gar nicht im Hinblick auf Meldungen der lügnerischen Presse. Behandlung als Glaubensfrage bedeutet dabei: anderweitige Näherungen als Verlassen einer geforderten Grundsatzposition zu behandeln und entsprechend scharf als moralisch verwerflich zu bewerten und darüber eine Ab-, ja Ausgrenzungslinie aufzubauen. Das zeigte auch Wirkungen: eine systematische Betrachtung und Analyse der Anhaltspunkte für die Spitzeltätigkeit von K.S. wurde so lange zurückgedrängt. Bis zu informationspolitischen Entscheidungen, Fakten und Mitteilungen, die "nur verwirren könnten", zu unterschlagen. Die Sprachregelung der ersten 10 Tage "in Wiesbaden fehlt kein Klaus" - nachdem Mittwoch oder Donnerstag nach Bad Kleinen in der TAZ zu lesen war, daß Birgit Hogefeld in der Nacht nach der Verhaftung bei ihrer Mutter um Vermittlung eines Anwalts für einen mit ihr festgenommenen Klaus gebeten habe - war eine glatte Lüge. Subjektiv als Notlüge gedacht, um sich über eine schwierige Situation zu retten, wo hintergründig der Spitzel an einigen Leuten zerrte, ihn aus einer von ihm als vertrakt beschriebenen Situation herauszuhelfen. ....

Die Struktur der Strukturlosigkeit mit den vielen Einfallsmöglichkeiten für subtile Mechanismen zwischen Menschen, die schwerer als formale Hierarchien zu beeinflussen und zu verändern sind, ist nicht schicksalhaftes Ereignis in Zerfallsprozessen.

Die Struktur der Strukturlosigkeit als Bezugsfeld für gelegentliche eigene politische Initiativen zu wählen, dieses Bezugsfeld vage zu betreiben und zu bedienen, das sind selber politische Entscheidungen, ist kein Ausgeliefertsein an Bedingungen, die sich ergeben haben. Dagegen ist der Aufbau von Arbeitsstrukturen politischer Arbeit möglich, die ggf. bescheiden dimensioniert sind, aber wo der umrissene Rahmen gefüllt und verantwortet werden kann und ebenso das, was aus ihm heraustritt und was in ihm geschieht.

Statt:

"Niemals vor der Dimension der eigenen Ziele zurückschrecken" :

die Tragweite und Widersprüche jeder anvisierten Dimension erkennen, deren existentiellen Boden klären, mehr sein als scheinen, nur das als formulierte Perspektive in Umlauf setzen, was in jeder Hinsicht getragen werden kann und eine konzeptionelle und in den Menschen verankerte Fundierung hat, ohne sich von der Pflicht zu verabschieden, immer auf der Suche nach dem nächsten, weitergehenden Schritt zu bleiben, und ohne sich in einem Winkel der mausgrauen Kleinarbeit einzurichten.

(...)

Erste Anregungen zu Schlußfolgerungen

Im Spiegel des Wegs von K.S. springen der Mangel an wesentlichen politischen Kriterien und der Mangel an wesentlichen menschlichen Kriterien ins Auge, die für ihn und das Gefüge, in dem er sich bewegte, offensichtlich kennzeichnend waren. Die Abforderung menschlicher und politischer Substanz als Ausgangspunkt für Prozesse, die beides weiterentwickeln, muß politische Strukturen und politische Arbeitsgruppen entscheidend bestimmen. Die Person ist dabei der Schnittpunkt, an dem Substanzen erkennbar werden müssen. Die persönliche Kontinuität jenseits der Mobilisierungsauf- und -abschwünge ist dabei ein wesentliches Element.

Es gibt in linken Projekten und deren Umgebung stets Leute, die die politische Arbeit nicht zu ihrem Haupt-Lebensinhalt gemacht haben und denen dennoch Vertrauen entgegengebracht wird. Das Vertrauen gründet sich auf ihre Offenheit, auf ihren Charakter, ihre menschliche Zuverlässigkeit, ihre Sorge umeinander, ihre Beteiligung an gemeinsamen Arbeiten, bei denen das gegenseitige Geben und Nehmen sich die Waage halten. Wo gegenseitig Kritik geübt wird und Auseinandersetzungen auch zu Veränderungen im Verhalten führen. Wenn politisch denkende und handelnde Menschen diese Voraussetzungen nicht haben, ist nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen angebracht.

Substanz der Person als Kriterium ist der wichtigste Spitzelschutz. Offene Strukturen sind offen und es widerspricht ihrem Charakter, neu Hinzustoßende stets aufgeregt skeptisch zu beobachten.

Ob Personen aus linken Zusammenhängen nicht irgendwann mit den Bullen objektiv oder in realer Verbindung zusammenarbeiten, ist nie mit Sicherheit auszuschließen. Der Wikungskreis von Personen, die nicht näher und tiefergehend bekannt sind, muß stets eingeschränkt bleiben. Unzuverlässige, oberflächliche, reizwortorientierte Leute erfüllen ebenfalls nicht die Voraussetzungen für einen erweiterten Wirkungskreis. In Vertrauensstrukturen gehören sie nicht aufgenommen, selbst wenn große Handlungsbereitschaft bekundet wird und der Bedarf an MitstreiterInnen groß ist.

Die Existenz persönlicher Freundschaften ist ein Kennzeichen für die Fähigkeit zu einer menschlichen Dichte, die eine eigene Struktur der persönlichen Konfrontation eröffnet.

Wem Freundschaften rasch und wechselnd scheitern, weist zumindest das Mißlingen einer zentralen Begegnungs- und Menschwerdungsform auf. Ohne einer pedantischen Bewertung aller individuellen Lebensbewegungen eines Menschen das Wort zu reden, halten wir doch dafür, daß der nüchterne Blick auf die tragenden Merkmale der Lebensform eines Menschen möglich ist, ohne sich im tratschnahen Dschungel wildwüchsig-schneller Sympathiezuwendungen und -entzügen zu verrennen.

In allen menschlichen Sozial- und Kooperationsformen bilden scih unausgesprochene Norm- und Wertigkeitsgefüge aus. 'Es ist ein notwendiger Anspruch, daß Beteiligte von Zeit zu Zeit diese Norm- und Wertigkeitsgefüge überprüfen. Auf etablierte Lebenslügen, auf Reizeinheiten, die nicht stimmen, auf Tendenzen, die mit einem benennbaren Wollen nicht vereinbar sind. Sozialrahmen, die Werte und Normen transportieren, die niemand so will, Sozialrahmen, die ihre innere Mitte verloren haben, in denen tragende Tendenzen ihren Ausgangspunkt haben und ihre Überprüfbarkeit finden könnten, müssen aufgelöst werden. Andre sind an ihrer Stelle aufzubauen.

Was sich in offenen Treffs, in Gruppen und Szenen scheinbar hinter dem Rücken der Beteiligten als Wert- und Normgefüge durchsetzt, muß in die Verantwortlichkeit zurückgeholt werden. Nicht nur Projekte und Politikformen, auch prägende Tendenzen, die scheinbar personell nicht zuzuordnen sind, verdienen Aufmerksamkeit.

Wir nennen einige Wert- und Normelemente, die in sich fragwürdig sind und gleichzeitig persönlich unehrlichen Leuten, also auch Spitzeln das Aufgreifen leicht machen.

Der Nase-Vorn-Mechanismus, der darauf hinausläuft, sich selbst immer in elektrifizierter Verbindung zu den wichtigsten, zentralsten und entscheidensten Auseinandersetzungsebenen wiederfinden zu wollen. Er geht mit konjunktureller Mobilisierung einher, in die für ggf. längere Zeiträume alles gelegt wird. Er steht zuweilen der Kontinuität entgegen, zieht Hektik und Spaltung nach sich, verstellt den Blick für das Beitragshafte der eigenen Schritte, indem er alles im Bann der gewählten Optik auf das "jetzt Wichtigste" beurteilt.

Abspiegelungen davon sind Redewendungen wie: Die/Der will mehr, will nach vorn, bei dem und dem Termin war eine/r oder keine/r von uns, was über Wert oder Unwert eines Ansatzes eine Aussage transportieren soll. In ihrem Gefolge sozialisieren sich über Zugehörigkeit zu dem bewertenden Rahmen Durchblicks- und Praxishierarchien, Pflege von Avantgarde-Attitüden usw.

Das Katz- und Maus-Verhältnis zu Bullen, die Pflege der Reizeinheit, die von Bullenthemen ausgeht. Verknüpft mit dem Bullen-Verfolgungs-Bonus. Die schädliche Nebenfunktion ist, sich mit der Bullenthematik mehr zu befassen als mit der Herausarbeitung der eigenen Politik.

Der Veteranen-, Zugehörigkeits-, Dunstkreis- und Jargon (= richtiges Vokabular)-Bonus.

Der Netzwerkbonus (reist viel rum, ist wichtig).

Die Hochschätzung oberflächlich positiver Merkmale ("is gut druff", "Praktiker" usw.)

Der Technikbonus (gespeist von der allgemeinen Technikbesoffenheit, der Überlegenheit des praktischen über den theoretischen Menschen und der Forcierung des Gegensatzes von Theorie und Praxis)

Der Kleinkriminellen-Bonus, der die Frage nach der Lebensorganisation und der sinnvollen Kombination verschiedener Lebenstechniken verdeckt und doch Risikobereitschaft und Abenteuer signalisiert.

Die Pflege von crime- und action-Spannung, die das Bestehen auf politische Herleitungen aufheben kann.

Der falsche Anti-Intellektualismus, der das Verramschen eines wichtigen Instruments der Orientierung in der Welt und der Fundierung von Politik nach sich ziehen kann.

Sind viele solcher Bewertungsmechanismen etabliert, haben sie auch die Wirkung, daß das Verhalten und die Politik von "alten Hasen" und tonangebenden Leuten zuwenig kontrolliert und hinterfragt werden.

Das erklärt auch z.T. das lange Festhalten an K.S. nach Bad Kleinen: K.S., der Wahlverwandte, reißt - als Verräter entlarvt - die Frage nach den eigenen Ähnlichkeiten mit ihm und nach der Zuarbeit für ihn auf. Bei allen Personen, Gruppen, die über K.S. berichten, ist das Aufatmen zu spüren, wenn sie K.S. bei menschlich-politischen Schwächen erwischt haben und sich von ihm trennten. Aber niemand erklärt, warum sie die Erfahrung mit ihm nicht dringend, nicht verantwortlich weitergaben, sondern alle alles - wie auch K.S. es am liebsten wollte - im Sande verlaufen ließen.

Von der Bezugsgruppe der Friedensbewegung in Kaiserslautern bis zu den verdeckten Strukturen, die KS die Fahrkarte nach Bad Kleinen aushändigten, baut sich eine Kette unzureichender Verantwortlichkeit gegenüber der politischen Sache und in der Anforderung an die beteiligten Menschen.

Für Wolfgang Grams endete das tödlich.

In der Eigen- und Fremdbewertung dürfen Ansätze wie Gruppenaktivitäten der Friedensbewegung nicht als Zusammenhänge begriffen werden, bei denen es "nicht so darauf ankommt". Den Generälen und den hinter ihnen stehenden Machtgruppen ins Rad zu greifen, ist - ernsthaft betrieben - überhaupt kein Kindergarten politischer Arbeit, da geht es nicht um "ein bißchen Frieden".

Die Sache muß jeweils in ihrer ganzen Tragweite ernstgenommen werden: Da haben weder Bullen noch Spitzel noch Faschisten noch unzuverlässige Menschen noch mögliche Zuträger etwas verloren.

Die Militärs und Freikorps nahmen in der Weimarer Zeit vielfach Rache an AntimilitaristInnen des 1. Weltkriegs. Wen die organisierte Rechte als Feind betrachtet und bekämpft, hat sie im November in "Der Einblick" dokumentiert.

Es gibt überhaupt keine Vorhaben der Fundamentalopposition, bei denen Ungenauigkeit in der Zielsetzung und Unverantwortlichkeit in der Art, wie sich Menschen zu Ziel und Aufgabe in Bezug setzen, tolerierbar sind.

An jedem Punkt, wo Leute sich zu linker Arbeit zusammenfinden, ist eine Verantwortlichkeit einzufordern, die über die Erfordernisse des jeweiligen Gruppenrahmens hinausgeht. Aus diesem Grund ist die Auseinandersetzung mit jedem Menschen und das Bemühen um seine substantiellen Kernpunkte auf allen Zusammenarbeitsebenen wichtig. Die Bequemlichkeit, Streit und Auseinandersetzung mit anderen und ihrem Verhalten auszuweichen, weil der jeweilige Rahmen keine letzte Konsequenz verlangt, verträgt sich nicht mit der beschriebenen Gesamtverantwortlichkeit, die eine oppositionelle Bewegung entwickeln muß. In der Linken bis in ihre Wohngemeinschaften sollte man/frau nicht lernen können, wie sie/er als unkenntlicher Mensch und ohne für andere faßbares Verhältnis zu politischen Zielen und Aufgaben sich durchschlängeln kann.

FALSCHE KINDERFREUNDE

Vernetzen sich die Täter und ihre Sympathisanten? Gibt es eine Kinderfreunde-Connection von den Krippen bis in die Hörsäle? EMMA Sept/Okt 93 deckt überraschende Querverbindungen auf zwischen Pädophilen-Vereinen und Kinderschutz-Organisationen. Und: Eine vielzitierte Dame ist mit von der Herren-Partie.

Der deutsche Sexualwissenschaftler Herbert Selg geht davon aus, daß man auch bei uns solche sexuellen Orientierungen fast ...on als 'normal' ansehen" muß. ...in der Tat: Sehen wir genau hin, ...cken wir nicht nur einzelne ...ne Kinderfreunde, sondern es ...hnet sich ein Netz von Organisa...nen und Institutionen ab, deren Mitglieder sich die Frage gefallen lassen müssen: Was ist ihr wahres Interesse an den Kindern?

Da ist zum Beispiel ZEGG. Das "Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung" hat seinen Sitz in Belzig bei Berlin. Auf einem 15 Hektar großen Gelände in der ehemaligen DDR praktizieren ZEGG-Angehörige die "freie Liebe". Mit ihrer Hilfe wollen die sexuell Befreiten "im Sinne eines erweiterten morphogenetischen Feldes planetarisch wirken". Gern gesehener ZEGG-Gast ist Professor Ernest Borneman. Der Autor von "Das Patriarchat", Gründer der österreichischen "Gesellschaft für Sexualforschung", Träger der Magnus-Hirschfeld-Medaille, Leiter eines Langzeitprojektes zur Erforschung der Kindersexualität und Ex-Sex-Onkel der "Neuen Revue" schwärmte jüngst öffentlich: "Wer nie erlebt hat, wie ein launisches Püppchen von zehn Jahren einen gestandenen Mann von 40 herumkommandiert, der weiß wenig über Sexualität."

Gründer des "Zentrums für experimentelle Gesellschaftsgestaltung" ist der Alt-68er und Vielschreiber Dieter Duhm, der – als seine Mitrevolutionäre heirateten und Karriere machten – in der "AA-Kommune" des österreichischen Aktionskünstlers Otto Mühl Unterschlupf fand. Duhm: "Ich liebte dieses Experiment." Auf dem Friedrichshof im Burgenland – mit Filiale auf der Insel Gomera – vergewaltigte und folterte Mühl 15 Jahre lang Mädchen und Frauen. Seit 1991 sitzt er deshalb im Gefängnis.

Im Herbst 1992 bringen die Duhm-Anhänger aus Belzig zur Verteidigung des Kölner Kinderladen-Erziehers, der zum "ZEGG-Interessentenkreis" gehört, ein Sonderheft heraus. Thema: "Sexualität und Kinder". Darin ist vom "Mißbrauch des Mißbrauchs" die Rede, und es wird "entlarvt", wer ihn betreibt. Laut ZEGG ist es ein Zusammenschluß "von organisiertem Feminismus, Presse und Kirche", eine "Anti-Sex-Allianz". Angestachelt werde sie vom "Haß durchgedrehter Radikalfeministinnen gegen alles, was männlich ist, Haare auf der Brust hat und einen Penis trägt". Fazit: "Es geht um organisierte Frauenrache am Mann." Der in den Medien vielbachtete und durchsetzungsfähige ISUV (Interessenverband Unterhalt und Familienrecht), dem überwiegend geschiedene Väter angehören, bekämpft das sogenannte "SAID-Syndrom": "Sexual Allegation in Divorce" (sexuelle Beschuldigungen bei Scheidungen). Im Dezember 1992 lädt der Verband nach Köln zu einer Pressekonferenz ein. Und siehe da, wer ist wieder mit von der Partie? Die Duhm-Sekte. Auf der Pressekonferenz verteilen die wackeren Väter einen "offenen Brief" von ZEGG zum Kölner Kinderladenprozeß. Und: Sie stellen eine Broschüre zum Thema "Mißbrauch des Mißbrauchs" vor.

Kinderfreund Borneman ist einer der pseudowissenschaftlichen Autoren. Dieses Mal räsonniert er: "Wenn man jede Form der Liebe, die sich nicht innerhalb der gleichen Generation bewegt, von vornherein verdammt, schädigt man das Kind." Auch Friedrich Nolte macht sich in der Broschüre für die geschiedenen Väter stark. Nolte ist ein Münchener Psychotherapeut, der im Herbst 1991 gegen Emma einen Prozeß verlor. Emma darf also weiterhin schreiben: "Der Sex-Therapeut Friedrich Nolte mißbraucht Frauen und nennt es Therapie."

Eine männerfeindliche Anti-Sex-Allianz von Feministinnen, Kirche und Presse? Es sieht eher so aus, als formiere sich hier klammheimlich eine Pro-Kindersex-Allianz aus gar zu liebevollen Kinderfreunden: angesehene Professoren, engagierte Väter, fortschrittliche Pädagogen und Alt-68er. Eine männerfreundliche Allianz bewährte sich in Berlin.

Im Frühsommer 1993 füllen die "Story-Dealer" die Schlagzeilen in Berlin: "Erzieher quälten 1.000 Ferienkinder." Das Sommerprojekt "letzte deutsche Grenzpatrouille" wird gekippt. Keine "Trophy durch das Niemandsland" per Jeep, im Schlauchboot und zu Fuß. Kein Abenteuerurlaub für Kreuzberger Gören. Die "Wochenpost" berichtet, daß es in "internen Briefen" aus dem Bezirksamt Kreuzberg über die "Story-Dealer" heißt: ihr Konzept berge "ideale Bedingungen für pädophil veranlagte Teamer".

Die "Story-Dealer" sind linke Soziologen und Pädagogen. Schon seit Jahren gestalten sie im Auftrag des Kreuzberger Bezirksamtes kinderfreundliche Ferienfreizeiten. Einer dieser Kinderfreunde ist der Berliner Soziologe Hans G. Seine Lebensgefährtin hatte ihn nach der Trennung beschuldigt, den gemeinsamen Sohn sexuell mißbraucht zu haben.

Das Berliner Stadtmagazin "Tip" verteidigte G. vehement: "Ein Berliner Soziologe geriet in Verdacht und in die Fänge der Inquisition." Als Inquisitorinnen wurden nicht nur die Mutter und ihre Freundinnen vorgeführt, sondern auch Kinderladen-Erzieherinnen, Mitarbeiterinnen von "Wildwasser" und des Bezirksamts Kreuzberg. "Tip" zufolge waren sie es, die alle zusammen dem kleinen Jungen den Satz entlockten: "Wenn ich am Penis von Papa rubbele, kommt Milch heraus, und die schmeckt bäh!" Einem verständnisvollen Amtsrichter, der über das Sorgerecht zu entscheiden hatte, reichten die Beweise nicht.

Die "Story-Dealer" erhalten im Frühsommer 1993 Schützenhilfe von einem ehrenwerten Kollegen. Der Pädagogik-Professor und Rektor der Berliner Fachhochschule (FH) für Sozialwesen, Reinhart Wolff, erklärt öffentlich: "Dem Versuch der Vernichtung einer engagierten Pädagogengruppe muß entschieden Widerstand entgegengesetzt werden." Der heutige Familienvater Wolff wollte früher als 68er-Revolutionär die Familie abschaffen. Aber das ist lange her. In den 70er Jahren avancierte der Pädagoge zum führenden Kopf der Kinderladen-Bewegung, die einst von Frauen initiiert worden war. Anfang der 80er gründete Wolff das Berliner "Kinderschutzzentrum". Ende der 80er konzipierte der Alt-68er für den "Deutschen Kinderschutzbund" die neue Strategie "Hilfe statt Strafe". Dahinter steckt der sogenannte "familienorientierte Ansatz", will heißen: Das Opfer wird nicht vorm Täter geschützt und von ihm getrennt, sondern gemeinsam mit ihm "therapiert". Im Klartext: Ein mißbrauchender Vater bleibt weiterhin unter einem Dach mit der mißbrauchten Tochter, und gemeinsam führen beide verständnisvolle Gespräche mit den Therapeuten.

Ende 1990 lancierte Kinderschützer Wolff zusammen mit seiner Frau Angela in der Fachzeitschrift "Sozial Extra" das seither viel zitierte und viel strapazierte Schlagwort vom "Mißbrauch des Mißbrauchs". Pädagoge Wolff: "Der ganze Eifer richtet sich darauf, Normen einer desexualisierten Kindheit wieder aufzurichten." Erneut werde "Sexualität als im Wesentlichen 'schlecht', 'gefährlich' und 'pathologisch' charakterisiert..."

Auf den Kinderschutztagen in der Beethovenhalle dankt im Juni 1991 ein bewährter Kinderschützer ab. Es ist Professor Walter Bärsch, die "moralische Instanz des Kinderschutzbundes", dessen Präsident er zehn Jahre lang war und dessen Ehrenpräsident er nun ist.

In Bonn präsentiert die Frankfurter Werbeagentur Lintas den versammelten Kinderschützern eine Plakat-Kampagne zum sexuellen Mißbrauch. Die kleinen Lolitas auf den Fotos sind mit Texten wie diesen garniert: "Vati war ihr erster Mann." – "Immer, wenn sich die Gelegenheit ergibt, kann Onkel Paul nicht anders." – "Sabine ist Papis ein und alles. Sie wird von ihm geliebt. Aber mehr als sie verkraften kann."

Eine wahrhaft ehrenwerte Gesellschaft, die da angetreten ist, den sogenannten "Mißbrauch des Mißbrauchs" anzuprangern: Kinderfreunde, die im Namen von Fortschritt und Freiheit Kinder zu Freiwild erklären. All diese Herren – Professoren, Doktoren und Rektoren – verbindet nicht nur ihre Liebe zu Kindern, sie eint auch die Schwäche für eine Dame.

Die Dame heißt Katharina Rutschky und ist Lehrerin von Beruf. Sie bezeichnet sich aber gern als "Freudianerin" – wohl um zu suggerieren, sie sei Psychoanalytikerin. Doch Rutschky hat so wenig Ahnung von Psychoanalyse, daß sie allen Ernstes noch vom "Sexualtrieb" spricht. Von der alten Dampfkesseltheorie der explodierenden Triebe also, die von der modernen Wissenschaft längst ad acta gelegt worden ist.

Katharina Rutschky, die Lehrerin für SchülerInnen auf dem Zweiten Bildungsweg war, bevor sie "freie Autorin" wurde, ist heute die in den Männermedien meistzitierte "Expertin", wenn es um Männersexualität und Frauenkritik daran geht.

Als Fachfrau für Sexualität und Sexualgewalt trat die freie Autorin, die schon lange in linken und linksliberalen Blättern publiziert, erstmals 1988 in Erscheinung. Anlaß: Die Anti-Porno-Kampagne von Emma. Rutschky gehörte zu den zwei bis drei Frauen, die sich von den Männermedien systematisch pro Pornographie einspannen ließen. "Feministischer Volkszorn, der sich dieser Art kundtut", tönte Rutschky damals auf einem Hearing der Grünen zur PorNO-Kampagne, "ist genauso abzulehnen wie jede andere organisierte Dummheit." Die Pornofreundin tingelte von Podium zu Podium und von Talkshow zu Talkshow. Als es stiller wurde um die Kampagne, wurde es auch stiller um Katharina Rutschky.

Bald jedoch tat sich für die Rutschkys dieser Nation ein neues Betätigungsfeld auf: der sexuelle Mißbrauch von Kindern. Seit 15 Jahren klären Feministinnen darüber auf und kämpfen dagegen an. Zehn Jahre hat es gedauert, bis die Öffentlichkeit das "Phänomen Inzest" zur Kenntnis nahm. Notgedrungen wird immer mehr darüber berichtet. Schließlich werden die Medien auch von Frauen gelesen und gesehen – und die wissen als Ex-Opfer Bescheid. Doch auch im Bereich Sexualität ist der Rückschlag schneller als die Aufklärung. Kaum hat das öffentliche Bewußtsein den Skandal zur Kenntnis genommen, da rollt auch schon der "Backlash": Das Schlagwort vom "Mißbrauch des Mißbrauchs" macht die Runde. Seine lauteste Propagandistin ist Katharina Rutschky. Im Frühjahr 1992 veröffentlicht sie in dem linken (und personell früher "Konkret" verbundenen) Hamburger Klein-Verlag ihre kleine Schrift "Erregte Aufklärung". Es geht Rutschky darin nicht etwa um die Aufklärung über das Verbrechen sexueller Mißbrauch. Es geht ihr um die Erregung darüber – um Feministinnen, die von "Wahnbildung" und "dogmatischer Männerfeindlichkeit" befallen sind. Laut Rutschky haben Organisationen wie "Wildwasser" und "Zartbitter", die mißbrauchten Kindern Zuflucht bieten, nur das Ziel, sich selber zu bereichern: "Es muß also ein neuer Bedarf produziert werden, auf den mit Geldern, Planstellen, Beratungseinrichtungen und Fortbildungsmaßnahmen reagiert werden kann."

Bei "Wildwasser" und "Zartbitter", die sich für die Opfer einsetzen, arbeiten die meisten Frauen ehrenamtlich. Katharina Rutschky, die die Täter verteidigt, arbeitet für Geld. Sie verdient am sexuellen Mißbrauch. Sie tingelt wieder, denn ihr Buch kommt gut an.

"Ein kluger Beitrag", applaudiert die konservative "FAZ". "Faszinierend und wichtig", schwärmt der alternative Psychoanalytiker Paul Parin in der "Basler Zeitung". "Erfrischend respektlos", freut sich das pädagogische Fachblatt "Jugendhilfe". "Brillant und mit bewundernswerter Klarheit", urteilt ZEGG-Gast Ernest Borneman in "päd.extra". "Für Kinderschützer eine empfehlenswerte Lektüre", lobt Heinrich Kupfer vom Kinderschutzbund. "Katharina Rutschky ... haut alle Epigonen von Mißbrauchsmythen und Dunkelziffer-Hysterie in die Pfanne", begeistert sich die "Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität" (AHS).

Bei dem Kinderschützer und Alt-68er Wolff geht die Schwäche für die Dame sogar so weit, daß er sie zu ihrem Büchlein inspirierte. Im Nachwort dankt Rutschky: "Die Anregung bekam ich von Reinhart Wolff." So schließt sich der Kreis. Nur: Wer ist darin gefangen?

LIEBER WILL ICH TOT SEIN ...

da[illegible]e und handelte Emmanuel Thomas Tout, als er am 17. Dezember [illegible] seinem Leben ein Ende setzte. Er tat es aus Angst vor der Abschiebung in den Sudan, wo ihn Schlimmeres als der Freitod erwartete.

Emmanuel Tout war 23 Jahre alt, als er zum Strick griff. Er floh aus einem Land, in dem Bürgerkrieg herrscht. Wo der Norden gegen den Süden kämpft. Moslems gegen Christen. Arme gegen Reiche. Oppositionelle gegen das herrschende Militärregime.

Er gehörte zu den Wenigen, die es schaffen, außer Landes und nach Europa zu kommen. Hier in Deutschland suchte er Schutz. Er stellte einen Asylantrag und wurde zum Verhör bei der Ausländerbehörde geladen. Er berichtete dem zuständigen Beamten von der Situation im Sudan. Er erzählte von dem korrupten Militärregime in Khartoum, von Bürgerkrieg und staatlichem Terror, von willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Mord. Er erklärte seine eigene Geschichte, weshalb er zuhause seines Lebens nicht mehr sicher war und warum ihm nichts anderes übrig blieb, als seine Heimat zu verlassen.

Für den jungen Sudanesen ging es um Leben oder Tod. Der Deutsche ihm gegenüber tat lediglich seinen Job. Für ihn war Emmanuel Tout nur eine Nummer, einer von Dutzenden Fällen, die Tag für Tag über seinen Schreibtisch gehen. So lautete denn auch die Antwort der Ausländerbehörde, wie sie in mehr als 95% aller Asylbegehren heißt: Antrag abgelehnt! Emmanuel Tout wurde in Abschiebehaft genommen, [illegible] Tage später erhängte er sich in seiner Zelle im Hafthaus Herne.

Das Schicksal des Afrikaners machte Schlagzeilen, ist aber kein Einzelfall. Allein in Nordrhein-Westfalen sitzen derzeit rund 1000 Flüchtlinge in Abschiebehaft. Manche einige Tage oder Wochen, andere ein Jahr und länger. Sie alle haben sich nichts zu Schulden kommen lassen, sind weder Straftäter noch "Asylbetrüger", wie oft behauptet wird, sondern einfach abgelehnte AsylbewerberInnen. Ihr einziges "Vergehen" besteht darin, daß sie in die BRD gekommen sind und hier vergeblich um Schutz vor Krieg, politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Not nachgesucht haben.

Die gesetzliche Möglichkeit, Flüchtlinge in Abschiebehaft zu nehmen, ist nicht neu. Allerdings fand der entsprechende Paragraph im Ausländergesetz noch bis vor zwei Jahren eher selten Anwendung. Erst seit dem sogenannten "Asylkompromiß" von CDU/CSU, FDP und SPD, d.h. seit der endgültigen Abschaffung des Rechts auf Asyl, mit der Einführung von Asylschnellverfahren und der Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern, ist auch die massenhafte Inhaftierung abgelehnter AsylbewerberInnen an der Tagesordnung.

Vollzogen wird die Abschiebehaft in Sondergefängnissen für Flüchtlinge, die seit Herbst 1992 bestehen. Vorreiter hierfür war die sozialdemokratische Landesregierung in Düsseldorf, die im Oktober vorletzten Jahres mit dem "Hafthaus Herne" einen der ersten Abschiebeknäste eröffnete. Und sie wird diese Position behaupten, wenn Justizminister Krumsiek in den kommenden Tagen die Eröffnung des mit 600 Plätzen größten Abschiebeknastes der Republik in Büren bei Paderborn feiert.

In Büren, dem von "Schwarzen Sheriffs" der Essener Privatfirma "Security Service Kötter" bewachten Super-Abschiebeknast, wird mit Sicherheit auch ein großer Teil der Flüchtlinge landen, die zur Zeit noch in Herne sitzen. Nicht nur, weil einige Zellen des "Hafthauses" durch die Zellenbrände vom 14. und 15. Januar zerstörte wurden sondern vor allem deshalb, weil der Knast am Bergelmannshof seit Bestehen für unliebsame Schlagzeilen sorgte, mittlerweile endgültig ins Schußfeuer der öffentlichen Kritik geraten ist, und es den Verantwortlichen geraten erscheint, die Situation endgültig zu befrieden. Welche Mittel dabei angewendet werden, zeigt die folgende - unvollständige -Chronologie der Ereignisse.

[illegible] Die SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Maaß und Dieter Wiefelspütz sowie die Herner Landtagsabgeordnete Gabriele Gorcitza, ebenfalls Mitglied der SPD, besuchen das "Hafthaus Herne" und erklären den Abschiebeknast zu einer "angemessenen Anstalt" mit "sauberem Charakter" (WAZ Herne vom 18.12.94.) Auf die desolate Situation im Gefängnis, die enorme Überbelegung, die inhumanen Haftbedingungen, die in der Vergangenheit bekannt gewordenen Gewalttätigkeiten von Schließern, die vielen Hungerstreiks und sonstigen Protestaktionen der Abschiebehäftlinge gehen die PolitikerInnen mit keinem Wort ein.

Wenige Stunden später versucht sich sich Emmanuel Thomas Tout in seiner Zelle zu erhängen. Er wird abgeschnitten, scheint noch zu leben, wird ins Herner Marienhospital gebracht, an Maschinen angeschlossen. Seine Mitgefangenen werden nicht informiert, erfahren erst durch Außenstehende, was passiert ist.

24./25.12.94 Zwei weitere Gefangene versuchen sich umzubringen, werden jedoch frühzeitig entdeckt. Die Knastleitung versucht wiederum, zu vertuschen und erklärt - nachdem die Fälle dennoch bekannt werden -es habe sich lediglich um vorgetäuschte Selbstmordversuche gehandelt

Emmanuel Tout stirbt am ersten Weihnachtstag im Alter von 23 Jahren

[illegible] 1. 94 Die Chefredaktion der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen lehnt es ab, eine Todesanzeige abzudrucken, mit der Klaus Peter Rober, Superintendent der Evangelischen Kirche in Herne, Emmanuel Tout gedenken will. Zur Begründung heißt es, die Anzeige sei politischen Inhalts

[illegible] 1. 94 Emmanuel Tout wird auf dem Herner Hauptfriedhof begraben. Einige BürgerInnen der Stadt beteiligen sich an dem Trauerzug. Die Medien beginnen sich zu interessieren

14. 1. 94 Vier algerische Männer fügen sich an Brust, Bauch und Handgelenken Schnittverletzungen zu und stecken anschließend ihre Zelle in Brand.
Die übrigen Gefangenen randalieren und drohen, sich ebenfalls umzubringen.
Die Situation eskaliert, Feuerwehr und Bereitschaftspolizei werden alarmiert, der Brand gelöscht und der Gefangenenaufstand niedergeknüppelt. Die Schreie der Häftlinge dringen bis auf nach draußen. "Südländisches Temperament", kommentiert die Knastleitung. "Schreie der Angst", erklären Feuerwehrmänner.(WAZ vom 17. 1. 94)

Vor dem mit großem Aufgebot abgeriegelten Knast haben sich einige KritikerInnen, Presse und die ehrenamtlichen Sozialbetreuer der "Haftanstalt" versammelt. Drinnen verweigern zwei der vier algerischen Gefangenen jede ärztliche Behandlung. Die beiden Anderen werden in Herner Krankenhäuser eingeliefert.

Ein Herner Pfarrer wird alarmiert, um zwischen Knastleitung und Gefangenen zu vermitteln.. Er handelt einen Kompromiß aus, der besagt: Die beiden jungen Algerier lassen sich freiwillig ins Knastkrankenhaus Fröndenhaus überstellen. Dafür wird ihnen von der Justizverwaltung zugesagt, daß sie zusammen bleiben dürfen.

15. 1. 94 Drei aus der Türkei und drei aus dem ehemaligen Jugoslawien stammende Gefangene stecken ihre gemeinsame Zelle in Brand. Diesmal reicht das Knastpersonal aus, um die Kontrolle zu bewahren. Allerdings werden ein Gefangener und ein JVA-Bediensteter verletzt.

Die "Story-Dealer" erhalten im Frühsommer 1993 Schützenhilfe von einem ehrenwerten Kollegen. Der Pädagogik-Professor und Rektor der Berliner Fachhochschule (FH) für Sozialwesen, Reinhart Wolff, erklärt öffentlich: "Dem Versuch der Vernichtung einer engagierten Pädagogengruppe muß entschieden Widerstand entgegengesetzt werden." Der heutige Familienvater Wolff wollte früher als 68er-Revolutionär die Familie abschaffen. Aber das ist lange her. In den 70er Jahren avancierte der Pädagoge zum führenden Kopf der Kinderladen-Bewegung, die einst von Frauen initiiert worden war. Anfang der 80er gründete Wolff das Berliner "Kinderschutzzentrum". Ende der 80er konzipierte der Alt-68er für den "Deutschen Kinderschutzbund" die neue Strategie "Hilfe statt Strafe". Dahinter steckt der sogenannte "familienorientierte Ansatz", will heißen: Das Opfer wird nicht vorm Täter geschützt und von ihm getrennt, sondern gemeinsam mit ihm "therapiert". Im Klartext: Ein mißbrauchender Vater bleibt weiterhin unter einem Dach mit der mißbrauchten Tochter, und gemeinsam führen beide verständnisvolle Gespräche mit den Therapeuten.
Ende 1990 lancierte Kinderschützer Wolff zusammen mit seiner Frau Angela in der Fachzeitschrift "Sozial Extra" das seither viel zitierte und viel strapazierte Schlagwort vom "Mißbrauch des Mißbrauchs". Pädagoge Wolff: "Der ganze Eifer richtet sich darauf, Normen einer desexualisierten Kindheit wieder aufzurichten." Erneut werde "Sexualität als im Wesentlichen 'schlecht', 'gefährlich' und 'pathologisch' charakterisiert..."
Auf den Kinderschutztagen in der Beethovenhalle dankt im Juni 1991 ein bewährter Kinderschützer ab. Es ist Professor Walter Bärsch, die "moralische Instanz des Kinderschutzbundes", dessen Präsident er zehn Jahre lang war und dessen Ehrenpräsident er nun ist.
In Bonn präsentiert die Frankfurter Werbeagentur Lintas den versammelten Kinderschützern eine Plakat-Kampagne zum sexuellen Mißbrauch. Die kleinen Lolitas auf den Fotos sind mit Texten wie diesen garniert: "Vati war ihr erster Mann." – "Immer, wenn sich die Gelegenheit ergibt, kann Onkel Paul nicht anders." – "Sabine ist Papis ein und alles. Sie wird von ihm geliebt. Aber mehr als sie verkraften kann."

Eine wahrhaft ehrenwerte Gesellschaft, die da angetreten ist, den sogenannten "Mißbrauch des Mißbrauchs" anzuprangern: Kinderfreunde, die im Namen von Fortschritt und Freiheit Kinder zu Freiwild erklären. All diese Herren – Professoren, Doktoren und Rektoren – verbindet nicht nur ihre Liebe zu Kindern, sie eint auch die Schwäche für eine Dame.
Die Dame heißt Katharina Rutschky und ist Lehrerin von Beruf. Sie bezeichnet sich aber gern als "Freudianerin" – wohl um zu suggerieren, sie sei Psychoanalytikerin. Doch Rutschky hat so wenig Ahnung von Psychoanalyse, daß sie allen Ernstes noch vom "Sexualtrieb" spricht. Von der alten Dampfkesseltheorie der explodierenden Triebe also, die von der modernen Wissenschaft längst ad acta gelegt worden ist.

Katharina Rutschky, die Lehrerin für SchülerInnen auf dem Zweiten Bildungsweg war, bevor sie "freie Autorin" wurde, ist heute die in den Männermedien meistzitierte "Expertin", wenn es um Männersexualität und Frauenkritik daran geht.

Als Fachfrau für Sexualität und Sexualgewalt trat die freie Autorin, die schon lange in linken und linksliberalen Blättern publiziert, erstmals 1988 in Erscheinung. Anlaß: Die Anti-Porno-Kampagne von Emma. Rutschky gehörte zu den zwei bis drei Frauen, die sich von den Männermedien systematisch pro Pornographie einspannen ließen. "Feministischer Volkszorn, der sich dieser Art kundtut", tönte Rutschky damals auf einem Hearing der Grünen zur PorNO-Kampagne, "ist genauso abzulehnen wie jede andere organisierte Dummheit." Die Pornofreundin tingelte von Podium zu Podium und von Talkshow zu Talkshow. Als es stiller wurde um die Kampagne, wurde es auch stiller um Katharina Rutschky.
Bald jedoch tat sich für die Rutschkys dieser Nation ein neues Betätigungsfeld auf: der sexuelle Mißbrauch von Kindern. Seit 15 Jahren klären Feministinnen darüber auf und kämpfen dagegen an. Zehn Jahre hat es gedauert, bis die Öffentlichkeit das "Phänomen Inzest" zur Kenntnis nahm. Notgedrungen wird immer mehr darüber berichtet. Schließlich werden die Medien auch von Frauen gelesen und gesehen – und die wissen als Ex-Opfer Bescheid. Doch auch im Bereich Sexualität ist der Rückschlag schneller als die Aufklärung. Kaum hat das öffentliche Bewußtsein den Skandal zur Kenntnis genommen, da rollt auch schon der "Backlash": Das Schlagwort vom "Mißbrauch des Mißbrauchs" macht die Runde. Seine lauteste Propagandistin ist Katharina Rutschky. Im Frühjahr 1992 veröffentlicht sie in dem linken (und personell früher "Konkret" verbundenen) Hamburger Klein-Verlag ihre kleine Schrift "Erregte Aufklärung".
Es geht Rutschky darin nicht etwa um die Aufklärung über das Verbrechen sexueller Mißbrauch. Es geht ihr um die Erregung darüber – um Feministinnen, die von "Wahnbildung" und "dogmatischer Männerfeindlichkeit" befallen sind. Laut Rutschky haben Organisationen wie "Wildwasser" und "Zartbitter", die mißbrauchten Kindern Zuflucht bieten, nur das Ziel, sich selber zu bereichern: "Es muß also ein neuer Bedarf produziert werden, auf den mit Geldern, Planstellen, Beratungseinrichtungen und Fortbildungsmaßnahmen reagiert werden kann."

Bei "Wildwasser" und "Zartbitter", die sich für die Opfer einsetzen, arbeiten die meisten Frauen ehrenamtlich. Katharina Rutschky, die die Täter verteidigt, arbeitet für Geld. Sie verdient am sexuellen Mißbrauch. Sie tingelt wieder, denn ihr Buch kommt gut an.

"Ein kluger Beitrag", applaudiert die konservative "FAZ". "Faszinierend und wichtig", schwärmt der alternative Psychoanalytiker Paul Parin in der "Basler Zeitung". "Erfrischend respektlos", freut sich das pädagogische Fachblatt "Jugendhilfe". "Brillant und mit bewundernswerter Klarheit", urteilt ZEGG-Gast Ernest Borneman in "päd.extra". "Für Kinderschützer eine empfehlenswerte Lektüre", lobt Heinrich Kupfer vom Kinderschutzbund. "Katharina Rutschky ... haut alle Epigonen von Mißbrauchsmythen und Dunkelziffer-Hysterie in die Pfanne", begeistert sich die "Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität" (AHS).

Bei dem Kinderschützer und Alt-68er Wolff geht die Schwäche für die Dame sogar so weit, daß er sie zu ihrem Büchlein inspirierte. Im Nachwort dankt Rutschky: "Die Anregung bekam ich von Reinhart Wolff." So schließt sich der Kreis. Nur: Wer ist darin gefangen?

LIEBER WILL ICH TOT SEIN

[illegible] und handelte Emmanuel Thomas Tout, als er am 17. Dezember 1994 seinem Leben ein Ende setzte. Er tat es aus Angst vor der Abschiebung in den Sudan, wo ihn Schlimmeres als der Freitod erwartete.

Emmanuel Tout war 23 Jahre alt, als er zum Strick griff. Er floh aus einem Land, in dem Bürgerkrieg herrscht. Wo der Norden gegen den Süden kämpft. Moslems gegen Christen. Arme gegen Reiche. Oppositionelle gegen das herrschende Militärregime.

Er gehörte zu den Wenigen, die es schaffen, außer Landes und nach Europa zu kommen. Hier in Deutschland suchte er Schutz. Er stellte einen Asylantrag und wurde zum Verhör bei der Ausländerbehörde geladen. Er berichtete dem zuständigen Beamten von der Situation im Sudan. Er erzählte von dem korrupten Militärregime in Khartoum, von Bürgerkrieg und staatlichem Terror, von willkürlichen Verhaftungen, Folterungen und Mord. Er erklärte seine eigene Geschichte, weshalb er zuhause seines Lebens nicht mehr sicher war und warum ihm nichts anderes übrig blieb, als seine Heimat zu verlassen.

Für den jungen Sudanesen ging es um Leben oder Tod. Der Deutsche ihm gegenüber tat lediglich seinen Job. Für ihn war Emmanuel Tout nur eine Nummer, einer von Dutzenden Fällen, die Tag für Tag über seinen Schreibtisch gehen. So lautete denn auch die Antwort der Ausländerbehörde, wie sie in mehr als 95% aller Asylbegehren heißt: Antrag abgelehnt! Emmanuel Tout wurde in Abschiebehaft genommen. Zwei Tage später erhängte er sich in seiner Zelle im "Hafthaus Herne".

Das Schicksal des Afrikaners machte Schlagzeilen, ist aber kein Einzelfall. Allein in Nordrhein-Westfalen sitzen derzeit rund 1000 Flüchtlinge in Abschiebehaft. Manche einige Tage oder Wochen, andere ein halbes Jahr und länger. Sie alle haben sich nichts zu Schulden kommen lassen, sind weder Straftäter noch "Asylbetrüger", wie oft behauptet wird, sondern einfach abgelehnte AsylbewerberInnen. Ihr einziges "Vergehen" besteht darin, daß sie in die BRD gekommen sind und hier vergeblich um Schutz vor Krieg, politischer Verfolgung oder wirtschaftlicher Not nachgesucht haben.

Die gesetzliche Möglichkeit, Flüchtlinge in Abschiebehaft zu nehmen, ist nicht neu. Allerdings fand der entsprechende Paragraph im Ausländergesetz noch bis vor zwei Jahren eher selten Anwendung. Erst seit dem sogenannten "Asylkompromiß" von CDU/CSU, FDP und SPD, d.h. seit der endgültigen Abschaffung des Rechts auf Asyl, mit der Einführung von Asylschnellverfahren und der Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern, ist auch die massenhafte Inhaftierung abgelehnter AsylbewerberInnen an der Tagesordnung.

Vollzogen wird die Abschiebehaft in Sondergefängnissen für Flüchtlinge, die seit Herbst 1992 bestehen. Vorreiter hierfür war die sozialdemokratische Landesregierung in Düsseldorf, die im Oktober vorletzten Jahres mit dem "Hafthaus Herne" einen der ersten Abschiebeknäste eröffnete. Und sie wird diese Position behaupten, wenn Justizminister Krumsiek in den kommenden Tagen die Eröffnung des mit 600 Plätzen größten Abschiebeknastes der Republik in Büren bei Paderborn feiert.

In Büren, dem von "Schwarzen Sheriffs" der Essener Privatfirma "Security Service Kötter" bewachten Super-Abschiebeknast, wird mit Sicherheit auch ein großer Teil der Flüchtlinge landen, die zur Zeit noch in Herne sitzen. Nicht nur, weil einige Zellen des "Hafthauses" durch die Zellenbrände vom 14. und 15. Januar zerstörte wurden sondern vor allem deshalb, weil der Knast am Bergelmannshof seit Bestehen für unliebsame Schlagzeilen sorgte, mittlerweile endgültig ins Schußfeuer der öffentlichen Kritik geraten ist, und es den Verantwortlichen geraten erscheint, die Situation endgültig zu befrieden. Welche Mittel dabei angewendet werden, zeigt die folgende - unvollständige -Chronologie der Ereignisse.

17. 12. 94 Die SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Maaß und Dieter Wiefelspütz sowie die Herner Landtagsabgeordnete Gabriele Gorcitza, ebenfalls Mitglied der SPD, besuchen das "Hafthaus Herne" und erklären den Anschiebeknast zu einer "angemessenen Anstalt" mit "sauberem Charakter" (WAZ Herne vom 18.12.94.) Auf die desolate Situation im Gefängnis, die enorme Überbelegung, die inhumanen Haftbedingungen, die in der Vergangenheit bekannt gewordenen Gewalttätigkeiten von Schließern, die vielen Hungerstreiks und sonstigen Protestaktionen der Abschiebehäftlinge gehen die PolitikerInnen mit keinem Wort ein.

Wenige Stunden später versucht sich sich Emmanuel Thomas Tout in seiner Zelle zu erhängen. Er wird abgeschnitten, scheint noch zu leben, wird ins Herner Marienhospital gebracht, an Maschinen angeschlossen. Seine Mitgefangenen werden nicht informiert, erfahren erst durch Außenstehende, was passiert ist.

24./25. 12. 94 Zwei weitere Gefangene versuchen sich umzubringen, werden jedoch frühzeitig entdeckt. Die Knastleitung versucht wiederum, zu vertuschen und erklärt - nachdem die Fälle dennoch bekannt werden - es habe sich lediglich um vorgetäuschte Selbstmordversuche gehandelt.

Emmanuel Tout stirbt am ersten Weihnachtstag im Alter von 23 Jahren.

27. 12. 94 Die Chefredaktion der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) in Essen lehnt es ab, eine Todesanzeige abzudrucken, mit der Klaus Peter Reber, Superintendent der Evangelischen Kirche in Herne, Emmanuel Tout gedenken will. Zur Begründung heißt es, die Anzeige sei politischen Inhalts.

30. 12. 94 Emmanuel Tout wird auf dem Herner Hauptfriedhof begraben. Einige BürgerInnen der Stadt beteiligen sich an dem Trauerzug. Die Medien beginnen sich zu interessieren.

14. 1. 94 Vier algerische Männer fügen sich an Brust, Bauch und Handgelenken Schnittverletzungen zu und stecken anschließend ihre Zelle in Brand. Die übrigen Gefangenen randalieren und drohen, sich ebenfalls umzubringen. Die Situation eskaliert, Feuerwehr und Bereitschaftspolizei werden alarmiert, der Brand gelöscht und der Gefangenenaufstand niedergeknüppelt. Die Schreie der Häftlinge dringen bis auf nach draußen. "Südländisches Temperament", kommentiert die Knastleitung. "Schreie der Angst", erklären Feuerwehrmänner.(WAZ vom 17. 1. 94)

Vor dem mit großem Aufgebot abgeriegelten Knast haben sich einige KritikerInnen, Presse und die ehrenamtlichen Sozialbetreuer der "Haftanstalt" versammelt. Drinnen verweigern zwei der vier algerischen Gefangenen jede ärztliche Behandlung. Die beiden Anderen werden in Herner Krankenhäuser eingeliefert.

Ein Herner Pfarrer wird alarmiert, um zwischen Knastleitung und Gefangenen zu vermitteln.. Er handelt einen Kompromiß aus, der besagt: Die beiden jungen Algerier lassen sich freiwillig ins Knastkrankenhaus Fröndenhaus überstellen. Dafür wird ihnen von der Justizverwaltung zugesagt, daß sie zusammen bleiben dürfen.

15. 1. 94 Drei aus der Türkei und drei aus dem ehemaligen Jugoslawien stammende Gefangene stecken ihre gemeinsame Zelle in Brand. Diesmal reicht das Knastpersonal aus, um die Kontrolle zu bewahren. Allerdings werden ein Gefangener und ein JVA-Bediensteter verletzt.

Die Knastleitung ist entnervt und verhängt eine strenge Informationssperre. Bis heute werden keinerlei Auskünfte gegeben. Weder an JournalistInnen noch an Familienangehörige oder FreundInnen der betroffenen Gefangenen. Auch die Sozialbetreuer erfahren nichts mehr.

16. 1. 94 Einer der Sozialbetreuer reist zum Haftkrankenhaus nach Fröndenberg, um die beiden algerischen Männer zu besuchen, die dort - nach Zusage der Justizverwaltung - gemeinsam untergebracht sein müßten. Er erhält keinen Zutritt, darf die Flüchtlinge nicht sprechen, erfährt allerdings, daß sie dort entgegen allen Versprechungen voneinander isoliert wurden. Außerdem erhält er Information, daß mittlerweile auch einer der beiden anderen Algerier, die ursprünglich in Herner Krankenhäuser eingeliefert wurden, auf die Intensivstation nach Fröndenberg gebracht wurde.



18. 1.94 Nach zweitägigen Bemühungen und nur mit anwaltlicher Unterstützung gelingt es, den Verbleib des vierten Algeriers in Erfahrung zu bringen, der an dem ersten Zellenbrand beteiligt war. Er wurde, so die offizielle Auskunft, in die JVA Bochum verlegt.

19. 1. 94 Weitere hartnäckige Anstrengungen führen schließlich dazu, daß der Bochumer Knast eine Besuchserlaubnis erteilt. Und was in dem bislang einzigen Gespräch mit einem der widerständischen algerischen Flüchtlinge herauskommt, ist einfach unfassbar:

Der Mann erzählt: "Nachdem sie mich im Herner Krankenhaus behandelt.hatten, ohne auch nur einen Moment die Handschellen auf meinem Rücken zu lösen, kam ich zunächst wieder in den Herner Knast. Am nächsten Morgen brachten sie mich dann nach Bochum. Dort wurde ich nackt in eine kalte Zelle im Keller gesteckt, wo ich drei Tage bleiben mußte. Als sie mich rausholten, wurde ich geschlagen und sie sagten, wenn ich noch einmal Probleme machen würde, käme ich wieder in dieses Loch."
Die Spuren der Mißhandlung sind dem Mann deutlich anzusehen.

20. 1. 94 Der Pressesprecher des Landesjustizministeriums gibt in Bezug auf die nicht eingehaltenen Zusagen zur Zusammenlegung in Fröndenberg bekannt: "Ein solches Versprechen ist bedeutungslos. Die Sicherheitsaspekte sind wichtiger". (WAZ Herne vom 20. 1. 94)

Über den Aufenthalt und körperlichen Zustand der sechs Männer, die den zweiten Zellenbrand legten, ist bis heute nichts Genaues bekannt. Allerdings muß davon ausgegangen werden, daß sie auf verschiedene Knäste in NRW verteilt wurden. Wie dort mit ihnen umgegangen wird, können wir nur erahnen.

Die Flüchtlinge werden sich weiter wehren: Gegen Abschiebehaft, gegen Mißhandlungen durch Knastpersonal und Polizei, gegen die Willkür der Ausländerbehörden, gegen ihre Deportation. Und wie bisher, werden Ämter und parlamentarische SchönrednerInnen alles tun, um diesen Widerstand zu vertuschen und zu unterdrücken.

Daher müssen - spätestens jetzt! - die Ereignisse in Herne Anlaß sein, uns mit den inhaftierten Flüchtlingen zu solidarisieren, ihren Widerstand zu unterstützen und gegen Sammellager, Abschiebeknäste und Abschiebungen aktiv zu werden.

Wir trauern um Emmanuel Thomas Tout und alle Flüchtlinge, die sterben mußten, weil in diesem Land angeblich kein Platz für sie war.

"Akte auf Akte,
Paragraph auf Paragraph,
die Verantwortung auf viele verteilt
- zum Schluß ist es keiner gewesen.

(Kurt Tuchoslky)

Flüchtlingsgruppen aus dem Ruhrgebiet

Pressemitteilung

Am 14.8.93, im Vorfeld des sogenannten "Rudolf-Hess-Gedenkmarsches", der mit 500 TeilnehmerInnen in Fulda stattfand, wurde in Allendorf-Rennertehausen bei Frankenberg der Neonazi Thomas Kubiak zusammengeschlagen. Kubiak ist ein Funktionär der "Nationalen Jugend" und der Mitinitiator der "Sauerländer Aktionsfront". Die Anklagepunkte gegen die insgesamt 14 Beschuldigten lauten nunmehr "einfacher bzw. schwerer Landfriedensbruch","Nötigung","Sachbeschädigung" und in einem Fall "Körperverletzung".Das Verfahren gegen die AntifaschistInnen ist aufgeteilt. Der Prozeß beginnt am 4.2.94 und findet vor dem Landgericht Kassel, Saalbau, Raum 133, Frankfurter Str.11, 34117 Kassel statt. Fortgesetzt wird er am 11.2., 18.2.,25.2.,2.3. und 4.3.. Das Gerichtsverfahren wegen "Landfriedensbruch" fängt voraussichtlich am 11.3.an, die weiteren Termine sind der 18.3. und 25.3.

BLACK HISTORY MONTH 94

DIE FARBEN AFRIKAS

SEMINARE – WORKSHOPS
FILME – THEATER
AUSSTELLUNG

Vom 29.01.–03.03.94 Werkstatt der Kulturen
Wissmannstr. 31-42 Neukölln Tel. 6223597

Infotelefon: 6147502

- subjektive Auswahl -

Veranstaltungsorte:
Werkstatt der Kulturen, Adr. s.o.
BAZ, Oranienstr. 159, Kreuzberg

Samstag 5.2.94, 14.00-15.30, ISD

FLUCHT NACH DEUTSCHLAND
Referent: Joseph Asyema, Hamburg

Der Referent ist als Berater und Betreuer bei der "Gesellschaft für die Unterstützung der Flüchtlinge und Gefolterten" in Hamburg tätig. Er wird vor diesem Hintergrund über die Ursachen von Fluchtbewegungen in Afrika berichten und dabei auch auf die wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Bedingungen eingehen, vor denen sich entsprechende Fluchtbewegungen im Zusammenhang mit der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft bewegen. Der Referent wird sich daneben auch speziell mit der Situation von ImmigrantInnen in Hamburg befassen.

16.00-17.30, ISD

Die Situation von Schwarzen in Großbritannien
Referent: Wayne Farrah, UK (Vortrag in englischer Sprache)

In Großbritannien sehen sich die Nachfahren von Immigranten, unabhängig davon, ob ihr ethnischer Ursprung in Indien, Nigeria oder Jamaika liegt und unabhängig davon, wieviele Generationen sie schon als Briten in England leben, einer ständigen Bedrohung durch rassistische und gewaltbereite Kräfte wie der „National Front" gegenüber. Der Referent schildert, wie sie so unter diesem Druck stärker zusammenwuchsen. Er schildert die Unterstützung, die Opfer von Gewalttaten und Angehörige durch organisierte Kampagnen erhalten. Es erfolgt keine bloße Beschränkung auf den Bereich der direkten Bedrohung und des Konfliktes. Ein weiter Teil des Vortrages wird der Schilderung von sozialen Netzwerken und der Entwicklung von Unterstützungsmöglichkeiten in solchen Gemeinschaften dienen.

Sonntag 6.2.94, 14.00-16.00, ISD

Film: EIN SCHNEEMANN FÜR AFRIKA

Ein Schneemann geht auf Reisen. Nicht irgendwohin, sondern nach Afrika, wo die Kinder noch nie einen gesehen haben. Gebaut und begleitet wird er von einer Gruppe afro-deutscher Kinder aus der DDR. DEFA-KKLASSIKER !

Sonntag 6.2.94, 16.00-17.30, ISD

SCHWARZE DEUTSCHE IN DER DDR
ReferentInnen: Dede Malika Beer, Kerstin Elsner, Pierre Gaulke und Patrice Poutrus.

Die ReferentInnen informieren über die Geschichte der Afro-Deutschen in der DDR vor dem Hintergrund der Verbindungen zu afrikanischen Ländern. Sie werden auch die Realität von Schwarzen Deutschen in der ehemaligen DDR berichten, zwischen offiziell befohlenem Antirassimus und Toleranz und realem Fremdenhass und Rassismus. In ihrem Beitrag wollen sie aber auch andere Unterschiede zwischen Schwarzen Deutschen aus beiden Teilen Deutschlands aufzeigen und deren Ursachen erklären.

18.30-20.00, ISD

BETRACHTUNG DER AFRO-DEUTSCHEN BEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK - EIN SOLL/IST VERGLEICH
Referent: Thomas Pforth, Duisburg

Der Referent gibt einen Überblick der Entwicklungen von politischen, gesellschaftlichen und internationalen Positionen von Schwarzen Deutschen sowie der entwickelten Arbeitstheorien zu Rassismus in Deutschland unter Betrachtung internationaler Zusammenhänge und Vergleiche. Eine kritische Diskussion von Zielvorstellungen und realer Situation in Deutschland soll erfolgen.

Montag 7.2.94, 19.30-21.00, im BAZ

Film: I'M GONNA GET YOU SUCKA !
Keenan "Ivory" Wayans, USA, 1989, OF

Mit dieser gelungenen Parodie auf die Blaxploitationfilme der 60er und 70er Jahre debütierte der junge Regisseur Keenan "Ivory" Wayans 1989. Glanzrollen für Jim Brown, Isaac Hayes und Antonio Fargas.

Dienstag 8.2.94, 18.30-20.30, ISD

Film: VIDEOVERANSTALTUNG ÜBER LOUIS FARAKHAN

Elijah Muhammad, Malcolm X, Dr. M. L. King und jetzt Louis Farakhan. Der umstrittene Führer der Black Muslims in den USA präsentiert in einer Talkshow provokative Thesen zur Schwarzen Selbstbestimmung.
Anschließend Diskussion mit Publikumsbeteiligung.

Mittwoch 9.2.94, 18.30-20.30, HARAMBEE

RELIGION AND BLACK HISTORY: CHRISTIANITY AND ISLAM

Die Beziehungen zwischen den beiden großen Kulturen/Religionen und deren unterschiedliche Auswirkungen unter den Schwarzen Völkern und in ihrer Geschichte wird diskutiert.

Die Entwicklung zu den Black Muslims in den USA der 60er wird angesprochen. Die Bedeutung des Islam und seine Geschichte in afrikanischen Ländern wird beleuchtet. Der aktuelle Konflikt zwischen westlichen Ländern und dem Islam wird angesprochen.

Donnerstag 10.2.94, 20.00-22.00

Film: THINGS FALL APART - Teil 1

Nach Chinua Achebes berühmter Vorlage geschaffener Spielfilm, der die Zerstörung traditioneller afrikanischer Kulturen durch die Konfrontation mit den imperialen Gelüsten Europas am Beispiel der tragischen Geschichte Obi Obonkwos zum Thema hat. Meisterwerk!

Freitag 11.2.94, 20.00-22.00

Film: THINGS FALL APART - Teil 2

Konkrete Solidarität mit Kuba:

Veranstaltung

Cuba Sí in Zusammenarbeit mit dem »Ex«

Wann: 4.2.1994, 20.00 Uhr

Wo: »Ex« im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin Kreuzberg

Was und wie:
- Diskussion
- Videos
- lateinamerikanische Musik und Getränke
- weitere Informationen

BURNING DOWN THE HOUSE

Fr 4.2.

SOLIPARTY FÜR DIE ANGEKOHLTE KREUZIGERSTR.21(friedelhain

FREITAG 4.2. 21.00 KÖPI KÖPENICKERSTR.137 KREUZBERG







Sa. 5.Februar Köpi 137 22h

VERANSTALTUNGSREIHE ZU ANTIRASSISMUS IN DEN USA

Fr 4.2.

Still black, still strong

Zum Kampf und zur Situation der Political Prisoners in den USA
Es berichten Menschen von DC SCAR, Washington

Ort: Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustr. 2a
Zeit: 20.00 Uhr, Freitag, 4.2.94

SO36 .Oranienstr.190 -10999 Berlin

Sa 5.2. 20:30 h

" Beruf : Neonazi " kommentiert !!

Der Film wird gezeigt in einer ausführlich kommentierten Fassung. Keine Frage wird offen bleiben, wenn zwar nicht Richard von Weizäcker und Antje Vollmer, aber immerhin Wiglaf Droste und Christoph Schlingensief ihre didaktischen Fähigkeiten voll ausspielen.
Besonders schön.
Die sonst übliche Diskussion erübrigt sich an diesem Abend natürlich.
Danach wird mit DJ. Nicole für gute Musik und gute Laune gesorgt.

Clash, Uferstr. 13 Wedding

5	Sa	ANTIFA-SOLIFETE mit HARD u. HEAVY für PROZEßKOSTEN
6	So	ab 11.00 Uhr vegetarisches Frühstück
7	Mo	um 21.00 Uhr Video" Off Our Knees "
8	Di	um 21.00 Uhr antifaschistischerVideofilm: " "DER STERN UND SEINE SCHATTEN"
9	Mi	
10	Do	FrauenLesben Abend ++++um 21.00 Uhr "Plastic Bullets - The Deadly Truth



So. 6.2. INFOVERANSTALTUNG ZUR STAATLICHEN JUGENDPOLITIK

Kritik an der Förderung von Sozialprojekten mit rechten Jugendlichen bei gleichzeitiger Streichung von Geldern bei ImmigrantInnenprojekten (am Beispiel Putte e. V.)

Café + Broschüren + Bücher
Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat jeweils ab 17 Uhr

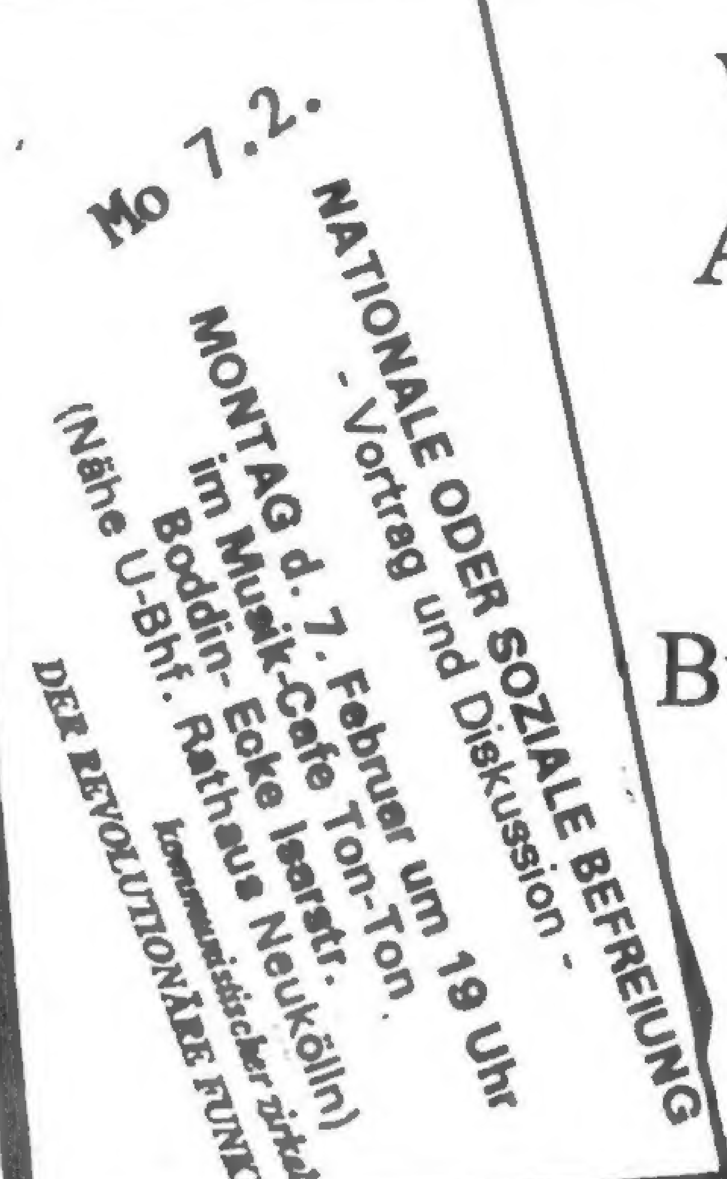
So 6.2.

Film Aksami
Irlanda Üzerine Yeni Vidio Filmi
Pazarεünü: 6.2.1994
Saat : 19 Uhr
Yer : Cafe Gowende Oranienstr.202-203

Irischer Abend
neues Video
Ort: Cafe Gowende, Oranienstr.202-203
Sonntag, 6.2.94
19 Uhr

Dazu:
Ausstellung von Palästina-Plakaten von Marc Rudin (Jihad Mansour)
Fotos aus Kurdistan (Syrien, Irak, Türkei&Iran) von medico international

---



VERANSTALTUNGSREIHE ZU ANTIRASSISMUS IN DEN USA

Mo 7.2.

Im "Herzen der Bestie"
Building Communities in Resistance

Zu den antirassistischen Kämpfen in D.C. + den USA
Es berichten Menschen von DC SCAR, Washington

Ort: Mathegebäude TU, Hörsaal MA001, Straße d. 17. Juni
Zeit: 18.00 Uhr, Montag, 7.2. 94

---

zunächst mal alles Gute für's neue Jahr. Wir, die Antifa Charlottenburg, möchten Euch zu unserer alljährlichen Otto-Grüneberg-Ehrung einladen.
Worum geht es in dieser Ehrung ?
Otto Grüneberg war ein 23-jähriger Kommunist und Antifaschist, der in der Nacht zum 1. Februar 1931 an der Ecke Hebbel-/Schloßstraße vom berüchtigten SA-Sturm 33 erschossen wurde, als er von einer Nachtsitzung der Internationalen Arbeiterhilfe kam.
Seit vielen Jahren schon kommt aus diesem Anlaß an jedem ersten Februarsonntag ein breites Spektrum der Charlottenburger Linken in dem Lokal "Kastanie" - hier ist Otto Grüneberg kurz nach dem Anschlag gestorben - zusammen, um Otto als eines der ersten Opfer faschistischen Terrors mit einer Kundgebung zu ehren und anschließend in der "Kastanie" über die eigene antifaschistische Praxis zu diskutieren.
Diese Tradition setzen wir fort.
Nachdem sich unsere Gruppe als regelmäßig arbeitender Kreis nach der letztjährigen Ehrung konstituiert hat, wollen wir die Ehrung des Jahres 1994 unter den Schwerpunkt der Kontaktaufnahme und perspektivischen Vernetzung mit anderen zum Thema Antifaschismus/Antirassismus arbeitenden Zusammenhängen stellen.
Wir halten das für notwendig, damit die verschiedenen existierenden Gruppen in Inhalt wie Aktion gegebenenfalls zusammen wirken können, um so der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung etwas entgegen zu setzen.

Otto-Grüneberg-Ehrung

am Sonntag, 6.2.1994, 15.00 Uhr
in der "Kastanie"
Schloßstr. 22, 14059 Berlin
(Nähe U-Bhf. Sophie-Charlotte-Platz)

So 6.2.

AntiFA Charlottenburg

Antifaschistisches Kino im CLASH, Uferstraße 13, Wedding, U-Pankstraße oder U-Nauener Platz

Di 8.2.

Dienstag 8. Februar '94

DER STERN UND SEINE SCHATTEN

Daimler-Benz kehrt zurück in die Genzhagener Heide.
Bericht über eine der größten Rüstungskonzerne in der Zeit des NS-Regimes in Deutschland und über den Umgang mit den "FremdarbeiterInnen" und Strafgefangenen in dieser Todesfabrik. Betroffene FrauenLesben und Männer berichten.

Plastic Bullets - The Deadly Truth

60 Minuten sw/F, Nordirland 1989

21.00 Do, 10.2. (Frauen / Lesben Tag)

CLash, Uferstr.13, Wedding
U-Pankstraße oder U-Nauener Platz

Ein Video von Betroffenen und Angehörigen von Opfern, die durch Plastikgeschosse in Nordirland ermordet wurden. In chronologischer Reihenfolge werden die Ereignisse vom ersten Einsatz von Distanzwaffen bei zivilem Protest bis 1989 gezeigt.

Do. 10.2. 20Uhr: "XUNAN - THE LADY" Videokino

Do 10.2.

Eine Engländerin arbeitet für internationale Hilfsdienste in Mexiko und stößt auf das Schicksal der Lacandonen IndianerInnen. Die Lacandonen sind Nachfahren der Maya und von der Ausrottung bedroht, durch Armut , Korruption der mexikanischen Behörden, die eine exzessive Ausbeutung der Natur- und Bodenschätze durch Konzerne zulassen.

A- Laden, Rathenower Str.22
10559 Berlin, Tel.: 3946167
Öffnungszeiten: MO-FR 17-20 Uhr Cafe



SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG ZU DEN INHAFTIERTEN TÜRKISCHEN/KURDISCHEN ANTIFASCHISTINNEN

am
Samstag 12.2.1994, um 19 Uhr
im
EX, Gneisenaustraße 2A

Sa 12.2.

- Kriminalisierung einer Bewegung durch Mordvorwurf
- Frankfurt 1987/Berlin 1992-94
- Parallelen und Unterschiede
- mit Leuten aus Berlin und der Startbahnbewegung Frankfurt

Auseinandersetzung um Verrat, Repression und Solidarität
Aktuelle Infos

